19. Jahrgang 1971 / 3. Heft / Juli

E 22019 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

HENRY ASHBY TURNER JR.
Fritz Thyssen und „I paid Hitler"

CHRISTOPH KLESSMANN
Der Generalgouverneur Hans Frank

HANS-GÜNTER KOWALSKI
Zur alliierten Deutschlandplanung 1943–1945

MISZELLE
Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht
22. August 1939

DOKUMENTATION
Lord Kemsleys Gespräch mit Hitler Ende Juli 1939

NOTIZEN/BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher, Dietrich Geyer und Hans Mommsen

Schriftleitung: Prof. Dr. Helmut Krausnick, Dr. Martin Broszat, Dr. Thilo Vogelsang
Redaktion: Hellmuth Auerbach
Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 80, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Henry Ashby Turner, Jr. Fritz Thyssen und „I paid Hitler" 225
Christoph Kleßmann . . Der Generalgouverneur Hans Frank . . . 245
Hans-Günter Kowalski . . Die „European Advisory Commission" als Instrument alliierter Deutschland-Planung 1943–1945 261

MISZELLE

Hermann Boehm/ Winfried Baumgart — Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939 . . . 294

DOKUMENTATION

Lord Kemsleys Gespräch mit Hitler Ende Juli 1939 *(Wilhelm Lenz/Lothar Kettenacker)* 305

NOTIZEN 322

BIBLIOGRAPHIE *41*

Diesem Heft liegen Prospekte bei vom Bertelsmann-Verlag, Gütersloh, Societäts-Verlag, Frankfurt, Musterschmidt-Verlag, Göttingen, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 29 98 61, Preis des Einzelheftes DM 9.– = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 30.– = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 24.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.–; für Studenten DM 38.– (zuzüglich Versandspesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
19. Jahrgang 1971 3. Heft/Juli

HENRY ASHBY TURNER, Jr.

FRITZ THYSSEN UND „I PAID HITLER"

Im Herbst 1941 erschien in London und New York ein Buch, das schnell die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich zog. Sein Titel lautete: ‚I Paid Hitler'. Als Autor wurde Fritz Thyssen angegeben, Träger eines berühmten Industriellennamens und ehemaliger Vorsitzender des Aufsichtsrats in Deutschlands größtem Stahlkonzern, den Vereinigten Stahlwerken[1]. Als das Buch erschien, war Thyssen außerhalb Deutschlands bereits ein bekannter Mann. Zwei Jahre zuvor, im September 1939, hatte er eine kleine Sensation hervorgerufen, als er sich bald nach dem deutschen Einfall in Polen in die Schweiz absetzte. Im April 1940 – er war inzwischen nach Frankreich weitergeflohen – veröffentlichte er in der amerikanischen Zeitschrift ‚Life' eine Reihe von Briefen, die er nach seiner Flucht an Hitler und Göring geschickt hatte. Darin protestierte er gegen den Krieg und bezichtigte Hitler des Verrats an seiner eigenen Sache[2]. Da Thyssen vorher kein Geheimnis aus seiner Mitgliedschaft in der NSDAP gemacht hatte und auch nicht aus seiner enthusiastischen Bereitschaft, Hitler zu unterstützen, erregte sein plötzlicher und heftiger Bruch mit den Führern des Dritten Reiches in den Jahren 1939 und 1940 allgemein Aufsehen. Zu der Zeit, als das Buch herauskam, war Thyssen von der Vichy-Regierung bereits an die Nazis ausgeliefert worden und nach Deutschland verschwunden, vermutlich in ein Gefängnis oder Konzentrationslager. Das erhöhte noch das Interesse an dem Buch, das vorgab, seine Lebenserinnerungen zu enthalten.

Da das Buch damals von den Kritikern beifällig als eine enthüllende Darstellung

---

[1] Das Buch erschien in New York bei Farrar & Rinehart, Inc., in London bei Hodder and Stoughton, Ltd.; in beiden Fällen wurde es in Zusammenarbeit mit der Cooperation Publishing Co., Inc., New York, herausgegeben. Letztere war offensichtlich ein Zweigunternehmen von Emery Reves' Cooperation Press Service in Paris. Teile des Buches wurden als Serie in verkürzter Form und mit geringen Textänderungen abgedruckt in der amerikanischen Zeitschrift „Liberty", August/September/Oktober 1941. Spanische und portugiesische Übersetzungen wurden in Chile und Brasilien 1942 herausgebracht, eine schwedische erschien 1943, holländische und italienische 1947; in Deutschland ist das Buch nie publiziert worden.

[2] Fritz Thyssen's Letters, in: Life, 29. 4. 1940. Darin war auch der Befehl für die Beschlagnahme von Thyssens Vermögen und seine Antwort auf seine Ausbürgerung enthalten. Für Thyssens Bruch mit der NSDAP siehe auch: National Archives of the United States

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der inneren Vorgänge im Dritten Reich aufgenommen wurde[3], erkannte man ihm bald den Rang einer historischen Quelle zu. Man benutzte es als grundlegendes Dokument einerseits für die Karriere Thyssens und anderseits für die Beziehungen zwischen Industrie und Nationalsozialismus vor und nach der Machtergreifung Hitlers. In Ost und West wurde es häufig in den Fußnoten wissenschaftlicher Monographien zitiert und dabei als eine zuverlässige Informationsquelle behandelt[4]. Nur selten erwähnte jemand, daß es möglicherweise Gründe geben könnte, die Authentizität des Buches anzuzweifeln[5].

Die ersten Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Buches ‚I Paid Hitler' wurden von Thyssen selbst nach dem Zweiten Weltkrieg geäußert. Nachdem er fünf Jahre Haft – anfangs in einer Heilanstalt, später in den Konzentrationslagern Oranienburg und Buchenwald – überlebt hatte, wurde er im Herbst 1945 von der amerikanischen Militärbehörde zur Zeugenbefragung nach Nürnberg gebracht[6]. Dort leugnete er, der Autor des Buches zu sein. Er sagte aus, daß er während seines Aufenthaltes in Frankreich im Jahr 1940 „eine Reihe von Informationen" Emery Reves, dem Herausgeber des Buches, mitgeteilt habe. Dieser habe sie in Form von Notizen aufgeschrieben. Thyssen behauptete freilich, nicht zu wissen, ob die Angaben in dem Buch genau seien, und er fügte hinzu, daß er es nie gelesen habe[7]. Während seines Entnazifizierungsprozesses in Königstein/Taunus im Sommer und Herbst 1948 modifizierte er seine Behauptung ein wenig, bestritt jedoch weiterhin die Authentizität des Buches. Unter Eid sagte Thyssen aus, daß er Reves und einer Hilfskraft bei seinem Aufenthalt in Monte Carlo im Frühjahr 1940 vier oder fünf Interviews gewährt habe. Es sei geplant gewesen – so sagte Thyssen –, dieses Material zu Memoiren auszuarbeiten und ihm dann zur Durchsicht und Korrektur

---

(fortan: NA), Record Group 238 (RG 238), Dokumenten NI-11763 and NI-11780 (jetzt zugänglich in NA, Microcopy T-301, Roll 97).

[3] Als Beispiele der Besprechungen: George N. Schuster, The Man who Backed Hitler, in: The New York Times Book Review, 19. 10. 1941; Franz Hoellering, Thyssen Explains, in: The Nation (New York), 6. 12. 1941; William L. Shirer, A German Business Man who Woke up too Late, in: New York Herald Tribune Books, 26. 10. 1941.

[4] Siehe Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart u. Düsseldorf, 2. Aufl. 1957, S. 334 u. 694; Alan Bullock, Hitler, A Study in Tyranny, London 1952, S. 157; Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht?, Köln 1967, S. 15 und passim.; George W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt/Main, 2. Aufl. 1962, passim; Jürgen Kuczynski, Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Ost-Berlin 1948–1950, 2 Bde., Bd. I, S. 277; Gerhard Schulz, in: K. D. Bracher, W. Sauer, G. Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln und Opladen 1960, S. 394.

[5] Siehe Louis P. Lochner, Tycoons and Tyrant, German Industry from Hitler to Adenauer, Chicago 1954, S. 89. Wie weiter unten gezeigt wird, läßt sich Lochners Version von der Entstehung des Buches nicht halten.

[6] Thyssen erzählte von seiner Inhaftierung in einem Interview mit Norman Cousins während seines Entnazifizierungsprozesses, abgedruckt in: The Saturday Review of Literature, 16. 10. 1948, S. 21ff. Vgl. auch sein Affidavit, 8. 10. 1947, NA, RG 238, NI-11763 (T-301, Roll 97).

[7] NA, RG 238, Pre-Trial Interrogations (fortan: PTI), Thyssen, 4. 10. 1945.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vorzulegen. Infolge des Durchbruchs der deutschen Armeen und durch den Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940 sei dieser Plan nie ausgeführt worden. Reves sei mit den Aufzeichnungen und dem Buchmanuskript nach England geflohen, ehe er, Thyssen, in der Lage gewesen sei, mehr als etwa zehn Seiten zu korrigieren. Der übrige Teil des Buches – so sagte Thyssen vor dem Gerichtshof aus – sei von Reves zusammengebraut worden. Dieser habe dabei zur Ergänzung der Interviews Bemerkungen Thyssens beim Essen und bei gelegentlichen Unterhaltungen benutzt und oft fehlinterpretiert. Kurz: Thyssen bestritt weiterhin, der Autor des Buches zu sein[8].

Da die Anklage sich vornehmlich auf Angaben stützte, die in ‚I Paid Hitler' Thyssen in den Mund gelegt worden waren, stand die Frage der Authentizität des Buches in Königstein im Mittelpunkt des Prozesses. Um ihren eigenen Standpunkt zu untermauern, führte die Anklage Äußerungen von Emery Reves aus seinem Vorwort zu dem Buch und einer eidesstattlichen Erklärung an, die dieser im August 1945 in New York abgegeben hatte. Darin weicht Reves' Bericht über die Entstehung des Buches stark von der Thyssens ab. Er behauptete, er habe in den Monaten April und Mai 1940 drei Wochen in Monte Carlo in enger Zusammenarbeit mit Thyssen verbracht. Zu der Zeit, als er Frankreich verlassen habe – zunächst habe er lediglich an eine kleine Reise nach Paris gegen Ende Mai gedacht –, sei der größte Teil des Manuskripts von Thyssen korrigiert und akzeptiert gewesen. Er sei dann nach England geflohen, da das Vordringen der deutschen Armeen in Frankreich eine Rückkehr nach Monte Carlo unratsam gemacht habe. Dorthin habe er das Manuskript und die Arbeitsunterlagen mitgenommen, aus denen ‚I Paid Hitler' entstehen sollte. Erst nachdem er mehr als ein Jahr vergeblich auf neue Nachrichten über Thyssens Schicksal gewartet habe, sei er endgültig zu dem Entschluß gekommen, das Buch zu veröffentlichen. Er habe es für eine zu wichtige Waffe im Kampf gegen den Nationalsozialismus gehalten, als daß er glaubte, es noch länger zurückhalten zu dürfen. Zur Authentizität des Buches sagte Reves aus: Elf der neunzehn Kapitel des Buches und das Vorwort des Autors seien von Thyssen durchgesehen und gebilligt worden. Die verbleibenden acht Kapitel habe Thyssen als Folge der unerwarteten Trennung nicht durchgesehen, – sie bestünden aber aus Diktatangaben des Industriellen[9].

Der Gerichtshof in Königstein, dem nach dem Verlauf der Gerichtsverhandlungen keine sonderlichen Sympathien für Thyssen unterstellt werden können, weigerte sich, Reves' Version von der Entstehung des Buches zu akzeptieren. Ein

---

[8] Spruchkammerverfahren gegen Dr. Fritz Thyssen in Königstein, Obertaunus, 1948 (fortan: Verfahren), Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden: Verhandlungsprotokolle, 18. 8. 1948.

[9] Siehe „Publisher's Foreword", in: I Paid Hitler, New York, S. ix–xxi, London S. 5ff. Das Affidavit von Reves, 20. 8. 1945, NA, RG 238, NI-408, ist jetzt in Mikrofilm zugänglich (T-301, Roll 5). Nach Reves' Zeugnis hatte Thyssen folgende Teile des Buches durchgesehen und korrigiert: „Author's Foreword"; Teil I, ganz; Teil II, Kap. 1, 2, 3; Teil III, Kap. 3, 5, 6, 7; Teil IV, Kap. 5.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wesentlicher Faktor für diese Haltung war ein Einwand der Verteidigung, der sich auf die einzige Seite des Originalmanuskripts stützte, die sich im Besitz des Gerichtshofs befand: eine Seite, die im Buch als Fotokopie abgedruckt war, und zahlreiche Korrekturen von Thyssens Hand aufwies (gegenüber von S. 240 in der New Yorker Ausgabe, S. 14 in der Londoner). Als die Verteidigung beweisen konnte, daß die meisten von Thyssens Einschränkungen und Anfügungen auf dieser Seite nicht in die endgültige Fassung eingearbeitet worden waren, war der Standpunkt der Anklage schwer erschüttert[10]. Da sie außerdem nicht in der Lage war, mehr Seiten des Originalmanuskripts vorzulegen, kam der Gerichtshof zu dem Schluß, daß das Buch ‚I Paid Hitler' „offenbar weder eine freie schriftstellerische Schöpfung des Herausgeber Reves, noch ein vom Betroffenen in allen Teilen wörtlich verfaßter autobiographischer Bericht" sei. Er entschied, daß das Buch nur dort als Beweismittel gelten könne, wo dessen Angaben durch Thyssens eigenes beeidetes Geständnis oder die Aussage anderer Zeugen erhärtet seien[11]. Diese Entscheidung des Gerichtshofs lief darauf hinaus, das Buch wegen seiner fragwürdigen Autorenschaft als verläßliches Beweismaterial zu disqualifizieren. Der Befund unterhöhlte weitgehend die Beweisführung der Anklage und trug entscheidend zu dem milden Urteil bei, das Thyssen als Minderbelasteten einstufte, ihn mit einer Geldstrafe belegte, aber gleichzeitig auf freien Fuß setzte[12].

Während das Urteil von Königstein das Buch in Mißkredit gebracht hat, scheinen andere Tatsachen wiederum für seine Glaubwürdigkeit zu sprechen. So vermerkte 1945 Dr. Robert Kempner, der Thyssen beim Nürnberger Prozeß verhörte, daß dieser viele Angaben des Buches während des Verhörs bestätigte, obwohl er nach wie vor leugnete, dessen Autor zu sein[13]. Auch in seinem Entnazifizierungsprozeß hat Thyssen unter Eid eine Reihe seiner Sachverhaltschilderungen aus dem Buch wiederholt. Außerdem forderte und erhielt Thyssen nach Schluß des Prozesses von Reves die Tantiemen, die ihm nach dem Vertrag zustanden, den er im April 1940 in Monte Carlo unterschrieben hatte. Mit diesem Geld wanderte er nach Argentinien aus. 1951 starb er dort im Alter von 77 Jahren[14].

Nur einmal wurde seit dem Verfahren in Königstein der Versuch unternommen, die Frage der Authentizität des Buches ‚I Paid Hitler' zu klären, und zwar in der

---

[10] Verfahren, Verhandlungsprotokolle, 19. 8. 1948.

[11] Verfahren, Spruchausfertigung, 2. 10. 1948, abgedruckt in: Spruch und Begründung vom 2. Oktober 1948 im Spruchkammerverfahren gegen Dr. h.c. Fritz Thyssen, Königstein (Ts.), als Manuskript gedruckt, S. 16.

[12] Ebenda, S. 3.

[13] NA, RG 238, PTI, Thyssen, 4. 10. 1945.

[14] Die Korrespondenz zwischen Thyssens Anwalt, A. Snyers d'Attenhoven, Brüssel, und Emery Reves, aus dem Jahr 1949, wurde dem Verfasser von Reves im Juni 1967 zugänglich gemacht. Für Thyssens letzte Jahre vgl. Fritz Thyssen – ein Leben in Verantwortung, in: Unsere ATH, Werkszeitschrift der August Thyssen-Hütte AG, Duisburg-Hamborn, Dezember 1966, S. 18f.; Fritz Pudor (Hrsg.), Nekrologe aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Jahrgang 1939–1951, Düsseldorf 1955, S. 234ff.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

amerikanischen Zeitschrift ‚The Saturday Review of Literature'. Dessen Herausgeber Norman Cousins interessierte sich für die Hintergründe der Entstehung des Buches, nachdem er Thyssen während seines Entnazifizierungsprozesses in Königstein interviewt hatte. Betroffen von der Diskrepanz zwischen der heftigen Weigerung Thyssens, die Autorenschaft auf sich zu nehmen, und dem Bericht, den Reves in ‚Publisher's Foreword' über die Entstehung des Buches abgegeben hatte, rollte Cousins den Fall in seiner Zeitschrift am 16. Oktober 1948 in einem Artikel „The Case of Fritz Thyssen" noch einmal auf. Indem er von dem milden Urteil des Königsteiner Gerichtshofs berichtete, wies er darauf hin, daß die Entscheidung des Gerichts über die Verwendung des Buches als Beweisstück Thyssens Version von dem Entstehen des Buches aufrechterhalten hatte. Gleichzeitig berichtete Cousins über eine Unterredung mit Reves, den er kurz nach seiner Unterhaltung mit Thyssen in Luxemburg getroffen hatte. Der Herausgeber des Buches hatte Cousins gegenüber auf seiner Version bestanden und eine Erklärung abgegeben, die Cousins in seinem eigenen Artikel abdruckte. Darin legte Reves seinen Standpunkt noch einmal dar.

Am 5. März 1949 kam Cousins in seiner Zeitschrift wieder auf die Kontroverse zurück. Kurz vorher war Reves nach New York gereist, wo damals das Originalmanuskript und die Arbeitsentwürfe für ‚I Paid Hitler' lagen. Um ein Versprechen einzulösen, das er im vergangenen Herbst gegeben hatte, gestattete Reves Cousins und zwei Mitarbeitern, dieses Material durchzusehen. Sie fanden, wie Cousins berichtete, „Approximately 150 manuscript pages, in French", [which] „carried handwritten corrections identified by Mr. Reves as belonging to Herr Thyssen". Nach einem Vergleich dieser handschriftlichen Korrekturen mit der Unterschrift Thyssens unter dem Originalvertrag für das Buch und mit anderen Handschriftproben kamen Cousins und seine Kollegen zu der Überzeugung, daß die Berichtigungen tatsächlich von Thyssens Hand seien. Außerdem stellten sie fest, daß Thyssens Behauptung vor dem Gerichtshof in Königstein, Reves sei durch den Vertrag verpflichtet gewesen, das Buch nicht ohne Genehmigung des Autors zu veröffentlichen, durch den Vertragstext widerlegt wurde. Cousins und seine Mitarbeiter schlossen aufgrund dieser Beweise, daß Reves', nicht Thyssens Angaben korrekt gewesen seien[15].

Für manche Zwecke mag das Urteil, zu dem Cousins gekommen war, zufriedenstellend ausgefallen sein, nicht aber für die historische Forschung. Während Cousins' Nachforschungen Reves rechtgaben und bewiesen, daß Thyssen entweder bewußt die Wahrheit verdreht hatte oder das Opfer eines außerordentlich schlechten Gedächtnisses geworden war, beantworten sie nicht die Frage nach der Zuverlässigkeit des Buches als historische Quelle. Denn obwohl Reves darauf bestand, daß das Rohmaterial insgesamt von Thyssen stamme und dieser das Vorwort des Autors,

[15] Norman Cousins, Thyssen vs. Reves, in: The Saturday Review of Literature, 5. 3. 1949, S. 21. Eine Fotokopie des Vertrags, die der Verfasser im Juni 1967 von Reves erhielt, erhärtet diese Ansicht.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und elf Kapitel gebilligt habe, gab selbst er zu, daß Thyssen die übrigen acht Kapitel in ihrer endgültigen Fassung nie zu Gesicht bekommen hatte. Dadurch aber, daß sich viele Passagen des Buches, die von den Historikern als besonders relevant angesehen worden sind, in diesen acht Kapiteln befinden, bleibt das Hauptproblem für den Historiker ungelöst, und die Frage der Authentizität des Buches muß, wenn auch in engerem Rahmen, neu gestellt werden. Außerdem ist zu bedenken, daß die Kapitel, die Thyssen durchgesehen hatte, nach den Angaben von Reves und Cousins im Entwurf auf französisch abgefaßt waren. Da das Buch später ins Englische übersetzt wurde, hat Thyssen strenggenommen kein einziges Kapitel in der endgültig veröffentlichten Fassung vorher gelesen[16]. Die Möglichkeit von Übersetzungsfehlern und von Irrtümern in den acht nicht durchgesehenen Kapiteln bleibt daher für den Historiker ein beunruhigendes Problem, mit dem er sich konfrontiert sieht, wenn er ‚I Paid Hitler' als Quelle benutzen will.

In der Hoffnung, einige dieser strittigen Fragen lösen zu können, besuchte der Verfasser dieses Aufsatzes Emery Reves im Sommer 1967 in seinem Pariser Büro. Reves zeigte sich außerordentlich bereitwillig zur Zusammenarbeit. Er machte dem Verfasser nicht nur den größten Teil des Originalmanuskripts und eine beachtliche Menge Arbeitsmaterial aus den Vorarbeiten zu dem Buch zugänglich, sondern er erlaubte ihm auch, von einem Großteil der Sammlung Xeroxkopien anzufertigen. Darüberhinaus rekonstruierte er in einem Gespräch am 30. Juni 1967 noch einmal im Detail, wie das Buch entstanden war.

Da Reves im Frühjahr 1940 schnell feststellte, daß Thyssen selbst nicht in der Lage war, zusammenhängende Memoiren zu schreiben, interviewte er den Industriellen ausführlich drei Wochen lang in Monte Carlo – oft beim Essen – mit Unterstützung von Paul Ravoux, dem ehemaligen Chef des Berliner Büros des Havas Nachrichtendienstes. Ungefähr die Hälfte dieser Interviews sind nach Reves' Angaben auf französisch geführt worden, die übrigen auf deutsch, wobei ein Stenograph Thyssens Antworten auf die von Reves und Ravoux gestellten Fragen mitschrieb[17]. Die beiden stellten dann aus dem stenographischen Rohmaterial, das voll von Wiederholungen und anekdotischen Abschweifungen war, Kapitelentwürfe zusammen. Im Verlauf dieser Arbeit ordneten sie die Angaben Thyssens, formulierten sie neu und brachten sie so erst in einen sinnvollen Gesamtzusammenhang. Es war geplant, daß Thyssen diese Entwürfe durchsehen, korrigieren und dann zur Veröffentlichung freigeben sollte. Das geschah, so bekräftigte Reves nochmals, mit elf Kapiteln und dem Vorwort des Autors. Dann aber sei er, wie er schon in seinem eigenen Vorwort geschrieben hatte, durch die Kriegsereignisse von Thyssen getrennt worden, ehe die restlichen Kapitel vorbereitet und rezensiert werden konn-

---

[16] Der Übersetzer war, nach der Angabe im Buch, César Saerchinger. Er war in den 30er Jahren europäischer Berichterstatter der amerikanischen Rundfunk-Gesellschaft, Columbia Broadcasting System, gewesen. Vgl. seine Memoiren, Hello America!, Boston, 1938.

[17] Thyssens Fähigkeit, fließend Französisch zu sprechen, stammte aus seiner Studienzeit an der Ecole des Mines in Louvain, Verfahren, Klageschrift, 20. 4. 1948, Bl. 60.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten. In unserer Unterhaltung fügte Reves hinzu, daß er das Buch erst veröffentlichte, nachdem er die Genehmigung dazu bei Thyssens Tochter, die damals in Argentinien lebte, eingeholt hatte.

Die Materialsammlung, die dem Verfasser dieses Aufsatzes zur Verfügung gestellt wurde, bestätigt Reves' Behauptung. Sie besteht aus den Entwürfen für zehn Buchkapitel und für das Vorwort des Autors; außerdem sind ausführliche stenographische Notizen der Interviews mit Thyssen vorhanden[18]. Auch tragen die Entwürfe derjenigen Kapitel, die Thyssen laut Reves geprüft hatte, tatsächlich Korrekturen, die ganz offensichtlich von Thyssens Hand zu sein scheinen[19]. Ihr Text – auf französisch abgefaßt – stimmt sehr genau mit dem Stenogramm der Äußerungen Thyssens in den Interviews überein und ebenso mit der englischen Übersetzung des Buches. Alles in allem zeugt Reves' Sammlung von einem gewissenhaften Bemühen, die wahrheitsgemäße Lebensdarstellung eines Mannes zu schreiben, der selbst dazu nicht in der Lage war.

Allerdings hat Reves selbst zugestanden, daß sein Bestreben nicht vollkommen verwirklicht worden ist. Daher bleiben die acht nichtrezensierten Kapitel nach wie vor ein Problem. Die Entwürfe von vier dieser Kapitel hat Reves 1967 dem Verfasser zugänglich gemacht[20]. Auffallend an ihnen war, daß sie auf deutsch, nicht auf französisch abgefaßt sind. Da Reves im Frühjahr 1940, als er mit Thyssen zusammenarbeitete, noch die Absicht hatte, das Buch zunächst auf französisch herauszugeben, legt diese Tatsache die Vermutung nahe, daß jene Kapitel erst später entstanden sind, als der Zusammenbruch Frankreichs eine derartige Publikation bereits unmöglich gemacht hatte. Darüberhinaus fördert aber ein Vergleich dieser unkorrigierten Entwürfe mit den stenographischen Notizen der Interviews und der englischen Übersetzung des Buches offensichtliche Unstimmigkeiten zutage. Da diese ausgerechnet einige der meistzitierten Stellen betreffen, verdienen sie erhöhte Aufmerksamkeit. Das gilt insbesondere für einige Absätze in Kapitel 5 des zweiten Teils. Wie wichtig gerade dieser Abschnitt ist, geht schon aus seiner Überschrift „My Personal and Financial Relations with the Nazi Party" hervor.

Auf S. 101 der New Yorker und S. 132 der Londoner Ausgabe erscheint z. B. folgende Bemerkung im Zusammenhang mit Hitlers Rede vor dem Industrie-Klub in Düsseldorf am 26. Januar 1932:

---

[18] Dieses Material wird fortan als Thyssen/Reves Papers zitiert. Das Stenogramm ist nicht überall in der Form der wörtlichen Rede abgefaßt, manchmal sind es nur summarische Zusammenfassungen von scheinbar längeren Äußerungen. Die meisten Blätter – das Stenogramm ist nicht gebunden – tragen eingekreiste Nummern in Bleistiftschrift. Danach sind sie geordnet, obwohl diese Ordnung offensichtlich nicht immer die Reihenfolge der Interviews wiedergibt. Daten fehlen. Die eingekreisten Zahlen werden im folgenden zum Zitieren benutzt.

[19] Die Teile, die der Verfasser bei Reves einsehen konnte, waren: „Preface de l'Auteur"; Teil I, Kap. 1, 2, 3; Teil III, Kap. 6, 7; Teil IV, Kap. 3. Laut Reves befand sich der Rest des Ms. in seinem Ferienhaus in Südfrankreich.

[20] Teil II, Kapitel 5; Teil III, Kapitel 1, 2, 4.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„The speech made a deep impression on the assembled industrialists, and in consequence of this a number of large contributions flowed from the resources of heavy industry into the treasuries of the National Socialist party."

Da im nächsten Abschnitt behauptet wird, daß Thyssen, wenn auch unbeabsichtigt, die Rede Hitlers vor dem Industrie-Klub erst möglich gemacht hat, klingen diese Worte ziemlich echt[21]. Viele Historiker haben sie für bare Münze genommen. In zahlreichen Darstellungen über den Aufstieg der Nationalsozialisten zur Macht werden sie als Beweis dafür zitiert, daß es Hitler 1932 gelang, bei der deutschen Industrie Rückhalt und finanzielle Unterstützung zu finden[22]. Tatsächlich ist diese Äußerung heute, vor allem durch die ständige Wiederholung, zu einer Binsenwahrheit geworden: Hitlers Rede vor dem Industrie-Klub war ein großer Erfolg, der beträchtliche Gelder von der Industrie in die Kassen der NSDAP fließen ließ, und das zu einem Zeitpunkt, der für den Kampf der Partei um die Macht entscheidend war[23]. Es ist daher von erheblicher Bedeutung, daß in der stenographischen Aufzeichnung des Interviews an der Stelle, wo Thyssen sich dazu äußerte, weder von der Reaktion der Zuhörer die Rede ist noch von finanziellen Zuwendungen, die auf den Erfolg der Rede zurückzuführen wären. Diese Behauptungen erscheinen erstmals im deutschen Konzept, das offensichtlich verfaßt wurde, nachdem Reves den Kontakt zu Thyssen bereits verloren hatte, und das der Industrielle nie gesehen hat. Es ist weiter bemerkenswert, daß dieser Absatz zu denen gehörte, gegen die Thyssen ausdrücklich Einspruch erhob, als er das Buch nach dem Krieg

[21] Nach Thyssens Angaben, wie sie im Buch (S. 101f./132f.) und in Thyssen/Reves Papers, Stenogramm (Blatt 264) erscheinen, hatte er vorgeschlagen, daß man einen Nationalsozialisten als Redner einladen sollte, erst nachdem der Klub – unter Verletzung seiner herkömmlichen Praxis, politische Sprecher auszuschließen – einem Sozialdemokraten erlaubt hatte, einen Vortrag abzuhalten. Als der Vorstand des Klubs zustimmte, lud er Gregor Strasser ein. Kurz danach traf er Hitler zufällig und erwähnte seinen Plan, worauf der Führer gesagt haben soll, er ziehe es vor, selbst zu kommen. In einem nichtveröffentlichten Memoirenwerk der Nachkriegszeit von Ernst Poensgen, einer anderen führenden Figur aus der Industrie, wird Hitlers Erscheinen auch der Initiative Thyssens zugeschrieben, die vorhergehende Einladung an Strasser aber nicht erwähnt: Hitler und die Ruhrindustriellen, Ein Rückblick, NA, RG 238, Case X, Bülow Dokumentenbuch I, S. 6. Die Rede fand am 26. 1. 1932 statt, nicht wie gewöhnlich behauptet wird am 27. 1. 1932. Vgl. den Bericht des Hauptvorstands, 31. 10. 1932, NA, RG 238, NI-4092 (T-301, Roll 30); Hitler sprach in Düsseldorf, in: Düsseldorfer Nachrichten, Nr. 48, 27. 1. 1932.

[22] Für Beispiele siehe Czichon, a.a.O., S. 27; Hallgarten, a.a.O., S. 99; K. D. Bracher, Auflösung, S. 694, Anm. 33; irrtümlicherweise zitiert Bracher diesen Abschnitt als Beweis dafür, daß das Treffen zwischen Hitler und Papen am 4. 1. 1933 im Haus des Bankiers Schroeder eine finanzielle Unterstützung der NSDAP durch die Industrie zur Folge gehabt habe.

[23] Am meisten zitiert nach I Paid Hitler als Beweis für die angebliche Wirkung der Rede Hitlers wird: Otto Dietrich, Mit Hitler an die Macht, München 1934, S. 46ff. Darin behauptete Dietrich wohl, daß die Rede ein Erfolg gewesen sei – was damals in die Propagandalinie paßte –, erwähnte aber keine finanzielle Beiträge. Dazu kommt, daß er in seinen Memoiren aus der Nachkriegszeit schrieb: „Es erging damals eine Spendenaufforderung am Ausgang des Saales, auf die wohlgemeinte, aber unbedeutende Beträge eingingen." Vgl. Dietrich, 12 Jahre mit Hitler, Köln o.J. (1955), S. 185f.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

las[24]. Es gibt also gerade bei dieser Stelle, die wohl die meistzitierte des ganzen Buches ist, schwerwiegende Gründe, die Authentizität anzuzweifeln.

Eine ähnliche Unstimmigkeit taucht in einer anderen Äußerung desselben Kapitels auf (S. 103/134):

„All in all, the amounts given by heavy industry to the Nazis may be estimated at two million marks a year."

Auch das ist eine Stelle, die von den Historikern immer wieder als Beweis für die Hilfe zitiert wird, die die NSDAP von der Industrie erhielt. Anders als das oben zitierte Beispiel ist sie nicht ganz ohne Rückhalt in den stenographischen Notizen der Interviews. Bei genauer Prüfung der Dokumente zeigt sich jedoch, daß die Angabe im Buch in einem sehr wesentlichen Punkt von der des Interviews abweicht. Im Originalstenogramm lauten Frage und Antwort folgendermaßen (Bl. 263):

„De quel ordre étaient les subventions de l'industrie à Hitler?
De 1 à 2 millions pour toute l'industrie."

Irgendwann nach der Übertragung des Stenogramms in Maschinenschrift ist die Frage geändert worden, und zwar durch eine Handschrift, die nicht von Thyssen stammt, so daß jetzt dasteht „subventions annuelles". Aber aus dem Sinnzusammenhang des Interviews ist keineswegs klar, daß sich der Interviewer oder Thyssen auf *jährliche* Zahlungen bezogen haben. Die direkt vorausgehenden Fragen und Antworten lauten:

„L'industrie a financé l'élection de Hindenburg?
Oui, et la deuxième aussi. Hugenberg avait protesté? Peut-être quelquesuns [sic] ont aidé Hitler. Mais la plus grande partie allait vers Hindenburg."

Das Interview scheint sich an dieser Stelle also weder mit einem längeren Zeitraum noch mit periodischen Zahlungen zu befassen, sondern mit der Finanzierung einer einzelnen Kampagne, auch nicht mit Zuwendungen an die NSDAP insgesamt, sondern an Hitler als Präsidentschaftskandidaten. Im deutschen Konzept des Kapitels fehlt diese Spezifizierung allerdings:

„Man kann das, was die Schwerindustrie den Nationalsozialisten gab, etwa mit ein bis zwei Millionen Mark jährlich beziffern."

Darüberhinaus wurde die Angabe „ein bis zwei Millionen Mark" im Buchtext der englischen Übersetzung dann zu „two million marks" vereinfacht, so daß das, was ursprünglich nur eine vage Schätzung aus der hohlen Hand war, als kenntnisreiche Beurteilung erschien. Wiederum zeigt eine der meistzitierten Stellen aus ‚I Paid Hitler' bei genauerer Betrachtung, daß sie alles andere als zuverlässig ist.

---

[24] Eine Aussage, die Thyssen 1948 in Vorbereitung für seinen Prozeß geschrieben hat; jetzt im Besitz seines Verteidigers Dr. Robert Ellscheid in Köln, der sie dem Verfasser freundlicherweise im Frühjahr 1966 zugänglich machte.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Buch erscheint jener Passus, in dem von jährlichen Zuwendungen der Industrie an die NSDAP die Rede ist, als dritter Satz eines Absatzes, dessen erste und zweite Sätze folgendermaßen lauten:

> „It was during the last years preceding the Nazi seizure of power that the big industrial corporations began to make their contributions. But they did not give directly to Hitler; they gave it to Dr. Alfred Hugenberg, who placed about one-fifth of the donated amounts at the disposal of the National Socialist party."

Diese Feststellungen sind im Buch mit der darauf folgenden Aussage in einem Zusammenhang gebracht worden. Aber – obwohl im Stenogramm ähnliche Bemerkungen Thyssens über Hugenberg und die Industrieunternehmen zu finden sind – sind sie dort nicht, wie das Buch vermuten läßt, Teil der Diskussion über die Höhe der industriellen Geldzuwendungen. Sie erscheinen stattdessen einige Blätter entfernt (Bl. 261). Es stimmt zwar, daß die stenographische Niederschrift der Antwort Thyssens auf die oben zitierte Frage nach den industriellen Zahlungen an Hitler durch den Zusatz ergänzt worden ist „par intermédiaire Hug." (nach: „De 1 á 2 millions pour toute l'industrie"). Aber dieser Zusatz ist ebenso wie das Wort „annuelles" erst in die Frage hineinkorrigiert worden, nachdem das Stenogramm in Maschinenschrift aufgenommen worden war, und in einer anderen als Thyssens Handschrift. Es ist natürlich durchaus möglich, daß Thyssen diese Änderung gutgeheißen und seine Erörterung der Rolle Hugenbergs mit seiner Schätzung der Summe industrieller Zahlungen an die NSDAP verknüpft hat (angenommen, daß er tatsächlich von jährlichen Zahlungen sprach). Aber selbst wenn das der Fall gewesen wäre, sollte beachtet werden, daß Thyssen die Gesamtsumme, die Hugenberg alljährlich beschaffte, auf fünf bis zehn Millionen Mark angesetzt haben muß, wenn das auf die NSDAP entfallende Fünftel seiner Ansicht nach 1 bis 2 Millionen Mark betrug. Dazu kommt, daß dies in den Jahren der ärgsten wirtschaftlichen Depression geschehen sein soll. Die Summen übersteigen so sehr alle vorhandenen Zahlen über Zuwendungen der Industrie an politische Parteien der Weimarer Republik, daß Thyssen damit als zuverlässige Informationsquelle ausscheidet[25]. Auch aus diesem Grund ist es unwahrscheinlich, daß Thyssen seine Bemerkungen über die 1 bis 2 Millionen Mark als Schätzung jährlicher Zahlungen verstanden wissen oder sie in Zusammenhang mit seiner Aussage über die Rolle Hugenbergs gesehen haben wollte.

---

[25] Die vollständigste Zusammenstellung industrieller Zahlungen an eine politische Partei, die dem Verfasser bekannt ist, befindet sich in dem Nachlaß des Grafen Kuno von Westarp, jetzt im Besitz seiner Familie in Gärtringen/Württemberg. Solange Westarp den Vorsitz in der Deutschnationalen Volkspartei hatte, ist diese von vielen Großunternehmen gefördert worden. Jedoch für die Reichstagswahlen 1928 erhielt die Partei, einschließlich Zahlungen an einzelne Kandidaten und an die Zentrale, nur 569 000 Mark von der westlichen Industrie. Dabei muß beachtet werden, daß 1928 ein Jahr verhältnismäßiger Prosperität war. Siehe Akten betreffend Reichstagswahlen 1928: „Vertraulich. Gesamtzahlungen an die Partei, soweit sie bisher bekannt geworden," (Bericht der Reichsgeschäftsstelle an Westarp).

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der vierte und letzte Satz desselben Absatzes, der direkt auf die Schätzung der industriellen Geldzuwendungen an die NSDAP (S. 103/134) folgt, kompliziert die Sache noch mehr. Er heißt:

> „It must be understood, however, that this includes only the voluntary gifts, and not the various sums which the industrial enterprises were obliged to provide for the party's numerous special manifestations."

Im Stenogramm schließt sich keine solche Einschränkung an Thyssens Schätzung von 1 bis 2 Millionen Mark an, und der Verfasser konnte auch in dem von Reves zur Verfügung gestellten stenographischen Material nirgendwo etwas derartiges finden. Wie auch immer der Satz entstanden sein mag, enthüllt er eine Vermengung der Situation nach dem 30. Januar 1933 mit den Verhältnissen vor diesem Zeitpunkt und zwar entweder im Bewußtsein Thyssens oder, was wahrscheinlicher ist, desjenigen, der das fünfte Kapitel des zweiten Teiles in seine publizierte Form gebracht hat. Vor der Machtergreifung war es der NSDAP selbstverständlich unmöglich, Firmen zu Zahlungen zu *verpflichten*. Erst später gehörte diese Art der Erpressung zum Alltag der deutschen Geschäftsleute.

Wie diese Beispiele zeigen, stellen sich einige der meistzitierten Stellen von ‚I Paid Hitler' bei genauerer Prüfung als nicht gerade zuverlässig heraus. Das sollte freilich nicht dazu führen, die Authentizität des ganzen Buches in Mißkredit zu bringen. Wie bereits oben festgestellt wurde, scheinen die Kapitel, die Thyssen selbst durchgesehen hat, nach dem Material zu urteilen, das dem Verfasser von Emery Reves zur Einsicht überlassen wurde, tatsächlich die Meinung Thyssens wiederzugeben. Der Verfasser ist sogar der Ansicht, daß die meisten Angaben in den nichtrezensierten Kapiteln den stenographischen Notizen der Interviews entnommen sind. Wenn man von den erwähnten Ausnahmen absieht, muß man zugeben, daß diese Schilderungen sich in wichtigen Punkten eng an die Aussagen Thyssens anlehnen, wenn auch selten seine eigenen Worte gebraucht werden. Immerhin rechtfertigen die untersuchten Ausnahmen den Schluß, daß die von Thyssen nicht durchgesehenen Kapitel als weit weniger verläßlich betrachtet werden müssen als die von ihm korrigierten. Und da sich gerade in diesen Teilen des Buches einige Schlüsselstellen für den Historiker befinden, vermindert das seinen Wert als Dokument für die historische Forschung erheblich.

Eine gründliche Analyse des Buches ‚I Paid Hitler' kann nicht bei der Frage der Authentizität stehenbleiben, sondern muß ebenso das Problem der Faktizität behandeln. Mit anderen Worten: Selbst wenn die meisten Aussagen des Buches die Ansichten Thyssens getreu widerspiegeln, muß gefragt werden bis zu welchem Grade sie tatsächlich richtige Information enthalten. Es liegt auf der Hand, daß dieses Problem nicht vollständig zu lösen ist, doch gibt es heute ausreichend unverdächtiges Beweismaterial, um es an einigen Beispielen exemplarisch zu behandeln. Was bei einer Prüfung des zusätzlichen Materials am meisten auffällt, ist die Tatsache, daß einige interessante Details über Thyssens Beziehungen zur NSDAP und über seine Zahlungen an die Partei sowohl im Buch als auch im Stenogramm der Interviews fehlen. Im Königsteiner Entnazifizierungsprozeß und ebenso vor dem

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Militärgerichtshof in Nürnberg ist zum Beispiel festgestellt worden, daß Thyssen im Frühjahr oder Sommer 1932 versucht hat, Geld aus dem Fonds eines größeren Industrieverbandes zu bekommen, nämlich vom Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (gewöhnlich Arbeit-Nordwest genannt), um einer Geldbitte des Nationalsozialisten Walther Funk nachzukommen. Ludwig Grauert, der damals Geschäftsführer der Arbeit-Nordwest war, bezeugt, daß Thyssen ihn mit Funk zusammengebracht und dabei in Aussicht gestellt hat, Grauert werde 100000 Mark aus dem Fonds des Verbandes für Funk abzweigen. Grauert erwies sich als willig und nahm das Geld aus dem Reservefonds der Arbeit-Nordwest, der zur Unterstützung der Mitgliedsfirmen im Falle längerdauernder Streiks bestimmt war. Er versäumte allerdings, beim Vorsitzenden des Verbandes, Ernst Poensgen, die Einwilligung zu seiner Transaktion einzuholen. Poensgen war wie Thyssen einer der Direktoren der Vereinigten Stahlwerke. Als Poensgen die unerlaubte Verwendung des Streikfonds für politische Zwecke bemerkte, erhob er, so Grauert, dagegen scharfen Einspruch – ebenso wie Krupp von Bohlen und Halbach, der sogar Grauerts Entlassung durchsetzen wollte. Grauert blieb nur durch das Dazwischentreten Thyssens verschont. Thyssen behauptete, die Geldsumme sei nur eine Anleihe gewesen, und zahlte die fehlenden 100000 Mark aus eigener Tasche zurück[26]. Dieser Vorfall ist vielleicht nicht von allzu großer Wichtigkeit, zeigt aber, daß Thyssen keineswegs immer in die eigene Tasche griff, um Geld für Nationalsozialisten flüssig zu machen – wie bei der Lektüre von ‚I Paid Hitler' anzunehmen wäre. Außerdem zeigt der Vorfall, daß sich Thyssen bei der Vorbereitung des Buches nicht mehr an alle Verbindungen zu den Nationalsozialisten erinnerte oder es vorzog, nicht alle aufzudecken.

In anderer Hinsicht ist der Grauert/Funk-Vorfall allerdings wertvoll. Er scheint die Begründungen, die Thyssen in ‚I Paid Hitler' und in den Interviews für seine Zahlungen an die Nazis gegeben hat, zu bestätigen. Besonders in den Interviews betonte Thyssen, daß ihm der sozialökonomische Radikalismus gewisser Elemente innerhalb der NSDAP große Sorge bereitet habe. Er habe daraufhin versucht, diesen Bestrebungen durch Geldgeschenke an Göring, den er für einen Mann der Mäßigung gehalten habe, entgegenzuwirken[27]. Da Funk, ehemals Redakteur einer

[26] Für Grauerts Zeugenaussage siehe Verfahren, Verhandlungsprotokolle, 24. 8. 1948. In Nürnberg machte er inhaltlich zweimal genau dieselbe Aussage, NA, RG 238, PTI, 5. 12. 1945 und 23. 8. 1946.

[27] Die Schilderung der innerparteilichen Zwietracht, die Thyssen in den Interviews gab, ist nicht vollständig in das Buch aufgenommen worden. Auf S. 103/134 werden Goebbels und Hess zum linken Flügel der Partei gerechnet; so auch in den Interviews, Thyssen/Reves Papers, Stenogramm, Blätter 261, 270, 280. Dort wird auch Rosenberg mit diesem Flügel in Verbindung gebracht, Bl. 280. Auf S. 106/138 wird Gregor Strasser als linksgerichtet charakterisiert, eine Behauptung, die auf einer Bemerkung Thyssens in einem Interview basiert: „je le considérais un peu trop de gauche," ebenda, Bl. 272. Bei vielen Gelegenheiten hat Thyssen in den Interviews Göring als „vernünftig" bezeichnet oder als auf dem rechten Flügel stehend, wenigstens vor 1934, ebenda, Blätter 261, 270, 280. Gleichfalls als „vernünftig" hat er Gottfried Feder und Albert Pietzsch bezeichnet, ebenda, Bl. 280.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konservativen Wirtschaftszeitung, in Industriekreisen als ein gemäßigter Nationalsozialist betrachtet wurde, paßt Thyssens Bemühen, Gelder für ihn aufzubringen, in das gleiche Schema. Das gleiche gilt für einen anderen Vorfall, den Thyssen in seinen Interviews mit Reves und Ravoux unerwähnt ließ und der auch im Buch nicht erscheint. Durch die Korrespondenz eines anderen prominenten Industriellen ist bekannt, daß Thyssen zu einer Gruppe von Geschäftsleuten gehörte, die im Sommer 1932 die Errichtung eines Büros finanzierte, das sich „Dr. Hjalmar Schacht Arbeitsstelle" nannte. Thyssens Investitionskapital betrug 3000 Mark. Dieses Büro hatte vor allem die Aufgabe, so führte Schacht damals aus, von Seiten der Wirtschaft Einfluß auf die NSDAP zu gewinnen[28]. Thyssen scheint also auch hier seiner Besorgnis nachgegeben und versucht zu haben, dem Wirtschaftsradikalismus innerhalb der Partei entgegenzuwirken.

Unerwähnt bleibt im Buch und in den Interviews auch der Besuch, den Hitler Thyssens Landhaus Schloß Landsberg am 27. Januar, einen Tag nach der Rede vor dem Industrie-Klub, abstattete. Ernst Poensgen hat als erster in einer kurzen autobiographischen Schrift, die er nach dem Krieg verfaßte, davon gesprochen. Vom Militärgerichtshof in Nürnberg wurde sie als Beweismaterial benutzt. Nach Poensgens Angaben waren bei dieser Gelegenheit Hitler, Göring, Röhm, der Industrielle Albert Vögler und Poensgen selbst Gäste Thyssens[29]. Als Thyssen im Verlauf des Königsteiner Prozesses mit Poensgens Aussage konfrontiert wurde, bestätigte er sie ohne Zögern[30]. Ähnlich ist es mit Thyssens Unterzeichnung einer Eingabe an Hindenburg, durch die der Reichspräsident gedrängt wurde, Hitler zum Kanzler zu ernennen[31]. Sie ist weder im Buch noch in den Interviews erwähnt.

Neben diesen ‚verschwiegenen' Tatsachen kommen bei einem Vergleich von Buch und Interviewstenogramm mit anderen Quellen auch gewisse Ungenauigkeiten zutage. Es unterliegt zum Beispiel keinem Zweifel, daß Thyssens aktive Zusammenarbeit mit der NSDAP später begann, als im Buch angegeben ist. Dort – wie auch in den Interviews – wird behauptet, daß Thyssen Hitler 1923, und zwar noch vor dem Putsch, zum ersten Mal begegnet sei; ständigen Kontakt zur NSDAP habe er aber erst ab 1928 unterhalten, nachdem Rudolf Hess mit der Bitte um Geld an ihn herangetreten sei. Hess habe ihm erklärt, daß die Partei Schwierig-

---

[28] Schacht an Paul Reusch, 6. 6. 1932 und Reusch an Schacht, 9. 6. 1932, Nachlaß Paul Reusch, Historisches Archiv, Gutehoffnungshütte, Oberhausen, Akte 400101290/33.

[29] Poensgen, a. a. O., S. 6; vgl. Anm. 21.

[30] Verfahren, Verhandlungsprotokolle, 18. 8. 1948. Im Buch (S. 100/131) wird von einer undatierten Übernachtung Hitlers, Hess' und Röhms in Thyssens Haus Schloß Landsberg, dem früheren Wohnsitz seines Vaters, berichtet. Dieser Passus wird durch den Interviewtext bestätigt (Stenogramm, Bl. 271), wo Thyssen aber leugnete, daß auch Göring dabei gewesen sei.

[31] Siehe Albert Schreiner, Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker an Hindenburg für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 4 (1956), S. 366.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keiten beim Aufbringen der Zahlungen für das Braune Haus habe[32]. Aus anderen Quellen ist jedoch bekannt, daß das Braune Haus nicht vor Frühjahr 1930 gekauft wurde[33]. Thyssen selbst verlegte diese Episode, als er nach dem Krieg befragt wurde, in das Jahr 1932[34]. Der Schatzmeister der NSDAP, Franz Xaver Schwarz, der in seinem Verhör zum gleichen Zwischenfall Stellung nahm, datierte ihn als 1931 oder 1932[35].

In ‚I Paid Hitler' wird der Eindruck erweckt, als ob Thyssen bereits während der Kampagne gegen den Youngplan mit der NSDAP zusammengearbeitet hätte (S. 87f./118f.). Gesprochen wird davon jedoch in einem der durch Thyssen nicht korrigierten Kapitel. Der Text des Interviews ist sehr viel weniger bestimmt: Thyssen habe gesagt, daß er durch seine Bedenken gegen den Youngplan dazu verleitet worden sei, der NSDAP Gelder zur Verfügung zu stellen[36]. Er bezog aber den Beginn seiner finanziellen Unterstützung nicht speziell auf das Plebiszit gegen den Youngplan, wie das Buch implizit behauptet. Außerdem werden im Buch, und zwar im gleichen Absatz, gewisse Verhandlungen zwischen NSDAP und Stahlhelm behandelt, in denen Thyssen den Mittelsmann gespielt haben will, auch aus Opposition gegen den Youngplan. Nach dem Stenogramm sagte Thyssen jedoch aus, daß diese Verhandlungen zwei Jahre nach der Kampagne gegen den Youngplan stattgefunden hätten, also 1931[37].

Ein weiterer Grund für die Annahme, daß Thyssens Verbindung zur NSDAP erst später geknüpft wurde, als im Buch angegeben ist, liegt in seinen Beziehungen zu Göring. In den Interviews betonte Thyssen, daß er erst nach seiner Begegnung mit Göring, dem ehemaligen Flieger-As, in näheren Kontakt zur NSDAP getreten sei. Dieses Treffen aber habe stattgefunden, nachdem Hess bereits um Geld zur Finanzierung des Hauskaufs gebeten habe[38]. Ebenso gibt Thyssen in den Interviews wie auch in seinen Zeugenaussagen nach dem Krieg übereinstimmend an, daß Wilhelm Tengelmann, ein anderer Industrieller, ihn mit Göring zusammengebracht habe[39]. Tengelmann seinerseits datierte in einer Stellungnahme, die er 1945 für

---

[32] I Paid Hitler, S. 80/113, 97/129, und Thyssen/Reves Papers, Stenogramm, Blätter 260, 265, 278.

[33] Adolf Hitler, Das Braune Haus, in: Völkischer Beobachter (Reichsausgabe), 21. 2. 1931; siehe auch Hitlers Bekanntmachung an die Parteigenossen, in der er Sondererhebungen für den Ankauf des Braunen Hauses ankündigte, 3. 6. 1930, in: Akten der Regierung, Düsseldorf. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, 30653.

[34] NA, RG 238, PTI, Thyssen, 4. 10. 1945.

[35] Ebd., Schwarz, 6. 11. 1945.

[36] Thyssen/Reves Papers, Stenogramm, Bl. 170.

[37] Ebenda.

[38] Ebd., Blätter 260, 271.

[39] I Paid Hitler, S. 100/131; Thyssen/Reves Papers, Stenogramm, Blatt 170. Im Buch wird Tengelmann irrtümlich als Sohn eines Direktors von einem von Thyssens Bergwerken bezeichnet, im Interviewstenogramm dagegen einfach als „le fils d'un directeur des sociétés charbonniers". Es gab verschiedene Tengelmanns, aber Thyssens Zeugenaussage in Königstein vom 28. 2. 1948, wo er von dem Mann spricht, der ihn mit Göring zusammengebracht

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die alliierten Behörden verfaßte, den Beginn seiner Bekanntschaft mit Göring ganz genau: Er habe ihn erst am 30. September 1930 persönlich kennengelernt[40].

Eine kleinere Unstimmigkeit liegt in dem Datum, das für Thyssens Parteieintritt angegeben wird. Sowohl im Buch wie in den Interviews wird der Dezember 1931 genannt, also kurz nach dem Harzburger Treffen der Rechtsparteien[41]. Außerdem wird im Buch behauptet, Thyssen habe selbst an dem Treffen teilgenommen und daraufhin seine Entscheidung getroffen[42]. Aus verschiedenen Quellen ist aber einwandfrei festzustellen, daß Thyssen in Bad Harzburg überhaupt nicht anwesend war[43]. Dazu kommt, daß die Zentralkartei der NSDAP Thyssen erst für die Zeit nach der Machtergreifung als Mitglied aufweist, und zwar seit dem 1. Mai 1933 unter der Mitgliedsnummer 2917299[44].

---

hat und diesen „Landrat Tengelmann" nennt, beweist, daß Wilhelm Tengelmann gemeint war, Verfahren, Hauptakte, S. 185–188; vgl. auch Das Deutsche Führerlexikon 1934/35, Berlin 1934, S. 486; Berlin Document Center (BDC), Oberstes Parteigericht, 2847, Paul Schulz an Major a.D. Buch, 12. 8. 1932, wo Tengelmann als „besonders mit Herrn Hauptmann Göring bekannt und, ich glaube, befreundet" bezeichnet wird.

[40] NA, RG 238, NI-635 (T-301, Roll 7). Tengelmann war vermutlich deshalb in der Lage, sich an das genaue Datum zu erinnern, weil er am Tag danach in die NSDAP eingetreten war, BDC, Parteikanzlei, Korrespondenz betr. Wilhelm Tengelmann, Mitgliedschaftsamt München an Gauschatzmeister des Gaues Sachsen, Otto Rothe, 28. 6. 1937.

[41] I Paid Hitler, S. 97/128; Thyssen/Reves Papers, Stenogramm, Blätter 179, 261. Früher hatte Thyssen zum Zentrum gehört, danach zur Deutschnationalen Volkspartei; siehe I Paid Hitler, S. 35/65, 59/89, 63/93, Thyssen/Reves Papers, Stenogramm, Blätter 261, 265. September 1931 wohnte er noch dem Parteitag der DNVP bei; siehe John A. Leopold, Alfred Hugenberg and German Politics, unveröffentlichte Diss., Catholic University of America, Washington, D. C., 1970, S. 244. Erst im Januar 1932 legte Thyssen sein Mandat als DNVP-Stadtverordneter in Mülheim/Ruhr nieder, Verfahren, Hauptakte, 153.

[42] I Paid Hitler, S. 97/128.

[43] Thyssens Abwesenheit wurde sofort von der Presse registriert; siehe Kein Mensch hat sich erschreckt! in: Berliner Tageblatt, Nr. 482, 13. 10. 1931. Nach zwei späteren Berichten war Thyssen zur Zeit des Treffens im Ausland: Jacques Benoist-Méchin, Histoire de l'Armée Allemande depuis l'Armistice, 2 Bde., Paris 1936/38, Bd. II, S. 424, Anm. 3; Albert Norden, Lehren deutscher Geschichte, Ost-Berlin 1947, S. 90.

[44] BDC, Parteikanzlei, Korrespondenz betr. Fritz Thyssen, Mitgliedschaftsamt München an Gauschatzmeister des Gaues Essen, 24. 6. 1940. Thyssens Frau ist früher in die Partei eingetreten, nämlich am 1. 3. 1931, Mitgliedsnummer 522386: ebenda, Korrespondenz betr. Amélie Thyssen, Mitgliedschaftsamt München an Gauschatzmeister des Gaues Essen, 24. 6. 1940 (getrenntes Schreiben von dem oben zitierten). Im Juni 1933 hat sich Thyssen, der offenbar gekränkt war wegen seiner wenig ansehnlichen, weil hohen Mitgliedschaftsnummer, um eine Nummer in derselben Größenordnung wie die seiner Frau bemüht. Er behauptete, er sei persönlich von Hitler in die Partei aufgenommen worden, zur gleichen Zeit des Eintritts seiner Frau, also März 1931 und nicht Dezember, wie im Buch angegeben wird. Dies gelang ihm aber nicht, obwohl er die Unterstützung des Gauleiters Terboven hatte; BDC, Parteikanzlei, Korrespondenz betr. Amélie Thyssen, Gauschatzmeister Beyer an Reichsschatzmeister Schwarz, 7. 6. 1933. Aus anderen Quellen geht allerdings klar hervor, daß Thyssen sich als Nationalsozialist betrachtete, lange bevor er als Parteigenosse zugelassen war. Ein Beispiel ist sein auffallender Beifall für Hitlers Rede vor dem Industrie-Klub, wo er Heiter-

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch auf die Angaben Thyssens über die politische Betätigung anderer Industrieller fällt bei einer Prüfung der zusätzlichen Quellen ein recht zweifelhaftes Licht. Im Buch und in den Interviews vermitteln seine Schilderungen den Eindruck, als ob Emil Kirdorf ein glühender und standhafter Parteigenosse gewesen sei[45]. In Wirklichkeit hatte Kirdorf mit der NSDAP bereits gebrochen, als Thyssen enge Beziehungen zu ihr aufnahm. Er war nur von 1927 bis 1928, also ein einziges Jahr, Parteimitglied. Außerdem machte Kirdorf kein Hehl aus seiner scharfen Ablehnung einiger Punkte des Parteiprogramms und gewisser Elemente innerhalb der NSDAP, obwohl er noch auf recht gutem Fuß mit Hitler stand[46]. Thyssen hat aber nichts von alledem erwähnt. In dieselbe Richtung geht, daß Thyssen Hugenberg in den Interviews als eine Art politischen Schatzmeister der deutschen Industrie charakterisiert. Wenn auch Hugenberg eine derartige Funktion zumindest für einen Teil der Schwerindustrie in den Anfangsjahren der Weimarer Republik wahrnahm, so hatten sich seine Beziehungen zu den Industriellen aber wesentlich verschlechtert, noch bevor er im Jahre 1928 Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei geworden war. Spätestens ab 1927 sind die großen politischen Beiträge meistens ohne den Mittelsmann Hugenberg von der Industrie verteilt worden[47]. Auch hier sind Thyssens Angaben irreführend.

Es ist außerdem zweifelhaft, ob Thyssens Schätzung – ein bis zwei Millionen Mark seien an die NSDAP gezahlt worden – auf Informationen aus zuverlässiger Quelle beruhten, wobei gar nicht berücksichtigt werden soll, ob Thyssen, wie das Buch unterstellt, jährliche Zahlungen meinte oder Zuwendungen für eine bestimmte Kampagne, wie aus dem Interview anzunehmen ist. Aus verschiedenen anderen Quellen geht hervor, daß Industriegelder in der Weimarer Republik nicht zentral an Parteien verteilt wurden. Es gab Versuche zur Koordination; Firmen taten sich zusammen, um ihre Fonds gemeinsam für politische Zwecke zu verwenden. Ihr Ziel war, so mehr Einfluß auf die Parteien zu gewinnen. Diese Versuche hatten aber nur geringen Erfolg, und die politische Tätigkeit der deutschen Industrie blieb ohne Koordinierung bis zum Ende der Weimarer Republik[48]. Aber gerade deshalb und, weil Gelder für politische Zwecke immer mit großer Diskretion gezahlt wurden, ist kaum anzunehmen, daß irgendjemand – Thyssen einge-

---

keit unter einigen Zuhörern verursachte, als er am Schluß laut ausrief: „Heil Herr Hitler!"; siehe Lochner, a. a. O., S. 86; auch Brief von Max Schlenker an den Vorsitzenden der Spruchkammer zu Frankfurt, 1. 9. 1948, Verfahren, Hauptakte, 431. Siehe auch Thyssens Antwort auf die Frage „Warum nicht Hindenburg, sondern Hitler?", in: Völkischer Beobachter (Bayernausgabe), 13./14. 3. 1932; dazu Brief Thyssens an Frau Eleanor Liebe-Harkort, 29. 10. 1932, Nachlaß Dingeldey, Bundesarchiv, Bd. 16.

[45] I Paid Hitler, S. 98f./129f., 103/134; Thyssen/Reves Papers, Stenogramm, Blätter 267f.

[46] Siehe H. A. Turner, Jr., Emil Kirdorf and the Nazi Party, in: Central European History 1 (1968), S. 324ff. Kirdorf trat der Partei später nochmals bei, aber erst im Jahre 1934.

[47] Siehe H. A. Turner jr., Big Business and the Rise of Hitler, in: The American Historical Review 75 (1969), S. 58; derselbe, The Ruhrlade, Secret Cabinet of German Heavy Industry in the Weimar Republic, in: Central European History 3 (1970), S. 257–81.

[48] Ebenda.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schlossen – wußte, wieviel Geld insgesamt von der Industrie dafür gegeben und nach welchem Schlüssel es auf die Parteien verteilt wurde.

Es ist natürlich denkbar, daß Thyssen die Zahlen von den Nationalsozialisten bekam. Aber die Nationalsozialisten waren um ihren Ruf als unabhängige Volksbewegung sehr besorgt und leugneten jede finanzielle Unterstützung durch die Industrie. Deshalb ist es unwahrscheinlich, daß Thyssen irgendwelche Informationen dieser Art seitens der Partei erhalten hat. Wenn er sie aber bekam, so waren sie wohl kaum zuverlässig, denn auch auf seiten der NSDAP gab es keine zentrale Registratur für Spendengelder. Manche gingen wie die, die Thyssen an Funk und Göring zahlte, direkt an Einzelpersonen und nicht an die Reichsleitung. Wieder andere wurden an untergeordnete Parteiorgane gegeben und konnten deshalb nicht zentral registriert werden. Sogar Geld, das Hitler persönlich erhielt, floß in der Regel nicht in die Kasse der Reichsleitung und blieb dem Schatzmeister Franz Xaver Schwarz unbekannt[49]. Es ist ebenso unwahrscheinlich, daß irgendein Industrieller die Gesamtsumme aller Zuwendungen an die NSDAP kannte, wie zweifelhaft, daß je ein Parteigenosse – einschließlich Hitler – davon Kenntnis hatte.

So fühlt man sich schließlich nicht ohne Grund genötigt, selbst daran zu zweifeln, daß es irgendeine solide Basis für die von Thyssen aufgestellte Behauptung gibt, er habe persönlich eine Million Mark an die NSDAP gezahlt[50]. Im Widerspruch dazu steht eine Bemerkung von Reves im Vorwort des Herausgebers in ‚I Paid Hitler': „He did not want to tell me what were the exact amounts that he had given to the Nazis. . . . (S. xv/12). Reves fährt zwar im gleichen Satz fort: . . . „although he told me that he had somewhere in a safe place the receipts of all the monies paid by him. . . ." Denkt man aber an das Beweismaterial des Königsteiner Prozesses und an die anderen Angaben, die Thyssen nach dem Krieg gemacht hat, so ist es höchst unwahrscheinlich, daß Thyssen jemals eine vollständige Sammlung von Quittungen über seine Zahlungen an Nationalsozialisten besessen hat oder daß er überhaupt wußte, wie hoch der Gesamtbetrag seiner Zahlungen war. In Königstein hat er zum Beispiel den Passus aus ‚I Paid Hitler' (S. 82f./114) bestätigt, derzufolge seine erste Zahlung an die Partei im Oktober 1923 in Form einer Unterstützung von „ungefähr" 100000 Goldmark an Ludendorff erfolgt sei[51]. In einem früheren Zeugenbericht aus der Nachkriegszeit schätzte er die Summe jedoch auf das Doppelte[52]. Darüber hinaus hatte er im Jahre 1940 spezifiziert, daß das Geld an Ludendorff, nicht an Hitler oder die NSDAP ausgezahlt worden war. Das heißt, er hatte

---

[49] Siehe die Zeugenaussage von Schwarz vor dem speziellen Untersuchungsstab des U.S. State Department am 1. 9. 1945, NA, RG 59, Poole Interrogations; siehe auch Ulf Lükemann, Der Reichsschatzmeister der NSDAP, Diss., Freie Universität Berlin, 1963, S. 21.

[50] Diese Summe wird genannt in einem unkorrigierten Kapitel, S. 102/133, stimmt aber mit dem entsprechenden Passus in den Interviews überein: Thyssen/Reves Papers, Stenogramm, Bl. 261.

[51] Verfahren, Klageschrift, S. 174.

[52] NA, RG 238, PTI, Thyssen, 4. 10. 1945; RG 238, NI-042 (T-301, Roll 2), Interview with Mr. Thyssen, 1. 3. 1946.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scheinbar keinen Beweis, daß der General es tatsächlich an die Nationalsozialisten weitergegeben hatte[53].

Thyssens Angaben über seine Beteiligung beim Ankauf des Braunen Hauses sind ähnlich vage und widersprüchlich. Nach dem Krieg erzählte er bei jeder Gelegenheit im großen und ganzen dieselbe Geschichte wie im Buch (S. 98/129): Er sei der Bitte von Heß entgegengekommen, eine ausländische (holländische) Anleihe zu beschaffen. Er habe für sie mit seiner eigenen Unterschrift gebürgt und habe dann später die Schuld begleichen müssen, als die NSDAP ihrer Zahlungsverpflichtung nicht nachgekommen sei. Was jedoch die Höhe der Anleihe und seiner eigenen Verluste betrifft, so gehen die verschiedenen Angaben Thyssens weit auseinander. In den Interviews und im Buch gab er an, daß die Nationalsozialisten nur einen kleinen Teil der Schuld bezahlt hätten[54]. Im Jahre 1945 schätzte er die geliehene Summe auf 300000 bis 400000 Mark und sagte als Zeuge aus, daß die Partei, soweit er sich erinnern könne, nichts davon zurückerstattet habe[55]. 1946 gab er für die Anleihe insgesamt die Zahl 200000 bis 300000 Mark an und behauptete, die NSDAP habe ungefähr ein Drittel des Geldes zurückgezahlt[56]. Während der Voruntersuchungen zum Entnazifizierungsprozeß schrieb Thyssens Verteidiger in einem Brief an den öffentlichen Ankläger, daß die Anleihe sich auf ungefähr 300 000 Mark belaufen habe und die Nationalsozialisten schätzungsweise die Hälfte davon zurückgezahlt hätten[57]. In einer anderen Einlassung der Verteidigung wurde behauptet, Thyssen habe 150000 Mark aus dem Fonds der August Thyssen-Hütte genommen, um die Anleihe zu decken[58]. Als Thyssen dann selbst im Zeugenstand war, sagte er unter Eid aus, 100000 bis 200000 Mark seien teilweise von der August Thyssen-Hütte, teilweise von Kirdorf beziehungsweise der Gelsenkirchener Bergwerks AG zurückgezahlt worden[59].

Ebenso ungenau sind die Berichte über die Zahlungen Thyssens an Göring. Seine Unterstützung des großspurigen Kriegshelden während der frühen 30er Jahre war schon damals kein Geheimnis. Es ging das Gerücht um, daß Görings plötzliche und augenfällige Verbesserung im Lebensstil auf das Geld von Thyssen zurückzuführen sei[60]. In einem Abschnitt des Buches, den der Interviewtext stützt, erklärt Thyssen, daß er Göring Geld zur Vergrößerung und Verschönerung seiner Berliner Wohnung gegeben habe, damit dieser in einem angemesseneren Rahmen auftreten konnte[61]. In Königstein schätzte Thyssen zunächst seine Geldgeschenke an Göring

---

[53] I Paid Hitler, S. 83/114; Thyssen/Reves Papers, Stenogramm, Bl. 278.

[54] Thyssen/Reves Papers, Stenogramm, Bl. 260.

[55] NA, RG 238, PTI, Thyssen, 4. 10. 1945.

[56] NA, RG 238, NI-042, (T-301, Roll 2), Interview with Mr. Thyssen, 1. 5. 1946.

[57] Verfahren, Hauptakte, S. 22–23, Ferdinand de la Fontaine an den öffentlichen Kläger, 16. 9. 1947.

[58] Verfahren, Klageschrift, S. 215.

[59] Verfahren, Verhandlungsprotokolle, 26. 8. 1948.

[60] Siehe Baldur von Schirach, Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967, S. 145f.

[61] I Paid Hitler, S. 100/131; Thyssen/Reves Papers, Stenogramm, Bl. 270.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf 100000 Mark[62]. Als von zwei Angestellten Thyssens drei Zahlungen zu je 50000 Mark bezeugt wurden, erhöhte der Industrielle seine Schätzung auf 150000 Mark[63]. Aber nach den Beschreibungen jener Angestellten scheinen diese Transaktionen ohne jede Förmlichkeit stattgefunden zu haben: Einmal hat sich Thyssen Bargeld in das Restaurant eines seiner Hüttenwerke bringen lassen, wo er und Göring zusammen warteten. Ein anderes Mal hat Thyssen nach der Aussage eines der Angestellten Geldscheine im Depot einer Bank hinterlegt, die Göring später mit einem Zweitschlüssel abgeholt und in einen Koffer eingepackt hat[64]. Wenn man bedenkt, wie das Geld so unter der Hand weitergegeben wurde, ist es wenig wahrscheinlich, daß Thyssen Quittungen erhalten hat. Außerdem wurden normalerweise bei Zahlungen für politische Zwecke keine Empfangsbestätigungen ausgefertigt. Wie Hitler in „Mein Kampf" bemerkte, wurden solche Ausgaben à fonds perdu gemacht[65].

Insgesamt war das Königsteiner Gericht in der Lage, direkte Zahlungen Thyssens an die NSDAP in Höhe von nur ungefähr 400000 Mark, nachzuweisen. Davon hat er mehr als die Hälfte, nämlich ungefähr 250000 Mark, nicht ganz freiwillig gezahlt, einmal etwa 150000 Mark als Bürge für den Kredit auf das Braune Haus und zweitens schätzungsweise 100000 Mark als Ersatz für das Geld, das Grauert an Funk aus dem Fonds der Arbeit-Nordwest gegeben hatte. Die restlichen 150000 Mark bestanden aus Unterstützungsgeldern für Göring. Wenn man nun noch unterstellt, daß das ganze Geld, das Thyssen 1923 Ludendorff zur Verfügung gestellt haben will, auch an die NSDAP weitergegeben wurde, was aber wohl unwahrscheinlich ist, so muß die Gesamtsumme – je nachdem welche von Thyssens Schätzungen man zugrundelegt – an die 500000 bis 600000 Mark betragen haben. Da es in Thyssens Interesse lag, bei seinem Prozeß seinen Anteil an der Unterstützung der NSDAP zu verkleinern, und da der Gerichtshof gezwungen war, sich hauptsächlich auf seine eigenen Aussagen zu verlassen, um die Zahlungen festzustellen, besteht natürlich die Möglichkeit, daß diese Ziffern zu niedrig sind[66].

Was insgesamt bei Thyssens Finanzgeschäften mit der NSDAP auffällt, ist, daß

---

[62] Verfahren, Hauptakte, S. 185–188, mündliche Aussage Thyssens, 28. 2. 1948.

[63] Verfahren, Klage-Erwiderung, S. 34–35.

[64] Verfahren, Verhandlungsprotokolle, 24. 8. 1948, Zeugenaussage von Heinrich Kindt, Buchhaltungschef der August Thyssen-Hütte; Hauptakte, S. 598, schriftliche Zeugenaussage von Horst Borries, ehemals Angestellter der August Thyssen Bank A.G., Berlin, 15. 5. 1948.

[65] Hitler, Mein Kampf, 2 Bde., München 1927, Bd. 2, S. 682.

[66] Während eines Verhörs wurde Göring 1945 mit der Behauptung Thyssens, daß er Göring 150000 Mark gegeben habe, um seine Wohnung neu auszustatten, konfrontiert. Zunächst stritt Göring das heftig ab; Thyssen habe ihm 1932 20000 holländische Gulden gegeben, sonst nichts. Dann sagte Göring plötzlich im Widerspruch zu seiner eigenen Aussage, Thyssen habe ihm viel mehr als 150000 Mark gegeben. Wie die Niederschrift des Verhörs zeigt, war Göring, wenigstens an jenem Tag, dem 13. 10. 1945, ein sehr widerwilliger und unzuverlässiger Zeuge. Seine Zeugenaussage ist daher von fragwürdigem Wert. Dennoch: Die Erwähnung der 20000 Gulden macht es möglich, daß sie zu den Zahlungen, die Thyssen Göring gegenüber leistete, zugezählt werden sollten, NA, RG 238, PTI, Göring.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sie eher zufällig als methodisch waren. Daher dürfte kaum Buch darüber geführt worden sein. Aller Wahrscheinlichkeit nach konnte Thyssen am Ende selbst nicht mehr überblicken, in welchem Umfang er die Partei unterstützt hatte. Darum muß die Zahl von einer Million Mark, die Thyssen 1940 genannt hat, als eine aus der Luft gegriffene Schätzung, nicht als konkrete Angabe behandelt werden. Es sollte auch nicht übersehen werden, daß Thyssen, da seine Memoiren als Verkaufsschlager geplant waren zu einer Zeit, als sein Vermögen schon beschlagnahmt war, damals ein materielles Interesse daran hatte, seine Bedeutung für den Aufstieg der NSDAP zu betonen. Während er seine Unterstützung im Jahr 1948 zu gering eingeschätzt haben dürfte, besteht ebenso die Möglichkeit, daß er sie 1940 übertrieben hat.

Was kann nun abschließend über ‚I Paid Hitler' als historische Quelle ausgesagt werden? Erstens sind es zweifellos keine authentischen Lebenserinnerungen, denn der „Autor" hat acht der insgesamt neunzehn Kapitel überhaupt nicht gesehen und vom Rest nur den Französisch geschriebenen Entwurf, nicht aber die englische Buchfassung korrigiert und gebilligt. Zweitens kann der Historiker nicht annehmen, daß Thyssens Aussagen faktisch stimmen, auch da nicht, wo sie nachweislich authentisch sind. Wie oben dargelegt wurde, war Thyssen viel weniger gut informiert, als der Leser nach den scheinbar kenntnisreichen Angaben des Buches anzunehmen geneigt ist. Außerdem beweist Thyssens Bereitschaft, weit hergeholte Gerüchte und leeres Gerede als zuverlässige Informationen zu verwerten, daß er selbst äußerst leichtgläubig war[67]. Schließlich hat der Vergleich des Buchtextes mit dem Stenogramm und anderem Beweismaterial Thyssen als einen Mann gezeigt, der – sogar in persönlichen Angelegenheiten – entweder kein gutes Erinnerungsvermögen besaß oder keinen allzu großen Wert auf eine wahrheitsgemäße Darstellung legte. Mag sein, daß auch beides zutrifft. Das Buch ‚I Paid Hitler' ist vielleicht aufschlußreich für die Mentalität eines Industriellen, der in den frühen 30er Jahren im Nationalsozialismus die Rettung für sein Vaterland sah; es kann aber, soweit es um die Darstellung geschichtlicher Ereignisse geht, nicht als glaubwürdiges Dokument behandelt werden, selbst da nicht, wo Thyssen diese Ereignisse handelnd miterlebte.

---

[67] Beispielsweise Thyssens Versicherungen, daß Hitler wiederholt in jüdische Frauen verliebt gewesen sei, Thyssen/Reves Papers, Stenogramm, Bl. 278; auch die Behauptung, ein Baron Rothschild sei wohl Hitlers Großvater gewesen, was allerdings in einem der undurchgesehenen Kapitel des Buches erscheint (S. 159/190f.) und in den vom Verfasser bei Reves gesehenen Niederschriften über die Interviews keine Unterstützung findet.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

CHRISTOPH KLESSMANN

DER GENERALGOUVERNEUR HANS FRANK

Das folgende Porträt Hans Franks ist entstanden im Zusammenhang der Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Politik in Polen im zweiten Weltkrieg[1]. Durch die Berufung nach Krakau als Generalgouverneur erhielt Frank eine Stellung, die es rechtfertigt, ihn in die hohe nationalsozialistische Prominenz einzureihen, auch wenn er nie zur engsten Führungsgruppe im Dritten Reich gehörte, sondern der zweiten Garnitur zuzurechnen ist. Ohne den Posten des Generalgouverneurs wäre Frank vermutlich nicht in den Vordergrund des politischen Geschehens gerückt, er wäre der Kronjurist der Partei geblieben, der ehrenvolle, aber politisch bedeutungslose Ämter bekleiden durfte.

In der Geschichte der NSDAP, insbesondere vor der Machtergreifung, stellte Frank ohne Zweifel eine zwar nicht zentrale, aber doch wichtige Figur dar, die unübersehbaren, blutigen Spuren seiner politischen Tätigkeit indes sind erst und nahezu ausschließlich mit seinem Amt in Polen verbunden. Frank als historisch relevante Gestalt ist also kaum von dem Wirkungsbereich zu trennen, den er im Generalgouvernement (GG) hatte. Insofern ist es legitim, den Akzent in seiner politischen Biographie auf den Zeitraum von 1939–1945 zu legen[2].

Daß Persönlichkeiten im Zusammenhang mit politischen und sozialen Strukturen zu sehen sind, ist mittlerweile für den Historiker eine Selbstverständlichkeit. Das Problem besteht jedoch darin, dieses Verhältnis von Strukturen und Personen,

---

[1] Zur Polenpolitik allgemein siehe M. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939 bis 1945, 2. Aufl. Fischer-TB, Frankfurt 1965. Aus der umfangreichen polnischen Literatur ist jetzt vor allem die ausführliche Darstellung von Cz. Madajczyk zu nennen: Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce, 2 Bde. Warschau 1970 (mit umfassender Bibliographie). Zum Generalgouvernement speziell: G. Eisenblätter, Grundlinien der Politik des Reiches gegenüber dem Generalgouvernement, Phil. Diss. Frankfurt 1969; Ch. Kleßmann, Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement (1939–1945), Phil. Diss. Bochum 1969, erscheint voraussichtlich im Herbst 1971 in: Studien zur modernen Geschichte, Düsseldorf.

[2] Zu Franks Biographie: St. Piotrowski, Hans Franks Tagebuch, PWN – Polnischer Verlag der Wissenschaften, Warschau 1963; J. Wulf, Hans Frank, Generalgouverneur im besetzten Polen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beil. z. Wochenzeitung „Das Parlament" v. 2. 8. 1961, auch in: Das Dritte Reich und seine Vollstrecker, Berlin 1961; J. Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches, Profile einer totalitären Herrschaft, München 1963, S. 286–299; schließlich H. Frank, Im Angesicht des Galgens, Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, hrsg. v. O. Schloffer, München 1953. So interessant dieses Buch für bestimmte Probleme der Geschichte der NSDAP und der politischen Entwicklung Franks auch ist, so enthält es doch – abgesehen von dem verfehlten Anspruch einer Deutung des Nationalsozialismus – zahlreiche Fehler und Ungenauigkeiten. Trotz eines beträchtlichen Maßes an kritischer Offenheit schlägt die apologetische Grundtendenz dieser „Memoiren" ständig durch.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Wechselwirkung von vorgegebenen machtpolitischen, sozialen, wirtschaftlichen Faktoren und Politikern, die von diesen Faktoren in ihrer Handlungsfreiheit determiniert werden und sie zugleich zu verändern suchen, jeweils neu zu „verrechnen"[3]. Dies ist auch die Ausgangsfrage für die Untersuchung der Persönlichkeit Hans Franks.

Inwiefern bot das GG als ein nur locker dem Reich angegliedertes besetztes Territorium und seine – generell als anarchisch zu kennzeichnende – politische Struktur Frank besonders gute Gelegenheiten zur Entfaltung bestimmter Eigenschaften, die sich schon früh bei ihm zeigten, die sonst aber möglicherweise kaum zum Tragen gekommen wären? Wieweit trug andererseits das persönliche Verhalten des Generalgouverneurs wesentlich mit dazu bei, im GG politische Zustände zu schaffen, die er dann selbst als „Anarchie der Vollmachten" charakterisierte?

Der Generalgouverneur war dem Führer direkt unterstellt und hatte damit formal eine außerordentlich starke Position. Die politische Realität freilich sah gänzlich anders aus. Franks Stellung wurde im Laufe der Kriegsjahre immer stärker unterhöhlt durch die SS, die Parteikanzlei und die verschiedenenen Sonderbeauftragten der Reichsbehörden. Dieser Konflikt zwischen einer äußerlich starken und unabhängigen Stellung und einer realiter immer mehr geschwächten und auf die Repräsentation abgedrängten Position mußte für das Verhalten eines so labilen Mannes wie Frank beträchtliche Auswirkungen haben. Sie sollen im folgenden geschildert werden. Es geht also nicht darum, eine vollständige politische Biographie Franks zu skizzieren. Vielmehr ist seine Entwicklung vor 1939 im vorliegenden Zusammenhang nur insofern von Interesse, als schon früh bestimmte Eigenschaften zu Tage treten, die später im GG sowohl die grellen Konturen wie die gebrochenen Farbtöne in seinem Bild ausmachen.

Es wäre interessant, generell der Frage nachzugehen, in welchem Grade faschistische Systeme besonders geeignet und darauf angelegt sind, sozial Entwurzelte, Kriminelle oder Psychopathen in Führungspositionen zu bringen. Frank selber jedoch dürfte kaum in eine dieser Gruppen gehören. Er ist innerhalb der nationalsozialistischen Führung der schmalen Schicht bürgerlicher Intellektueller zuzurechnen, deren Affinität zum Nationalsozialismus durch einen fanatischen und bisweilen religiöse Formen annehmenden Nationalismus und durch ein vom Krieg und Zusammenbruch geschärftes soziales Bewußtsein begründet wurde. Es ist somit eher einem Zufall zu verdanken, daß ein noch teilweise an bürgerlichen Normvorstellungen orientierter Mann wie Frank auf einen so exponierten Posten wie den des Generalgouverneurs kam. In Polen fand er ein Betätigungsfeld, das nicht nur seiner Bereitschaft zur Gewalt entgegenkam, sondern ihm auch die Selbstdarstellung als großer Förderer der Kultur ermöglichte, d. h. den Aufbau eines deutschen Kulturbetriebes, dessen politische Funktion die angemessene Repräsentation des

[3] Vgl. Th. Schieder: Strukturen und Persönlichkeiten in der Geschichte, in: HZ 195 (1962), S. 292; zur grundsätzlichen methodischen Problematik der Biographie jetzt vor allem: H. U. Wehler, Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Psychoanalyse, in: HZ 208 (1969), S. 529ff.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Herrenvolkes" gegenüber den als kulturlos dekretierten Unterworfenen sein sollte. Nach der „Blutgeschichte des Krieges" wollte er selbst zum Motor eines „neuen kulturgeschichtlichen Prozesses" werden[4], und die politische Struktur des GG ermöglichte es, daß sich seine Schwächen, Wünsche und Launen sowohl im negativen wie im positiven Sinne bisweilen sehr unmittelbar auf die politische Wirklichkeit in diesem Teil des Dritten Reiches auswirken konnten.

Dementsprechend widersprüchlich fiel auch das Urteil über Frank aus: Himmler nannte ihn einen Vaterlandsverräter, der mit den Polen unter einer Decke stecke; Ohlendorf, der Chef des Inlands-SD, stufte ihn auf Grund seines Engagements für die Wahrung gewisser Rechtsprinzipien als Anhänger der Ideen der westlichen „Plutokratien" ein. Den Polen galt und gilt er als eine der brutalsten und rücksichtslosesten Gestalten in der Führungsschicht des Dritten Reiches und als der eigentlich Verantwortliche für die blutige Politik im GG. Er selbst versuchte sich im Nürnberger Prozeß und in seinen Memoiren als Kämpfer für einen nationalsozialistischen Rechtsstaat und als konsequenten Gegner eines Polizeiregimes darzustellen[5]. Erst die Synopse der verschiedenen Elemente in Franks Charakterbild, wie sie auch in solchen Urteilen sichtbar werden, wird sowohl seiner Person als auch seiner politisch-historischen Rolle gerecht.

Hans Frank wurde 1900 in Karlsruhe geboren. Sein Vater war Rechtsanwalt. Er besuchte das Max-Gymnasium in München, trat nach dem Abitur in das Infanterie-Regiment „König" ein, wurde aber nicht mehr zum Frontdienst eingezogen. Danach gehörte er kurze Zeit dem Freikorps „Epp", der Reichswehr und der „Thulegesellschaft" an. Sein Studium der Rechte und Nationalökonomie schloß er 1926 mit der zweiten juristischen Staatsprüfung ab, eröffnete dann eine Anwaltspraxis in München und war gleichzeitig als Assistent an der Technischen Hochschule tätig[6].

Sein frühes Tagebuch aus den Jahren 1918–1920 gibt interessante Aufschlüsse über seine Person, und „en miniature" glaubt man hier schon einige Konturen des späten Generalgouverneurs zu erkennen[7]. Persönlicher Ehrgeiz und welthistorische Reflexionen bestimmen seine Erörterungen gleichermaßen. Napoleons Lebensgeschichte läßt ihn nicht los: „Fürwahr, es muß herrlich sein, sich in so himmelähn-

---

[4] Rede zur Eröffnung der Staatsbibliothek in Krakau am 4. 4. 1941, in (Dienst)-Tagebuch Franks 1941 Bd. I, S. 243 (Bundesarchiv, Koblenz: R 52 II). Auszüge aus dem umfangreichen „Tagebuch" sind als Dokument USSR–223 für den Nürnberger Prozeß zusammengestellt worden und als Anhang wieder abgedruckt in dem Buch von Piotrowski, a.a.O. Ein ausführlicherer Auszug ist enthalten in IMG, PS-2233.

[5] Himmlers Urteil in: Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (IMG) Bd. XL, S. 113. Zu Ohlendorf vgl. die Dokumentation in dieser Zeitschrift 4 (1956), S. 400; zum polnischen Urteil vgl. Piotrowski, a.a.O.; Franks Vernehmungen im Nürnberger Prozeß finden sich in: IMG Bd. XII; Zu Franks Memoiren s. Anm. 2.

[6] Fest, a.a.O., S. 291; Piotrowski, a.a.O., S. 11.

[7] Franks persönliches Tagebuch befindet sich im Bundesarchiv (Nachlaß). Es besteht aus 2 Kladden und enthält Eintragungen für die Jahre 1918–21, 1925, 1939 und 1942.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich schwindelnde Höhe zu erheben, was macht der folgende tiefe Sturz?"[8] Literarisches Interesse und politisches Engagement; Begeisterung für Shakespeare, der „ein Deutscher" gewesen sein muß; ein eigener dramatischer Entwurf mit den charakteristischen Helden: Clio, Caesar, Friedrich, Napoleon, die Menge; ständige Beschwörungen der Weltgeschichte; endlose religiöse und philosophische Grübeleien, durchtränkt von einem ungeheuren Oh-Mensch-Pathos; eine abgöttische Liebe zur Musik; daneben politische Reflexionen: der Jammer über Deutschlands Elend, der Ruf nach Männern, Auseinandersetzungen mit dem Sozialismus usf. – vieles davon sind zweifellos typische Züge in der geistigen Physiognomie junger Intellektueller, die nach dem Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschland geistige und politische Orientierung suchten. Goebbels' Frühzeit weist in manchem verwandte Elemente auf.

Der Sozialismus, zu dem sich Frank bekannte, entsprang dem schlechten Gewissen des Bürgerlichen, nicht dem Ressentiment des Deklassierten: Vereinigung von Bürgertum und Proletariat war sein Ziel. In Kurt Eisner, dem Anhänger der USPD, sah er paradoxerweise einen glaubwürdigen Vorkämpfer solcher Vorstellungen. Am 26. Februar 1919, nach Eisners Ermordung, schrieb er in sein Tagebuch: „Eisner war ein Held! . . . Im Kampf und für seine Ideale ist er gestorben. Doch das, wofür er stritt, ist nicht zugleich mit ihm erloschen: die Flamme, die er entfacht und genährt, glüht weiter: Sozialismus!" Die „Weltidee" des Bolschewismus lehnt Frank ab als „Irrsinn Verzweifelter", doch er sieht die Quelle, aus der dem Bolschewismus neue Kräfte zuströmen: „Befreiung unwürdig Geknechteter, empor zum Licht, zur Sonne! Bürgertum, denke nach! Denke nach, solange noch Zeit ist. Es gibt eine Klasse unglücklicher Menschen . . ., die gewaltsam nach dem Tore tappen, das ihnen die Freiheit erschließen soll. Bürgertum höre auf, diese ‚Proletarier' zu verachten, . . . sondern hilf ihnen empor!"[9]

Franks Verehrung für Eisner war jedoch offensichtlich an die Person gebunden, in der Sache hingegen ein Mißverständnis. Denn seine Vorstellung von Sozialismus ließ sich schwerlich mit Eisners Programm einer Verbindung von parlamentarischer Demokratie und Rätesystem vereinbaren. Sein Sozialismus ist vielmehr deutlich auf faschistisches Führertum ausgerichtet. „Die Sozialisierung kommt. Sie ist unvermeidlich, sich ihr entgegenzustemmen, wäre Wahnsinn", schrieb er am 26. 2. 1919. Aber wie sollte die große Einigung gelingen? „Durch den Mann, der kommen wird, durch jenen Mann, der von der Menschheit endlich den Fluch der Klassen nehmen wird . . . Die Menschen sind klein und schwach, ein Mann ist alles!" Die spätere fanatische Verehrung für den Führer scheint nur die folgerichtige Fortsetzung solcher Bekenntnisse zu sein.

Es blieb indes nicht bei unverbindlichen Bekundungen: im gleichen Jahr 1919 soll Frank der Deutschen Arbeiterpartei beigetreten sein, der Vorläuferin der

---

[8] Tageb. v. 11. 12. 1918.
[9] Tageb. v. 12. 4. 1919.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

NSDAP, im September 1923 der SA[9a], in deren Gefolge er den 9. November, den Marsch auf die Feldherrnhalle, mitmachte. Nach dem Scheitern des Putsches ging er nach Österreich und studierte dort weiter, kam aber noch 1924 nach München zurück. 1926 verließ er die NSDAP wegen der Haltung der Parteiführung zur Südtirolfrage, 1927 trat er erneut ein. Den Plan, sich auf die wissenschaftliche Laufbahn zurückzuziehen, konnte ihm Hitler persönlich ausreden[10].

Eine Anzeige im „Völkischen Beobachter" wurde 1927 Ausgangspunkt für die engere Bindung des Juristen Hans Frank an die nationalsozialistische Bewegung: die Partei suchte Anwälte, die kostenlos die Verteidigung mittelloser Parteigenossen übernahmen. Frank meldete sich und avancierte im Laufe zahlreicher politischer Prozesse schnell zum Starjuristen der NSDAP und übernahm vor allem für Hitler persönlich die Vertretung bei dessen zahlreichen Klagen gegen „Verleumder". Insgesamt will Frank etwa 150 Prozesse für den „Führer" übernommen haben[11].

1928 gründete er den zunächst lediglich aus 60–80 Juristen bestehenden NS-Juristenbund (später hieß er NS-Rechtswahrer-Bund), dessen Zweck es war, die Verteidigung in den politischen Prozessen zu koordinieren. Grundlage seiner nationalsozialistischen Karriere wurde dann der berühmte Leipziger Reichswehr-Prozeß von 1930, in dem er die angeklagten Ulmer Reichswehroffiziere verteidigte und dabei auch Hitler in den Zeugenstand berief, der hier seinen politisch bedeutungsvollen Legalitätseid ablegte[12].

In diesen Jahren entstand ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen Hitler und Frank, dessen sich dieser später immer wieder rühmte, auch als es längst nicht mehr existierte. Hitler benötigte damals die Fassade der Legalität und er schöpfte die rechtlichen Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie bis zum Äußersten aus[13]. Daß Frank nie erkannt hat, mit welcher zynischen Verachtung sich Hitler des Rechts lediglich als eines Instruments innerhalb seines politischen Kalküls bediente[14], war ein Grund für die späteren bitteren Enttäuschungen.

Zunächst mochte eine Vielzahl von Ämtern, die Frank bekleidete, über seine politisch unbedeutende Stellung hinwegtäuschen. Im Oktober 1930, also unmittelbar nach dem Reichswehrprozeß, erhielt er von Hitler den Auftrag, eine Rechtsabteilung der Reichsleitung der NSDAP zu gründen. Seit 1934 nannte sie sich

---

[9a] Nach dem erhalten gebliebenen Fragment einer Mitgliederliste ist Frank allerdings erst am 3. Oktober 1923 in die Ortsgruppe München der NSDAP aufgenommen worden; vgl. Michael Kater, Zur Soziographie der frühen NSDAP, in dieser Zeitschrift 19 (1971), S. 135, bes. Anm. 62a.

[10] Frank, Im Angesichts des Galgens, a.a.O., S. 72f.

[11] Ebda., S. 66ff.

[12] Ebda., S. 82ff.; vgl. dazu auch E. Deuerlein, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1968, S. 325ff.

[13] Frank gibt eine ausführliche und interessante Schilderung dieser juristischen Pedanterie Hitlers, S. 76ff.

[14] Vgl. M. Broszat, Der Nationalsozialismus, Stuttgart 1960, S. 19f.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Reichsrechtsamt der NSDAP". Sie wurde bis zur Auflösung von Frank geleitet[15]. Ab 1930 war er Mitglied des Reichstages, seit 1934 Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Vom März 1933 bis zur Aufhebung der Länderjustizministerien am 31. Dezember 1934 hatte er ferner das Amt des bayrischen Justizministers inne, seit April 1933 war er zudem „Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und für die Erneuerung der Rechtsordnung"[16]. Während dieser Zeit versuchte er – ohne Erfolg – die Rechtspflege vor den Übergriffen der politischen Polizei und der Berliner Zentrale zu schützen[17]. Auch sein Protest gegen die Einrichtung des KZ Dachau blieb völlig erfolglos[18]. Mit seiner ergebnislosen Intervention gegen die verfahrenslose Erschießung der SA-Führer in München im Zusammenhang mit dem „Röhm-Putsch" mußte er abermals seine faktische Ohnmacht erkennen[19].

Noch als bayrischer Justizminister berief Frank im Juli 1933 namhafte Juristen zu sich, um einen Plan zu realisieren, von dem sein ganzes politisches Denken und Handeln bestimmt war und blieb: die „Erneuerung des deutschen Rechts im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung nach den Grundsätzen streng wissenschaftlicher Methode vorzubereiten"[20]. Daraus entstand die „Akademie für Deutsches Recht", deren feierliche Proklamation im Oktober 1933 erfolgte. Das Präsidium übernahm Frank, als Direktor fungierte Dr. Karl Lasch, später Gouverneur im GG. Die Aufgabe der Akademie sollte es sein, bei der Realisierung des Programms der NSDAP entsprechend Punkt 19 („Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht") mitzuwirken, Gesetzesentwürfe anzuregen, vorzubereiten und zu begutachten und die Vereinheitlichung und Förderung der Ausbildung des juristischen Nachwuchses zu betreiben. 1937 hatte die Akademie fast 300 Mitglieder und arbeitete in 45 Ausschüssen. Frank selber leitete zusammen mit Prof. Emge, dem Leiter des Weimarer Nietzsche-Archivs, bezeichnenderweise den Ausschuß „Rechtsphilosophie", der grundlegende Begriffe der nationalsozialistischen Ideologie als theoretische Basis für die Justiz klären und kommentieren sollte[21].

Neben seinem Engagement für ein nationalsozialistisches Recht kennzeichnet

---

[15] Zum Reichsrechtsamt: Nationalsozialistisches Handbuch für Recht und Gesetzgebung, München 1935, S. 1555ff.

[16] Ebda., S. 1581ff.; Degeners Wer ist's?, Berlin 1935, S. 431.

[17] Das wird z. B. hervorgehoben von E. v. Aretin, Krone und Ketten, Erinnerungen eines bayrischen Edelmannes, München 1955, S. 187; Frank, Im Angesicht . . ., S. 146f.

[18] Frank, a.a.O., S. 147; IMG, Bd. XL, S. 154.

[19] Frank, a.a.O., S. 150ff.

[20] Handbuch, a.a.O., S. 1573.

[21] Ebda., S. 15ff.; K. D. Bracher, W. Sauer, G. Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung 1933/34, Köln 1962. Mehrere Mitarbeiter der Akademie tauchten später im GG wieder in hohen Positionen wieder auf: neben dem schon erwähnten Lasch Ludwig Fischer als Gouverneur von Warschau, Bühler als Staatssekretär und Chef der Regierung, Weh als Leiter des Amts für Gesetzgebung in der Regierung, Coblitz als Direktor des „Instituts für Deutsche Ostarbeit" in Krakau.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Franks politische Einstellung in den 30er Jahren eine emphatische Schwärmerei für „Großdeutschland" und eine ausgeprägte Vorliebe für das faschistische Italien.

Im März 1933 hielt er im bayrischen Rundfunk eine flammende Rede für die „unterdrückten Volksgenossen in Österreich", die zu einem – freilich folgenlosen – diplomatischen Protest der österreichischen Regierung in Berlin führte[22].

Seine Vorliebe für Italiens Volk und Kultur leitete er von seiner Abstammung her: seine Großmutter väterlicherseits war angeblich eine italienische Gräfin[23]. Sachlich dürfte es von größerer Bedeutung gewesen sein, daß im italienischen Faschismus der Staat eine größere Rolle spielte und Frank hier einen zentralen Bestandteil seines politischen Glaubensbekenntnisses wohl besser realisiert fand als im nationalsozialistischen Deutschland[24].

1936 bei seiner ersten offiziellen Romreise begegnete er Mussolini, zu dem er offenbar in vertrautem Kontakt blieb. Jedenfalls soll seine Berufung als Botschafter nach Rom vom Auswärtigen Amt mit Billigung Hitlers aus Rücksichtnahme auf das italienische Königshaus wegen dieser freundschaftlichen Beziehungen zu Mussolini verhindert worden sein[25]. 1938 nach dem „Anschluß" Österreichs besuchte er in Hitlers Begleitung Italien abermals. Noch als Generalgouverneur wollte er – angeblich auf Mussolinis persönlichen Wunsch – im Februar 1943 nach Rom reisen, mußte sich jedoch einem Veto Hitlers fügen[26].

Bald nach Beendigung des Polenfeldzuges, an dem er nicht teilnahm, wurde Frank zum Chef der Zivilverwaltung und zum Generalgouverneur ernannt[26a]. Was ihn für diesen Posten sachlich und politisch besonders qualifizierte, ist schwer einzusehen. Er war zunächst nicht einmal sonderlich polenfeindlich eingestellt. Im Februar 1936 hatte er Polen als Gast einer polnischen Kommission für internationale Zusammenarbeit besucht und Hitlers neue Polenpolitik begeistert begrüßt[27]. Im Rahmen seiner Akademie lud er schon 1934 einen polnischen Juristen, Prof. Sigmund Cybuchowski, zu einem Gastvortrag nach Berlin ein[28]. 1937 gründete er die „Arbeitsgemeinschaft für deutsch-polnische Rechtsbeziehungen" innerhalb der Akademie, deren Vorsitz auf polnischer Seite der Sejm-Marschall, Prof. Wacław

---

[22] Wulf, a.a.O., S. 346f.; Frank, a.a.O., S. 284ff.; die Schilderung des „Anschlusses" ist noch eine nachträgliche Bestätigung für seine Schwärmerei, ebda., S. 283ff.

[23] Frank a.a.O., S. 223. Diese Version findet sich nur hier. Nach Degeners Wer ist's? von 1935 war Franks Großmutter väterlicherseits eine Bäckerstochter!

[24] In der Einleitung zum „Handbuch" beschrieb Frank als Aufgabe des nationalsozialistischen Rechts, nicht „Formalwerte", sondern „Substanzwerte der Nation" zu schützen. In der Reihenfolge dieser „Substanzwerte" rangierte der Staat an der Spitze: 1. Staat, 2. Rasse, 3. Boden, 4. Arbeit, 5. Ehre, 6. Kulturell-geistige Werte, 7. Wehrkraft, a.a.O., S. XV.

[25] Frank, a.a.O., S. 220ff. und S. 282.

[26] Ebda., S. 292ff. und S. 265.

[26a] Ebda., S. 395ff.

[27] Piotrowski, a.a.O., S. 13; vgl. auch das Gespräch Franks mit Szembek v. 12. 2. 1936, in: J. Szembek, Journal 1933–1939, Paris 1952, S. 161.

[28] Bericht über die Tagung und den Vortrag Cybuchowkis in: Jahrbuch d. Ak. f. Dt. Recht I (1933/34), S. 137ff.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Makowski, führte. Im Dezember 1938 hielt die Arbeitsgemeinschaft ihre erste Jahrestagung in Anwesenheit von Frank in Warschau ab[29].

Darüberhinaus freilich stand er in keiner engeren persönlichen oder sachlichen Beziehung zu Polen. Er besaß wohl einige Kenntnisse der tschechischen Sprache, nicht aber der polnischen[30].

Sein fanatischer und in der allgemeinen Siegeseuphorie durch keinerlei äußere Beschränkungen gezügelter Glaube an den Nationalsozialismus ließ ihn schnell zum gänzlich willfährigen Werkzeug der Führerdirektiven werden, zum Vollstrekker einer an keine Normen gebundenen blutigen Terrorherrschaft. „Frank benimmt sich wie ein größenwahnsinniger Pascha", so gab Ulrich von Hassel zutreffend den Eindruck wieder, den der Generalgouverneur allenthalben hervorrief[31]. Nach Hitler und Himmler gibt es wenige Nationalsozialisten, die so unverhüllt und brutal ihre Verachtung von Menschenleben kundtaten. In seinem berüchtigten Interview mit dem Korrespondenten des „Völkischen Beobachters" vom 6. 2. 1940 äußerte er, nach den Unterschieden zwischen Protektorat und Generalgouvernement befragt: „Einen plastischen Unterschied kann ich Ihnen sagen. In Prag waren z.B. große rote Plakate angeschlagen, auf denen zu lesen war, daß heute sieben Tschechen erschossen worden sind. Da sagte ich mir: wenn ich für je 7 erschossene Polen ein Plakat aushängen lassen wollte, dann würden die Wälder Polens nicht ausreichen, das Papier herzustellen für solche Plakate. – Ja, wir mußten hart zugreifen."[32] Vier Jahre später, am 14. Januar 1944, als Frank die kritische militärische Situation längst deutlich war und er im übrigen auch von seiner früheren Politik abzugehen suchte, rechtfertigte er vor führenden Funktionären der Partei im Generalgouvernement seine neue Politik mit rein taktischen Motiven. „Wenn wir den Krieg einmal gewonnen haben, dann kann meinetwegen aus den Polen und den Ukrainern und dem, was sich hier herumtreibt, Hackfleisch gemacht werden."[33]

Soviel ordinäre Brutalität macht es schwer, Differenzierungen innerhalb der Barbarei anzubringen. Indes, ein solcher verbaler Radikalismus, wie er bei Frank auf Schritt und Tritt begegnet, dürfte kaum symptomatisch für ein ungebrochenes Verhältnis zur Gewalt sein. Die „Kopie eines Gewaltmenschen" hat Joachim Fest Frank außerordentlich treffend genannt[34] und damit das Unechte, Aufgesetzte,

---

[29] Zeitschr. d. Ak. f. Dt. Recht VI (1939), S. 73ff.

[30] Vgl. Dr. Friedrich Siebert: Versuch einer Darstellung der Persönlichkeit Franks, Bundesarchiv, Ost-Dok 13 GG Ia/13. Frank schreibt in seinen Memoiren, er habe 1916/17 ein Gymnasium in Prag besucht, a.a.O., S. 320. Aus seinem Tagebuch von 1919/20 geht außerdem hervor, daß seine Mutter damals in Prag lebte und er selbst sich gelegentlich dort aufhielt. In einer Eintragung vom 30. 4. 1920 fordert er, Böhmen und Mähren müßten künftig zu Großdeutschland kommen, die Slowakei selbständig werden!

[31] U. von Hassell, Vom anderen Deutschland, 2. Aufl., Zürich 1946, S. 112.

[32] Piotrowski, a.a.O., S. 309. Natürlich wurden diese Sätze vom „Völkischen Beobachter" nicht veröffentlicht.

[33] Ebda., S. 418.

[34] Fest, a.a.O.; Fest's Skizze dürfte das bisher Beste und Treffendste über Frank sein.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Theatralische hervorgehoben, das seine Beziehung zur Macht charakterisierte. Die ihn aus nächster Nähe kannten, bestätigen, daß er im Verbrecher nicht aufging[35]. Franks Bild erscheint so ambivalent, daß es nicht schwer ist, zwei völlig entgegengesetzte Portraits von ihm zu entwerfen, wie es denn auch durch entsprechend einseitige Auswahl seiner Äußerungen bei Piotrowki, dem polnischen Vertreter im Nürnberger Prozeß, einerseits und bei dem Verteidiger Seidl andererseits zu beobachten ist[36]. Beide Bilder treffen die Wirklichkeit jedoch nicht voll. Der italienische Dichter Malaparte, der anläßlich eines Aufenthaltes im Generalgouvernement 1942 Gelegenheit hatte, Frank aus unmittelbarer Nähe kennenzulernen, schrieb später sehr treffend über ihn: „Kein Mann, den man mit einem rasch fertigen Urteil abtun konnte. Das Unbehagen, das mich stets in seiner Gegenwart befiel, entstand gerade durch diese äußerste Vielschichtigkeit seiner Natur, durch diese einzigartige Mischung grausamer Intelligenz, verfeinerten und vulgären Wesens, von brutalem Zynismus und raffinierter Empfindungsfähigkeit."[37]

Frank nur nach seinen öffentlichen Äußerungen zu beurteilen, hieße ihn simplifizieren. Nicht nur der Bezug vieler seiner Worte auf seine Situation und den persönlichen und institutionellen Kampf mit der SS, der manche Äußerung zur politischen Absicherung besonders radikal ausfallen ließ, sondern auch die Berücksichtigung seiner außergewöhnlich großen inneren Labilität ermöglichen erst ein abgewogenes Urteil. „Seine Vorliebe für potemkinsche Dörfer paßte vortrefflich zum Osten" schreibt der ehemalige Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung in Krakau, Siebert, über ihn[38]. Ob es um Produktionsziffern, Verwaltungsleistungen, seine Beziehungen zum Führer oder künstlerische und wissenschaftliche Bemühungen ging – überall verstand es Frank, vor der trostlosen Wirklichkeit eine glänzende Fassade zu errichten. Sein umfangreiches 38 Bände umfassendes Diensttagebuch sollte schließlich dazu dienen, von seiner großen „Aufbauarbeit" Zeugnis abzulegen[39]. Seine Untergebenen kannten diese Schwäche. Bei einem Besuch in Kielce ließ der Distriktgouverneur alle Häuserfronten, die Frank passierte, weiß tünchen. Frank voller Begeisterung: „Lasch, das ist das Washington des Generalgouvernement!"[40]. Die „unstillbare Sucht des Herrschens und Regierens, der eige-

[35] So Siebert in seinem Bericht, a.a.O. Ähnlich der ehemalige Generalintendant des Krakauer Staatstheaters F. Stampe (Sein Nachlaß befindet sich im Bundesarchiv b. Dr. Dienwiebel). Auch Curzio Malaparte urteilt ähnlich in seinem Roman „Kaputt", dessen Kapitel „Die Ratten" seine Eindrücke aus dem GG behandelt, das er im Januar 1942 besuchte.

[36] Vgl. IMG Bd. XII und Piotrowski und Wulf, a.a.O.

[37] C. Malaparte, Kaputt, Karlsruhe 1961, S. 143f.

[38] Siebert, a.a.O.

[39] Sehr charakteristisch ist in dieser Hinsicht seine „abschließende Betrachtung", die er nach dem Verlust seiner Parteiämter am 18. 8. 1942 niederschrieb. Auszüge daraus b. Piotrowski, a.a.O., S. 374ff. Über seine Tagebücher schrieb er: „Dieses einzigartige Arbeitsdokument wird für alle Zukunft den ernsten Willen beweisen, mit dem ich an die mir gestellte Aufgabe heranging und es wird von der großen Tüchtigkeit Zeugnis ablegen, mit der alle meine bis heute sich als wertvoll herausgestellten [sic!] Mitarbeiter ihre Aufgabe erfüllten."

[40] Siebert, a.a.O.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen Beweihräucherung, seiner einmaligen und großen staatsmännischen Leistungen" wurde zu einem der Hauptangriffspunkte, an dem ihn der SD attackierte[41].

Unbegrenzt war seine Fähigkeit zum Selbstbetrug, durch die er sich stets von neuem das Bild des harten Kämpfers vorgaukelte, um damit seine Haltlosigkeit und seine Mißerfolge zu verdecken. Eins der Zeugnisse solch grotesker Selbsttäuschung sind die Sätze, die er 1943 nach der Absetzung seines erbittertsten Gegners, des Höheren SS- und Polizeiführers Krüger, in seinem Tagebuch festhielt: „Ich habe diesen Kampf bestanden, nicht nur deshalb, weil ich als alter Bauernbursche Alt-Bayerns Nerven wie ein Kälberstrick habe, sondern auch deshalb, weil ich genau weiß, daß der Weg, den ich gehe, richtig ist . . . Ich bin kein schwacher Mann. Ich weiß sehr wohl, meine Stärke zu erkennen . . . Nun bin ich ein Kerl, der sich leider Gottes nur im Kampfe wohl fühlt. Deshalb habe ich auch immer einen Kampf . . ."[42].

Der „rocher de bronce", als den er sich so gern hinstellte, war er ganz und gar nicht. Daß er den Kampf mit der SS, der von beiden Seiten in der Tat verbissen geführt wurde, nicht verlor, hatte er allem anderen, nur nicht seiner „Kämpfernatur" zu verdanken. Wenn er für Himmler und Krüger zum bestgehaßten Mann werden konnte, so hatte das neben seiner Opposition gegen Siedlungsmaßnahmen und persönlichen Gründen wie Himmlers ausgeprägten Haß auf die Juristen[43] auch berechtigte Ursachen, die in Franks verstiegenem Repräsentationsdrang und üppigem Lebensstil begründet lagen. Andererseits klafften durch die Eigenmächtigkeiten der Polizeiorgane Verfassung und Verfassungswirklichkeit zu weit auseinander, als daß ein so empfindlicher Mann wie Frank das hinzunehmen gewillt gewesen wäre. Seine ständigen Beschwörungen in den „Regierungssitzungen", ihm allein sei vom Führer die oberste Gewalt im Generalgouvernement übertragen worden, sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Stil und Diktion seiner internen und öffentlichen Reden erinnern bisweilen in einem Maße an Hitler (Ich-Stil; häufige Verwendung der Adjektive „eiskalt" „hart" usw.), daß auch hierin evident wird, wie notwendig diese Selbstdarstellung für ihn war als Gegengewicht gegen die ständigen Niederlagen, die er von Himmler, Bormann und Lammers einstecken mußte und die man ihn auch deutlich spüren ließ[44]. Die Hitler-Imitation ging so weit, daß auch er sich seinen „Berghof" in Zakopane einrichten ließ[45].

---

[41] SD-Bericht über die Verhältnisse im Generalgouvernement (Zu I, politische Führung, S. 1). Bundesarchiv, S. Schumacher 297 II Bd. 1.

[42] Piotrowski, a. a. O., S. 14f.

[43] Vgl. z. B. das Kapitel „Die verhaßten Juristen" in F. Kerstens Memoiren „Totenkopf und Treue", Hamburg 1952.

[44] Ein krasses Beispiel ist Himmlers Brief v. 18. 8. 1943: „Ich höre aus verschiedenen Kreisen, daß Sie und Ihre Umgebung sich rühmen, Sie hätten in Ihrer Unterredung mit mir einen der größten politischen Siege Ihres Lebens davongetragen. Ich möchte Sie von diesem Irrtum befreien . . . Seien Sie sich darüber klar, daß ich auch ohne jeden Kontakt mit Ihnen im GG weiter tätig sein kann und daß ich gern bereit bin, diesen meinen Standpunkt vor dem Führer zu vertreten." Bundesarchiv, R 43 II/341a (Rkzlei.).

[45] Das Generalgouvernement I (1941), H. 15, S. 28.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Göring soll ihn einmal kurz nach seinem Amtsantritt in Krakau als „König Stanislaus" begrüßt haben, und diese Rolle war er durchaus zu spielen bereit[46]. Die fehlende reale Macht wurde durch das Surrogat des großen Hofstaates kompensiert. „Großzügigste Repräsentation im Namen des Führers und des Reiches" hatte ihm Hitler angeblich zur Pflicht gemacht[47]. Die alte gotische Burg in Krakau als Residenz kam solchen Bedürfnissen nach Repräsentation sehr entgegen. Die Räume des Wawel waren jetzt übervoll mit aus polnischen Adelspalästen gestohlenen Möbeln dekoriert. Franks Arbeitszimmer führte auf eine innere Loggia, die in den von italienischen Renaissancearchitekten erbauten Schloßhof blickte. Neben seinem Dienstzimmer lag ein kleiner, völlig schmuckloser weißgetünchter Raum, von Frau Frank „das Adlernest" genannt, in dem nur ein kostbarer Flügel stand. Hier schloß er sich ein und spielte romantische Musik. Seine Privatresidenz in Kressendorf (Krzeszowice), das Schloß des Grafen Potocki, wies ähnlich wie die Burg gestohlenen Reichtum und Luxus auf[48].

Die Rolle des Mäzens, die er sehr liebte, fügte sich gut in diesen äußeren Rahmen. Im Wawel sollte die Fürstenhoftradition der italienischen Renaissance wiederaufleben, die Krakauer Burg zu einer „Insel der Kultur" werden inmitten der „slawischen Barbarenwelt"[49]. Das Sinfonieorchester des Generalgouvernement, das sich aus Spitzenkräften verschiedener polnischer Orchester zusammensetzte, war ebenso wie das „Staatstheater des Generalgouvernement" seine ureigene Schöpfung. Er lud Musiker, Dichter, Schauspieler und Wissenschaftler ins Generalgouvernement ein. Ein enges persönliches Verhältnis verband ihn mit Hans Pfitzner, mit dem er einen regen Briefwechsel führte und der im November 1941 in Krakau ein Gastkonzert gab. Der Generalintendant des Berliner Schillertheaters Heinrich George, gastierte auf seine Einladung in Warschau und Krakau.

Franks Mitteilungsbedürfnis scheint groß gewesen zu sein. In dichter Folge wechselt er Briefe mit seiner engeren Verwandtschaft. Er korrespondiert mit der Witwe Christian Morgensterns, von der er einen Artikel für die Krakauer Zeitung wünscht, mit Gerhard Hauptmann, mit seinem alten Münchener Gymnasiallehrer, mit Münchener Buchhändlern, die ihm seine Bücherwünsche erfüllen sollten, mit einer sentimentale patriotische Gedichte schreibenden Gräfin, mit Frau Winifried Wagner in Bayreuth. Er steht mit verschiedenen Professoren in Verbindung, u. a. mit Walter Jellinek, den er gegen Angriffe bezüglich seiner rassischen Abkunft verteidigt, Alfred Weber bittet er um einen Aufsatz für die Krakauer Zeitung über Max Weber, mit dem er – nach eigenen Aussagen[50] – befreundet war, ebenso wie mit Oswald Spengler und Richard Strauß. Seine Korrespondenz ist meist in per-

---

[46] Siebert, a.a.O.

[47] Frank gegenüber Bühler, Tagebuch 1940 Bd. III, S. 644.

[48] Raporty Krajowe 1939–1941, S. 143 (hektogr.), Biblioteka Polska, London; Malaparte, a.a.O., S. 85.

[49] Ebda., S. 70; R. L. Koehl: RKFDV, German Resettlement and Population Policy 1939–1945, Cambridge (Mass.) 1957, S. 76f.

[50] G. M. Gilbert, Nürnberger Tagebuch, Fischer-TB, Frankfurt 1962, S. 66.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sönlich-liebevollem, bisweilen plauderndem Tone gehalten, voller Erinnerungen und stets mit Einladungen nach Krakau verbunden[51].

Dieses bunte Mosaik zeigt den anderen Hans Frank, der die notwendige Ergänzung zum blutigen Bild des „Polenschlächters" Frank ist: ein Provinzschauspieler, der pathetische Heldenrollen zu spielen liebte, der aber in einer aus den Fugen geratenen Gesellschaft auf einen Schauplatz gestellt wurde, der seine Schwächen in ein grelles Licht rückte und ihnen ein Feld bot, auf dem sie sich in schlimmsten Formen auswirken konnten.

Neben der geistreichen oder auch geiststreichelnden, mit französischen Floskeln durchsetzten Konversation, die Frank beherrschte, war die öffentliche Rede sein eigentliches Element. Keine Feierstunde, keine Tagung, keine Kundgebung verging, ohne daß er das Wort ergriffen hätte. Der Wortrausch übermannte ihn oft, und die ohnehin immer mehr verdünnte Substanz ging unter in einem Strom von Schwulst und Pathos, das bisweilen auch einem zeitgenössischen Zuhörer ins Lächerliche umschlagen mußte. Da tönen „die Glocken der Ehrfurcht im Raume der deutschen Weihe"[52], die deutschen Kinder werden zu Weihnachten „die vom ewigen Herrgott an unserem Volksbaum angezündeten Lichter"[53]. Bei Totenfeiern folgt Hitlers Apotheose: „im Namen des Kommenden bist Du, Adolf Hitler, unser Führer in die deutsche Ewigkeit . . . Was durch Jahrtausende nur besungen und gewünscht wurde, ist nahe: das unvergängliche Reich der deutschen Nation"[54].

Zügellose Wortkonstruktionen und unreflektierter Gebrauch von Abstrakta vernebeln bisweilen auch den Sinn einfacher Sachverhalte[55]. Seine Rede auf Nietzsche, die er anläßlich der 100. Wiederkehr des Geburtstages am 15. Oktober 1944 hielt und die in der „Schriftenreihe der Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernement" gedruckt wurde, ist ein Hymnus auf den Irrationalismus, der mehr Aufschluß über Frank als über Nietzsche gibt. Die rhetorische Frage, die er im Zusammenhang mit Nietzsches „Nutzen und Nachteil der Historie" stellte, zeigt dabei Franks eigentlichen inneren Standort, der ihm nicht zuletzt angesichts der äußeren Katastrophe bewußt wurde: „Leiden wir nicht alle an diesem Übermaß an Geschichtlichem gegenüber dem Seelisch-Geistigen? Ist nicht diese gewaltige Sehnsucht unserer Zeit spürbar, alles, was mit Staaten, Krieg, Politik usw. zusammenhängt, wieder bannen und dem hohen Ideal kulturellen Wirkens hintanstellen zu können?"[56]. Begab er sich auf das Feld der Geschichte, so trieb seine Phantasie

---

[51] Die private Korrespondenz Franks aus dieser Zeit ist teilweise erhalten, Bundesarchiv, R 52 II 1–4.

[52] Tagebuch 1941 Bd. II, S. 325.

[53] Tagebuch 1941 Bd. IV, S. 1194.

[54] Tagebuch 1943 Bd. VI, S. 1221.

[55] Z. B. über den Warschauer Aufstand: „Der Fall Warschau könne nicht in eine immanente innere Totalbeziehung zur polnischen Sache gebracht werden". Tagebuch 1944, Bd. V, S. 60. Zu deutsch hieß das: man könne die AK in Warschau nicht mit dem polnischen Volk gleichsetzen.

[56] H. Frank, Friedrich Nietzsche, Eine Gedenkrede, Krakau 1944, S. 16.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

recht eigenartige Blüten. Das Generalgouvernement sollte künftig der „Vandalengau" sein und damit gegenüber „dem edelsten der germanischen Stämme" historisches Unrecht wiedergutgemacht werden[57]. In seinem Vortrag auf der Arbeitstagung des „Instituts für Deutsche Ostarbeit" 1941 gliederte er die deutsche Geschichte nach Himmelsrichtungen: von der ältesten, der Nordepoche, über die West- und Südepoche, welche die Auseinandersetzung mit dem Westen, das mittelalterliche Kaisertum und die Parallelität der nationalstaatlichen Entwicklung in Italien und Deutschland umfassen, führt die Entwicklung zur Ostepoche, die mit Hitlers Expansion nach Osten begonnen hat und die „bodenmäßige Verankerung der Gesamtexistenz unseres Volkes" bringt[58]. Zwei Jahre später verfaßte er eine Studie über den Dilettantismus[59] – ob ihm ein Hauch von Selbstironie nicht fremd war?

Was ihm fehlte, waren: Zähigkeit, Ausdauer, Fleiß, Nüchternheit und Wirklichkeitssinn. Auch er hatte seinen „Lammers", der praktisch die ganze Last der Verwaltungsarbeit zu tragen hatte: den Staatssekretär Bühler, einen früheren Angestellten seiner Anwaltskanzlei in München[60]. Er selbst beschränkte sich auf die „großen Auftritte" in den Arbeits- und Regierungssitzungen. Gouverneur Kundt aus Radom charakterisierte sie treffend als ein „großes Theater, bei dem der erste Schauspieler des Landes seine große Rolle spiele, die Mitglieder der Regierung und die Gouverneure die Statisten darstellten und die Zuschauer die Polen seien. Die Zusammensetzung des Publikums mache es verständlich, daß die „Beckmesser Scene" den größten Beifall ernte"[61].

Nicht immer aber deckten sich seine Taten mit seinen Reden. Das galt nicht nur für seine zynischen und hybriden Ausfälle, sondern auch für seine positiven Versprechungen und Pläne. So empfing er 1940 den Präsidenten des „Polnischen Hauptausschusses", den Grafen Ronikier, und machte ihm Zusagen, die unmöglich zu erfüllen waren, so daß man in der Abteilung „Innere Verwaltung" schließlich Mühe hatte, Ronikier von der Irrealität solcher Versprechungen zu überzeugen[62]. Dahinter mußte nicht Bosheit stecken, sondern es war eher die patriarchalische Geste dessen, der seinem Untergebenen gern verspricht und gibt, wenn er „brav" ist. „Brav" war nicht zufällig eine der häufigst gebrauchten Vokabeln Franks, wenn er das angeblich gute Verhältnis polnischer Arbeiter und Bauern zur deutschen Verwaltung charakterisieren wollte.

Daß sich sein illusionär verklärter und bisweilen religiöse Formen annehmender Nationalsozialismus jedoch nicht nur im Pathos unverbindlicher Reden erschöpfte, bewies Frank im Sommer 1942 mit vier Vorträgen an den Universitäten Berlin,

---

[57] Piotrowski, a.a.O., S. 44 u. 182.

[58] Tagebuch 1942, Bd. IV, S. 1100ff.

[59] Tagebuch 1944, Bd. V, S. 179.

[60] Vgl. T. Kułakowski: Proces Józefa Bühlera szefa Rzadu GG, in: J. Gumkowski, T. Kułakowski, Zbrodniarze hitlerowscy przed Najwyższym Trybunałem Narodowym, Warschau 1961.

[61] Im Gespräch mit einem Sonderbeauftragten Bormanns, der 1942 das Generalgouvernement bereiste; Institut f. Zeitgesch. München, Fa 91/4, Bericht Nr. 5, S. 5.

[62] Siebert, a.a.O.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wien, München und Heidelberg. Auch sie sind freilich vor dem Hintergrund seines Kampfes mit der SS zu sehen. Seine Abneigung gegen einen Polizeistaat, die er schon 1934 in der Ablehnung von Konzentrationslagern bekundet hatte[63], wurde jetzt in provozierend mutiger Weise artikuliert. Angesichts der zunehmenden Polizeiwillkür, die Frank gerade am Beispiel der verfahrenslosen Erschießung seines ihm eng vertrauten Gouverneurs Lasch[64] indirekt selbst zu spüren bekommen hatte, und nach Hitlers Reichstagsrede gegen die Juristen vom 26. 4. 1942 mußte sein engagiertes Plädoyer für die „Wahrung des Rechtes" und das nationalsozialistische Ideal „altgermanischer Rechtsanschauungen" doppelt explosiv wirken. „Kein Reich ohne Recht – auch das unsere nicht! Kein Reich ohne Richter – auch das deutsche nicht! Kein Richter ohne echte Macht von oben – auch der deutsche nicht!" – diese drei Kernsätze zogen sich als roter Faden durch seine Reden, die zugleich mit erstaunlicher Offenheit und Schärfe gegen die totale Entmachtung der Justiz durch die Polizei im Reich Stellung nahmen und von den Zuhörern mit frenetischem Beifall begrüßt wurden[65].

Hitler reagierte scharf: er schloß Frank von allen Ämtern im Reich aus und erteilte ihm Redeverbot außerhalb des Generalgouvernements[66]. Sein Sturz schien nur noch eine Frage der Zeit zu sein, zumal der Höhere SS- und Polizeiführer Krüger entschlossen war, ihn zu beseitigen und der Partei- und Reichskanzlei Anklagematerial zur Genüge unterbreitet hatte. Frank bot Hitler überdies mehrfach seinen Rücktritt an[67]. Daß Frank auch diesmal auf seinem Posten belassen wurde und Hitlers Vertrauen wiedergewann, was durch die Ernennung zum Präsidenten der „Internationalen Rechtskammer" auch äußerlich dokumentiert wurde[68], muß als einer der deutlichsten Beweise für Hitlers Politik des „divide et impera" gelten, die auch dem Mythos von der Allmacht der SS widerspricht. Darüber hinaus freilich mögen hier auch noch persönliche Motive im Spiel gewesen sein, über die sich nur noch Vermutungen aufstellen lassen: Frank gehörte nicht nur zu den ältesten Kämpfern in der Gefolgschaft des Führers, sondern hatte 1931 auch einen be-

---

[63] Eidesstattl. Aussage des Oberlandesgerichtspräsidenten von München, Dr. Stepp, IMG Bd. XL, S. 154.

[64] Der Gouverneur von Galizien (früher Radom) Lasch war in schwere Korruptionsaffären verwickelt, deren Aufdeckung auch Frank selbst und seine Frau belasteten. Vgl. dazu den Bericht des Chefs der Sipo und des SD im GG v. 25. 4. 1942, IMG, PS-3815.

[65] Der Text der Reden: Tagebuch 1942, Bd. II, S. 548ff. und 624ff. Für v. Hassells Bemerkung (a.a.O., S. 273), Frank habe sich dazu persönlich von Hitler ermächtigen lassen, gibt es keine Anhaltspunkte. Schon in seiner Rede vor dem NS-Rechtswahrerbund in Berlin vom 19. 11. 1941 setzte sich Frank für die „Rechtsidee" ein, auch wenn der Krieg keine ausführlicheren Erörterungen zulasse. „Darum können wir auch gewisse Dinge nicht öffentlich austragen. Wir haben mehr Geschmack als das Schwarze Korps." Tagebuch 1941, Bd. IV, S. 1067.

[66] Piotrowski, a.a.O., S. 21.

[67] Nach seinen Aussagen in Nürnberg insgesamt vierzehnmal, IMG, Bd. XII, S. 20. Davon dürften allerdings nur wenige offizielle Rücktrittsangebote an Hitler gewesen sein.

[68] Tagebuch 1943, Bd. III, S. 459f.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sonders delikaten Sonderauftrag erhalten: die Untersuchung von Hitlers Stammbaum und die Widerlegung der Behauptung über dessen jüdische Abstammung. Frank war somit wohl der intimste Kenner von Hitlers nicht gerade mustergültiger Ahnentafel und hat möglicherweise als einziger alle diesbezüglichen Dokumente gesehen, von denen später ein Teil verschwand[69].

Zur Vielschichtigkeit von Franks Persönlichkeit gehört schließlich auch seine Religiosität. Die religiösen Grübeleien seiner Frühzeit hatten ihre konkrete Glaubenswirklichkeit im nationalsozialistischen Deutschland gefunden. Am 10. 2. 1937 schrieb er in sein Tagebuch: „Ich bekenne meinen Glauben an Deutschland. Deutschlands Dienst ist Gottesdienst. Keine Konfession, kein Christusglaube kann so stark sein wie dieser unser Glaube, daß, wenn Christus heute erschiene, er Deutscher wäre. Wir sind in Wahrheit Gottes Werkzeug zur Vernichtung der Schlechten. Wir streiten in Gottes Namen gegen den Juden und seinen Bolschewismus. Gott schütze uns!"[70]. Hier manifestiert sich Franks nationalsozialistische Überzeugung sowohl in ihrer religiösen Verklärung als auch in ihrem Kreuzzugseifer, der sich schließlich nicht nur gegen Juden, sondern auch gegen Slawen richtete. Als dieser Glaubensinhalt Deutschland zusammenzubrechen begann, wandte sich Franks Interesse zunehmend dem Christentum zu. Im September 1944 rezensierte er das Buch „Gerechtigkeit" des Schweizer Theologen Emil Brunner[71]. Er trat schließlich der katholischen Kirche bei[72].

Von seiner Hinwendung zum Katholizismus dürfte auch seine Haltung im Nürnberger Prozeß wesentlich bestimmt gewesen sein. Frank war der einzige unter den Hauptkriegsverbrechern, der sich rückhaltlos zu seiner Schuld und Verantwortung bekannte. Er beurteilte den Prozeß in theologischen Kategorieren: als ein gerechtes göttliches Strafgericht, das eine aus den Fugen geratene Weltordnung wieder ins Gleichgewicht bringt[73]. Sein Bekenntnis zur Mitschuld an der Judenvernichtung[74], das unter dem Eindruck der Aussagen von Höß stand, nimmt sich ungewöhnlich aus in einem Prozeß, in dem sonst klägliche Apologie, Berufung auf höheren Befehl oder auch Aggressivität das Feld beherrschten. Seine Schwäche, unter der Einwirkung neuer Eindrücke sprunghaft seine Meinung zu ändern, zeigte sich freilich auch jetzt noch. Als er von den Massenaustreibungen durch Russen, Polen und Tschechen hörte, revidierte er seinen Satz von der „tausendjährigen Schuld" Deutschlands[75]. Bis zu seinem Tode blieb, was er sagte, widersprüchlich.

---

[69] Vgl. dazu den Bericht v. W. Maser im „Spiegel" Nr. 31/1967, S. 40ff.

[70] Pers. Tageb. Frank-Nachlaß, Bundesarchiv.

[71] Tagebuch 1944, Bd. V, S. 161.

[72] Gilbert, a.a.O., S. 87. Frank gehörte ursprünglich zur altkatholischen Kirche. Noch 1938 gibt das Reichstagshandbuch altkatholisch als seine Konfession an; Der Großdeutsche Reichstag 1938, Berlin 1938, S. 208. Ob er in den folgenden Jahren aus der Kirche austrat, ist nicht bekannt, dürfte jedoch angesichts seiner antireligiösen Ausfälle, wie sie im Dienst-Tagebuch zu finden sind, wahrscheinlich sein.

[73] Ebda., S. 11.

[74] IMG, Bd. XII, S. 19.

[75] IMG, Bd. XXII, S. 438.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frank selbst glaubte, im Modell der gespaltenen Persönlichkeit den Schlüssel zu sich und seinem Verhalten gefunden zu haben[76]. Diese Erklärung bot sich an, schien sie doch die Diskrepanz zwischen seinem Verhalten während des Prozesses und seinen Verbrechen in Polen, die durch die Konfrontation mit seinen Tagebüchern für ihn zum ersten Male eine erschreckende Aktualität gewannen, plausibel zu machen. So beantwortete er auch die Frage, warum er seine Tagebücher – ein einzigartiges Belastungsmaterial – übergeben und sie nicht vorher vernichtet habe: er, der „geläuterte" Frank, wollte jenen „anderen Frank", den Naziführer, ein für allemal loswerden[77].

Das Modell war jedoch allzu einfach. Der Nürnberger Gefängnispsychologe Gilbert, mit dem er viel und offen redete, faßte seine Eindrücke nach einer besonders aufschlußreichen Unterhaltung mit Frank in einer knappen aber treffenden Analyse zusammen: „Unwillkürlich enthüllt er die verborgene Neigung zur Homosexualität, die ihn neben seinem rücksichtslosen Ehrgeiz und seiner Skrupellosigkeit dazu trieb, sich dem Führer anzuschließen und sich mit ihm in einer leidenschaftlichen Begeisterung zu identifizieren, die alle Vernunft, alle gesetzlichen wie humanen Begriffe der Menschenrechte vernebelte. Als der böse Dämon, der seine Existenz rechtfertigte, in einer Orgie aus Blut, Zerstörung und Schande unterging, distanzierte er sich von diesem unerträglichen Bild seines Egos, flüchtete in eine religiöse Ekstase und entsagte der Welt und seinem bösen Ego ebenso wie der bösen Gestalt, die ihn verführt hatte; doch er hinterließ seine Tagebücher, denn eine völlige Auslöschung wäre für sein Ego unerträglich gewesen, und der Beweis für seine Schuld erfüllte auch sein masochistisches Bedürfnis."[78]

Franks „Lebensbeichte" mit dem Titel „Im Angesicht des Galgens", die er in seiner Nürnberger Gefängniszelle verfaßte, ist mit all ihren Ungereimtheiten und Widersprüchen, ihrem unverwechselbaren Pathos, mit ihrer Verdammung und zugleich latenten Glorifizierung Hitlers eine letzte Manifestation einer zutiefst widersprüchlichen Natur, deren Zwiespältigkeit auch die Politik im Generalgouvernement entscheidend geprägt hat[79].

---

[76] Gilbert, a.a.O., S. 118f.

[77] Ebda., S. 145.

[78] Ebda., S. 145f.

[79] Eine charakteristische Passage lautet: „Das Amt in Krakau war seine [Hitlers] Verfluchung, seine Rache gegen mich. Er wußte ja, was in Treblinka und an anderen Orten vor sich ging. Und wußte, was er mir und meinem Namen damit allein insgeheim aufbürdete.

Wenn man diese Aufzeichnungen lesen wird, bin ich nicht mehr. Aber noch aus dem Grabe heraus rufe ich allen zu, mir zu glauben. Ich sage es nicht für mich – was bin ich! –, aber für die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit.

Man hat auch nie bei dieser Anklage [gemeint ist der Nürnberger Prozeß] untersucht, ob ein wirklicher Kausalzusammenhang zwischen diesen gegen mich verwendeten Zitaten und dem wirklichen Geschehen bestand. Ich behaupte und erkläre, daß ich nie in meinem Leben einen Mord begangen habe, daß die Tötungen aller Art in unmittelbarer, gottlob gerade noch auch in diesem Prozeß aufgeklärter Befehlsbezogenheit Hitler–Himmler zu ihren Krügers und Globocniks geschehen sind. Das ist einfach die Wahrheit." Frank, a.a.O., S. 404.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS-GÜNTER KOWALSKI

DIE „EUROPEAN ADVISORY COMMISSION" ALS INSTRUMENT ALLIIERTER DEUTSCHLANDPLANUNG 1943–1945*

A. *Die Einsetzung der Kommission, ihre Kompetenzen und ihr Arbeitsverfahren*

Die Gründung der EAC war, wie so viele bedeutsame Entschlüsse der alliierten Kriegsdiplomatie, nicht das Ergebnis einer gemeinsamen, vorausschauenden Planung der Bündnispartner, sondern das eher zufällige Resultat einer Situation, in der durch militärische Fortschritte provozierte politische Entscheidungen den Mangel an diplomatischer Koordination in der Kriegskoalition offenlegten, was ein allgemeines Bedürfnis unter den Verbündeten nach Stärkung ihrer Zusammenarbeit weckte.

Am 8. September 1943 hatte Italien kapituliert. Über die Frage, ob die Kapitulationsurkunde kurz und rein militärisch oder umfassend und „politisch" sein sollte, war es zwischen Amerikanern und Engländern zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Die Russen waren bei den Kapitulationsverhandlungen überhaupt nicht hinzugezogen worden. Die Regelung der alliierten Politik gegenüber ehemaligen Feindstaaten oder von deutscher Besetzung befreiten Ländern war aber für den Zusammenhalt der Kriegskoalition ebenso wichtig wie für die künftigen Machtverhältnisse in Europa nach dem Krieg. Deswegen hatten Russen und Engländer vor der Moskauer Konferenz Vorstöße unternommen, die Zusammenarbeit der Alliierten in dieser Frage zu verbessern. Das Foreign Office hatte in einem Memo-

---

* Der Aufsatz ist die gekürzte Fassung einer im Herbst 1968 beim Otto-Suhr-Institut (FU-Berlin) eingereichten Diplomarbeit. Ihm liegen im wesentlichen die 1966 und 1968 vom State Department der USA veröffentlichten Bände aus der Reihe „Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers" 1944, Vol. 1 und 1945, Vol. 3 zugrunde. In diesen Bänden sind 1041 Druckseiten Material über die EAC, in den Dokumentensammlungen der selben Reihe zu den Konferenzen von Kairo/Teheran, Jalta und Potsdam ca. 200 Druckseiten enthalten.

Obgleich die eigentlichen Protokolle der Kommission noch nicht freigegeben wurden, ist die Materialbasis als sehr gut zu bezeichnen. Andererseits zwingt die Reichhaltigkeit des Materials den Autor, Mut zur Lücke aufzubringen. Die Österreich betreffenden Verhandlungen, die Beratungen über die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen und die in der Kommission inoffiziell abgehaltenen Vorgespräche zur Planung der Reparationen aus Deutschland wurden deshalb nicht behandelt. – Bei Meissner, B., Die Vereinbarungen der Europäischen Beratenden Kommission über Deutschland von 1944/45, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zum „Parlament", B 46/70 vom 14. 11. 1970, werden einige der hier nicht behandelten Themen der EAC angeschnitten. Der Aufsatz enthält auch eine völkerrechtliche Interpretation der wichtigsten Vereinbarungen und einen aktuellen Exkurs zum Berlin-Problem vor dem Hintergrund der in der EAC beschlossenen Abkommen.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

randum vom 1. Juli 1943 für die Einstellung der Feindseligkeiten mit ehemaligen europäischen Mitgliedern der Achse ein gemeinsames Verfahren und zu dessen Abwicklung eine interalliierte Waffenstillstandskommission vorgeschlagen[1]. Stalin regte am 22. August an, aus Vertretern der Großmächte eine militärisch-politische Kommission zu schaffen, die Fragen der Verhandlungen mit den Regierungen lösen sollte, die sich von Deutschland trennen wollten[2].

Auf der Konferenz von Moskau (19.–30. Oktober 1943) kristallisierte sich in den Gesprächen der Außenminister auf englischen Vorschlag die Entscheidung heraus, neben einer für Italien zuständigen Kommission aus Delegierten der Sowjetunion, der USA und des Vereinigten Königreichs eine European Advisory Commission in London zu bilden[3]. Die in Anhang 2 des Protokolls niedergelegten Richtlinien sehen vor, daß die Kommission in Verbindung mit der Einstellung der Feindseligkeiten solche europäischen Fragen studiert, welche die drei Regierungen ihr zuweisen würden, und daß sie ihre Arbeitsergebnisse als Empfehlungen an die Regierungen richtet. Vor allem soll die Beratungskommission Richtlinien für die Übergabebedingungen und deren Kontrolle für die europäischen Feindstaaten ausarbeiten. Weiter wird festgelegt, daß andere Alliierte in Fragen, die sie besonders interessieren, zu den Beratungen der EAC hinzugezogen werden können und daß die Errichtung der Kommission andere Methoden der Konsultation zwischen den drei Regierungen nicht ausschließe[4].

Die Genugtuung über diese Entscheidung war durchaus ungleich auf die Delegationen verteilt. Den Engländern hatte eine Kommission vorgeschwebt, die als klärende Instanz jedes europäische Problem gemeinsamen Interesses in Verbindung mit dem Krieg und seiner Beendigung aufgreifen sollte[5]. Aber sie hatten sich gegen die amerikanische und russische Delegation nicht durchsetzen können, welche die Kompetenzen der EAC stärker begrenzt sehen wollten. Molotow äußerte, man solle auch etwas für die Außenminister zu tun übrig lassen, und er befürworte eher Dreiertreffen unter Verwendung der üblichen diplomatischer Maschinerie in den Hauptstädten[6].

---

[1] Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1943 Vol. I, Washington 1963 (im folgenden zit.: FR 43/1), S. 708ff.

[2] Ebenda, S. 782. Der Briefwechsel zwischen den Verbündeten in dieser Angelegenheit auf den folgenden Seiten.

[3] Das Projekt der EAC wurde auf der 4. (22.), 5. (23.), 9. (27.) und 11. (29. Okt.) Sitzung besprochen, s. FR 43/1, S. 604ff. (605), 617ff. (620f.), 650ff. (651), 662ff. (664).

[4] FR 43/1, S. 756f. Auf der 9. Sitzung (vgl. ebenda, S. 650) hatte ein kurzer Meinungsaustausch über ein englisch-amerikanisches Dokument über die Verwaltung des befreiten Frankreich (Anhang 5 des Protokolls, S. 760) und über ein englisches Memorandum, „Policy regarding Allied territory liberated through the advance of the Allied forces" (Moskauer Konferenzdokumente No. 35, S. 650), stattgefunden. Die Dokumente und die damit verbundenen Probleme wurden zur Beratung an die EAC überwiesen, vgl. Protokoll, S. 749ff., 752, 754.

[5] Vgl. den englischen Richtlinienentwurf für die EAC, FR 43/1, S. 710f. und Strang, W., Home and Abroad, London 1956 (im folgenden zit.: Strang), S. 202.

[6] FR 43/1, S. 620f.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwischen der englischen und amerikanischen Regierung kam es noch vor Ernennung der Delegationschefs für die Londoner Kommission zu einer lebhaften Debatte über Kompetenzen und Verfahren der EAC und über die Ernsthaftigkeit des amerikanischen Engagements zur Mitarbeit in der Kommission. Während Eden sich bemühte, den Status der EAC aufzuwerten und das Foreign Office durch seine Vorbereitungen am Konferenzort sein Interesse an weit gespannten Verhandlungen der Kommission bekundete[7], versuchten State Department und War Department der USA, die Bedeutung der EAC herunterzuspielen und sie nicht zum Entscheidungsträger für alle europäischen Nachkriegsfragen werden zu lassen[8]. McCloy, zu jener Zeit Assistant Secretary of War, fürchtete vor allem die Vorurteile des amerikanischen Volkes gegen „europäische Konferenzen" und hatte Bedenken gegen ein zu starkes Engagement in der EAC, weil „Natur und Ausmaß unserer Mitwirkung in Europa und der Weltpolitik noch nicht bestimmt sind"[9]. Hull, damals Secretary of State, argwöhnte, daß die Londoner Kommission sich zu einem regionalen Kontrollkörper für Europa entwickeln und so die generelle Verantwortlichkeit der zukünftigen Weltorganisation aushöhlen könnte[10].

Neben diesen grundsätzlichen Erwägungen war die akute Ursache für die Reserve der Amerikaner gegenüber der EAC das Interesse der Militärs und des Kriegsministeriums, die Planung der Besatzungspolitik für den Zeitraum, in dem die Kampfhandlungen noch nicht beendet sein würden, in eigener Zuständigkeit abzuwickeln. Leany, damals Stabschef beim Oberbefehlshaber von Armee und Flotte und Vertrauter Roosevelts, stellte lakonisch fest, „die Kommission in London würde uns [den Militärs] nichts weiter als Ärger machen"[11]. Da nach Vorstellung McCloys der Ansatz aller politischen Entscheidungen während des Andauerns der Kampfhandlungen auf militärische Erwägungen gegründet sein sollte, hätte er es vorgezogen, die Planung der Europapolitik während dieser Phase ganz der bei den Combined Chiefs of Staff bestehenden, als Combined Civil Affairs Committee (CCAC) bezeichneten Abteilung zu übertragen, einem Gremium militärischen Charakters[12].

Die Engländer hatten aber ihre Mitarbeit im CCAC völlig eingestellt und drängten auf Verlegung des Komitees nach London. Nachdem sich Hull und McCloy in einem „seltsamen Bündnis" darüber geeinigt hatten, schlossen Eden und McCloy ein Abkommen, in dem die Amerikaner sich zur ernsthaften Beteiligung an der

---

[7] Vgl. engl-amer. Gespräche v. 26. 11. 43, Brief McCloys v. 27. 11. 43 in Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conferences at Cairo and Teheran 1943, Washington 1961 (im folgenden zit.: CCT), S. 352f., 442f., ebenfalls den Bericht Winants, FR 43/1, S. 801f. (802).

[8] CCT, S. 352.

[9] Memorandum McCloys, CCT, S. 416ff. (417).

[10] FR 43/1, S. 812.

[11] In einem Gespräch der Joint Chiefs of Staff (JCS) mit Roosevelt am 19. 11. 43, CCT, S. 248ff. (260).

[12] Memorandum McCloys, CCT, S. 416ff.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeit der EAC, die Engländer sich zur Aufgabe ihrer Obstruktionspolitik im CCAC verpflichteten, und beide Parteien übereinkamen, daß die EAC vor Überweisung ihrer Empfehlungen an die Regierungen die Combined Chiefs of Staff (CCS) konsultieren sollte[13].

Auch abgesehen von den ersten Anzeichen eines Interessenkonflikts militärischer und ziviler Instanzen bei der Formulierung der amerikanischen Europapolitik und den internen englisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten über die Bedeutung der EAC schien die allgemeine Atmosphäre für die Arbeit der neuen, permanenten Dreimächte-Kommission nicht günstig zu sein. Trotz der unter den Alliierten vorherrschenden Meinung, die Kriegskoalition nach Kriegsende zu erhalten, gaben Russen und Amerikaner in den Monaten vor Beginn der Kommissionsarbeit nicht zu erkennen, daß sie sich der potentiellen Bedeutung der Kommission für die Klärung und Formulierung der europäischen Nachkriegspolitik und damit auch den Zusammenhalt der Alliierten bewußt waren. Während die Briten mit großem Eifer ihr Projekt verfolgten und alle Vorbereitungen für die Konferenz trafen, vollzog sich die Bildung der amerikanischen und russischen Delegationen etwas schleppend. Die Skepsis, die McCloy in einem Brief an Hopkins, den einflußreichen Berater und Sonderbotschafter Roosevelts in wichtigen Missionen, hinsichtlich des wirksamen und schnellen Funktionierens der EAC zu erkennen gab, schien durchaus berechtigt[14].

Während der Konferenz von Teheran ernannten die drei Regierungen ihre Vertreter bei der Londoner Kommission. Die Briten bestimmten William Strang, einen Berufsdiplomaten, der zu dieser Zeit den Rang eines Assistant Under Secretary of State im Außenministerium hatte und vor seiner Ernennung für seine Leistungen auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Unterhaus von Eden öffentlich ausgezeichnet worden war. Die Russen beauftragten mit der Leitung ihrer Delegation Fedor T. Gusew, den sowjetischen Botschafter in London, einen harten Unterhändler der Molotow-Schule, dem selbst Stalin seinen völligen Mangel an Humor vorgehalten haben soll[15]. Obwohl Hull für einen Delegationschef plädiert hatte, der sich voll seiner Aufgabe in der EAC widmen könnte, ernannte Roosevelt auf dessen eigenen Wunsch den amerikanischen Botschafter in London, John G. Winant, der wie Gusew seine Aufgaben als Botschafter weiter wahrnahm[16]. Winant war

---

[13] Vgl. CCT, S. 444, 446. Zur Abwicklung des Abkommens vgl. CCT, S. 790, 793. Dieses Verfahren wurde später nicht durchgeführt. Da die Russen bei den CCS, einem gemeinsamen Stabsgremium der Amerikaner und Engländer, nicht vertreten waren, hätten sie diesem Gremium ohnehin keine formellen Eingriffsmöglichkeiten zugestanden.

[14] Brief v. 30. 11. 43, CCT, S. 445.

[15] So Thayer, W., The Unquiet Germans, New York 1957 (im folgenden zit.: Thayer), S. 6. Strang entwirft von Gusew ein etwas schmeichelhafteres Porträt und bezeichnet ihn als eine „grim and rather wooden person, with, as a saving grace, a touch of sardonic humour and, as a virtue, a somewhat blunt straightforwardness", Strang, S. 207.

[16] Den Briefwechsel zwischen Hull und Roosevelt zur Ernennung des amerikanischen EAC-Vertreters s. in CCT, S. 616, 621, 625f., 784.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lehrer und später Gouverneur gewesen, zur Zeit seiner Ernennung so befreundet mit Roosevelt, daß er sich über militärische Kanäle jederzeit mit dem Weißen Haus in Verbindung setzen konnte[17].

Am 15. 12. 1943 trafen sich die drei Delegationen zu einer informellen Sitzung im Lancaster-House. Sie beschlossen, zur besseren Abwicklung der Arbeit aus Vertretern der Delegationen ein anteilig besetztes Sekretariat mit einem Engländer als ersten Sekretär zu bilden[18]. Das Sekretariat sollte keine Verbindungen zur Presse unterhalten, die Sitzungen sollten unter völliger Geheimhaltung stattfinden und öffentliche Stellungnahmen nur nach vorheriger Übereinstimmung abgegeben werden, eine Übereinkunft, auf deren peinlich genauer Einhaltung die Russen wiederholt bestanden[19]. Von ihrer ersten offiziellen Sitzung am 14. 1. 1944 bis zu ihrer Auflösung im August 1945 hielt die EAC 20 formelle und 97 informelle Sitzungen ab und arbeitete 12 formelle Abkommen aus. Wegen der Schwierigkeiten, ein gemeinsames Protokoll abzufassen, wurden nur für die formellen Sitzungen, die der Unterzeichnung der Abkommen dienten, lakonische gemeinsame Beschluß-

---

[17] Zum Werdegang Winants vgl. Thayer, S. 6; Murphy, R., Diplomat Among Warriors, London 1964 (im folgenden zit.: Murphy), S. 286. Über seinen für einen Diplomaten etwas unausgeglichenen Charakter berichten ebenda Murphy und Strang, S. 207. Zu Winants Fähigkeiten als Diplomat äußerten sich Strang und McCloy (CCT, S. 445) skeptisch. Murphy wirft ihm auch persönliche Diplomatie vor. Sein leicht erregbares Temperament äußerte sich auch in den Depeschen, die er in berechtigter Empörung über den Mangel an Unterstützung seiner Arbeit durch die Regierung nach Washington schickte. Gusew, seinen schwierigen Kollegen, behandelte er dagegen äußerst rücksichtsvoll und hielt viel auf das Vertrauen, das er glaubte, sich bei den Russen erworben zu haben. Winants Einfluß auf die russische Delegation erwies sich in kritischen Situationen in der Tat als unentbehrlich für den Fortgang der Arbeiten in der Kommission (vgl. z.B. Mosely, P. E., The Occupation of Germany, in: Foreihn Affairs 28 (1949/50), S. 580ff. [im folgenden zit.: Mosely I], S. 592).

[18] Über die Befugnisse des Sekretariats vgl. „Report on the Work of the EAC", in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1945, Vol. III, Washington 1968 (im folgenden zit.: FR 45/3), S. 544ff. (546).

[19] Die Veröffentlichung zweier „gut informierter" Artikel über die Arbeit der EAC im „Observer" v. 7. 5. 44 (s. Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1944, Vol. I, Washington 1966 [im folgenden zit.: FR 44/1], S. 56, Anm. 23) führte zu russischen Protesten und einer mehrere Monate dauernden Weigerung, die Beratungen der Kommission mit russ. Material zu unterstützen, s. Winants Brief in FR 44/1, S. 266. Der Wunsch Roosevelts, vor in der EAC noch ausstehender Paraphierung der deutschen Kapitulationsbedingungen deren Inhalt den Chinesen mitzuteilen, führte wieder zu starken Spannungen zwischen der amerikanischen und russischen Delegation, welche die Übergabebedingungen als Teil der Militärstrategie betrachtete, s. ebenda und Brief Winants v. 16. 8. 44, FR 44/1, S. 269ff. (270). Noch bei Kriegsende ließen sich die Vorstellungen der Delegationen über Zeitpunkt und Wert von Veröffentlichungen über das Besatzungsregime in Deutschland schwer auf einen gemeinsamen Nenner bringen, vgl. FR 45/3, S. 279, 281, 320, 322f., 325, 326. Um der mißtrauischen, hungernden Bestie „Öffentliche Meinung" ein Grashälmchen ins Maul zu werfen, sah sich Washington gezwungen, eine einseitige Pressemitteilung über die Organisation der US-Gruppe beim deutschen Kontrollrat zu machen, vgl. ebenda, S. 280, 282f.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

protokolle abgefaßt, während für die wichtigeren informellen Arbeitssitzungen der Generalsekretär unverbindliche Aufzeichnungen anfertigte[20].

Die EAC bildete zwei offizielle Unterausschüsse, den einen für eigene Finanzierungsangelegenheiten, als zweiten das Allied Consultation Committee, das die Konsultationen zwischen der Kommission und den dort nicht vertretenen Verbündeten erleichtern sollte. Daneben wurden einige inoffizielle Unterausschüsse eingesetzt, die aber selten funktionierten, weil Gusew sich meist weigerte, ein untergeordnetes Mitglied seiner Delegation mit Vollmachten zu versehen[21]. Ein derart kümmerlicher Apparat von Unterausschüssen entsprach nicht den weit gespannten Erwartungen der Engländer und trug zur mühsamen und langwierigen Arbeitsweise der EAC bei.

Im Innenverhältnis der Delegationen war das Arbeitsverfahren durch die informellen Sitzungen geprägt, neben denen zwischen den Delegationschefs und deren Beratern noch viele formlose, zweiseitige Gespräche stattfanden. Diese dienten entweder dem Ausgleich von Meinungsverschiedenheiten oder dem Meinungsaustausch über in der EAC selbst nicht behandelte Probleme. Das Arbeitsverfahren wurde so formlos gehalten wie möglich, dem Wunsch eines Mitglieds nach Einberufung einer Sitzung in der Regel sofort entsprochen. Arbeitsweise und Atmosphäre bei den Verhandlungen fanden den ungeteilten Beifall Strangs, der als Diplomat alter Schule den Nutzen der Geheimhaltung für die Abwicklung der EAC-Arbeit hervorhebt[22].

Das Arbeitsverfahren war von außen entscheidend dadurch bestimmt, daß die Londoner Kommission nie ein seine Regierungen beratendes, sondern immer ein verhandelndes Gremium war. Die Debatten und Entscheidungen der Kommission aber beruhten auf detaillierten Arbeitsanweisungen der außenpolitischen Entscheidungszentralen in den Hauptstädten, was auch erklärt, warum alle „Empfehlungen" der EAC von den beteiligten Regierungen ohne Änderungen ratifiziert wurden.

> „Die Schnelligkeit der Arbeit hing davon ab, ob alle drei, später vier, Regierungen bereit waren, zu einem bestimmten Zeitpunkt über einen bestimmmten Gegenstand zu verhandeln, und ob sie gewillt waren, die zur Erzielung einer gemeinsam beschlossenen Politik erforderlichen Anpassungsschritte und gegenseitige Zugeständnisse zu machen"[23].

Blieben die Instruktionen aus, war eine effektive Arbeit nahezu unmöglich oder sogar wochenlange Untätigkeit der EAC die Folge.

---

[20] „Report . . . EAC", FR 45/3, S. 547.

[21] Ebenda, S. 547, und Strang, S. 206.

[22] Strang, S. 204f.

[23] Kurzbericht Winants an Byrnes über EAC-Arbeit v. 12. 7. 45, in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945 Vol. I, Washington 1960 (im folgenden zit.: CBI), S. 292ff. (292f.). Zur Beschränkung des Arbeitsverfahrens vgl. auch Brief Winants v. 20. 7. 44, FR 44/1, S. 274ff. (275).

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

B. *Die Beratungen und Entscheidungen in der EAC*

I. Die Verhandlungstaktiken der Delegationen[24]

Die Beratungen in der EAC bieten wegen ihrer Dauer und der Eigenart der Kommission als dem einzigen permanenten Gremium der Führungsmächte von einiger Bedeutung reiches Material für die Techniken, mit denen die einzelnen Delegationen ihre Interessen durchzusetzen versuchten. Die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle würde natürlich die Kommentierung dieser Taktiken erleichtern, aber die vorliegenden edierten amerikanischen Akten und die Berichte einiger Verhandlungsteilnehmer reichen zu einer Analyse der wesentlichen Züge der Verhandlungstaktiken aus.

Im Gegensatz zu den Gipfelkonferenzen standen die Beratungen in London im Zeichen des Alltags diplomatischer Verhandlungen. Wesentliches Merkmal waren nicht wie in Jalta zusammenhanglose Unterhaltungen und unverbindlicher Meinungsaustausch der mächtigsten Männer der Welt (Gespräche allerdings, die unvermittelt und oft mit fast fast spielerischer Leichtigkeit zu den verbindlichsten und weitestreichenden Entscheidungen führen konnten); vielmehr waren die Debatten in der EAC durch den zähen, von den Regierungen instruierten Kampf um das Detail auszuhandelnder Abkommen bestimmt. Allgemein gehaltene, inhaltlich unbestimmte Formeln, welche die Regierungschefs auf ihren Konferenzen geprägt hatten, z.B. die der bedingungslosen Kapitulation, mußten von der Kommission inhaltlich ausgefüllt werden.

Generell gesehen, hat sich die englische Delegation am kontinuierlichsten um den Fortschritt der Beratungen bemüht und durch immer neue Initiativen zu Abkommensentwürfen ihr Interesse am Erfolg der Verhandlungen bekundet. Die Delegation, die ihre Entwürfe als erste präsentierte, erreichte oft, daß ihre Vorschläge zumindest als Grundlage für die weitere Diskussion akzeptiert wurden. Den Briten gelang es häufig, in der Kommission diese Rolle zu spielen; sie eröffneten am 15. 1. 44 nicht nur mit drei grundlegenden Entwürfen die Verhandlungen, sondern ließen in der Beratungskommission auch mehr Memoranden und Entwürfe zirkulieren als die beiden anderen Delegationen zusammen, darunter ein als Arbeitsleistung mehrfach gerühmtes gebundenes Buch mit 38 Direktiven für die Kommandeure in Deutschland und Österreich[25].

Wegen der mangelnden Unterstützung aus Washington war das formale Vorgehen der amerikanischen Delegation unausgeglichen und nicht so erfolgreich wie das der Engländer. In diesem Stadium des Krieges nahmen die amerikanischen Diplomaten in der Regel eine mittlere Position zwischen den englischen und russi-

[24] Der Begriff der Taktik wird hier in zwei Bedeutungen verwendet: a) als Bezeichnung für das formale Vorgehen der Delegation, ihre Anschauungen wirksam zu vertreten, b) als Bezeichnung für Kniffe und Tricks, die Gegenseite zu düpieren.

[25] Die drei Vertragsentwürfe, EAC (44) 1, 2, 3 in FR 44/1, S. 112ff., 139ff. u. 154ff. Ein Inhaltsverzeichnis des Buches in FR 44/1, S. 561, Anm. 21.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Auffassungen ein[26]. Wegen der spärlichen autorisierten Instruktionen konnten die Amerikaner in der EAC weder die taktischen Vorteile der Urheberschaft von Memoranden und Entwürfen genießen, noch die ihnen aus sachlichen Gründen an sich zufallende Vermittlerrolle in der Kommission auf lange Sicht wahrnehmen. Stattdessen erweckte die amerikanische Delegation mit dem Einbringen „vorläufigen Materials" das Mißtrauen der Russen und verzögerte damit eher den Ablauf der Geschäfte als ihn zu beschleunigen[27].

Die russischen Repräsentanten in der EAC bewiesen niemals das Ausmaß an Initiative wie die Mitglieder der anderen Delegationen. In einer begrenzten Reihe von Fragen, z. B. dem Problem der Reparationen aus Österreich, zeigten sie großen Eifer. Generell gesehen, verharrten die russischen Delegierten aber in der Rolle aufmerksamer, kühler Beobachter, welche die Vorschläge der Kontrahenten abwarten, um sich dann für Ablehnung oder Zustimmung zu entscheiden. Strang führt diese Haltung auf Überlegungen der Russen dahingehend zurück, daß „die Zeit auf ihrer Seite sei: je weiter ihr militärisches Vordringen in Mitteleuropa gehe, desto mehr werde sich ihre Verhandlungsposition verbessern"[28]. Man sollte solche generellen Kommentare mit Vorsicht aufnehmen. Das Verhalten der Russen in den Verhandlungen über Österreich beweist aber (auch Strang führt es zur Unterstützung seiner These an), daß sie errungene Machtstellungen in eroberten Ländern rücksichtslos und mit durchtriebener Taktik zu ihren Gunsten ausnutzten. Im Hinblick auf die schließlichen Ergebnisse der Beratungen in der EAC erwies sich auch der offensichtliche Eifer der Russen, die zahlreichen Dokumente ihrer Kollegen intensiv zu studieren, ohne ihrerseits die Karten offenzulegen, als ein etwas zweifelhafter Erfolg der westlichen Delegationen. Winant und Strang bewerteten die russische Eigenheit positiv, sich über die Absichten ihrer Verbündeten genauestens zu informieren[29]. Als sich aber herausstellte, daß die russische EAC-Delegation über bestimmte Probleme, z. B. die Prinzipien einer gemeinsamen Besatzungspolitik für Deutschland, nicht ernsthaft diskutieren wollte, erwies es sich, daß die Westmächte ihre damals bestehenden Pläne vollkommen offengelegt hatten, sich über die Auffassungen der sowjetischen Regierung aber ebenso vollkommen im unklaren befanden.

Die von den westlichen Delegationen angewandten taktischen Mittel hielten sich im Rahmen der guten Sitten der Diplomatie[30]. Die russische Befürchtung, von

---

[26] So Mosely I, S. 586.

[27] S. Brief Winants v. 7. 10. 44, FR 44/1, S. 348ff. (348, 349).

[28] Strang, S. 208.

[29] Vgl. z. B. Winants Brief in FR 44/1, S. 348 u. 349. Strang zeigte sich noch auf der Potsdamer Konferenz geschmeichelt, als Wyschinski ein Exemplar des englischen Direktiven-Buchs hervorzog und erklärte, „er habe es von größtem Wert gefunden", Strang, S. 221.

[30] Eine amüsante Ausnahme scheint der Versuch gewesen zu sein, einem russischen Delegationsmitglied mittels ausgedehnten Schlürfens kapitalistischen süßen Lebens, verkörpert von endlosen Reihen gefüllter Wein- und Whiskygläser, die Zunge über die Absichten seiner Regierung für die Deutschlandpolitik zu lösen. Thayer berichtet, daß seine Bemühungen erfolglos blieben mit einer möglichen Ausnahme, daß er sich aber nach dem schweren Gelage

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den USA und Großbritannien in der EAC durch gemeinsames Vorgehen ausmanövriert zu werden, war unbegründet. Zwar standen zeitweise die Regierungschefs und regelmäßig die englische Botschaft in Washington mit dem State Department in Kontakt und korrespondierten über Probleme, die in der Kommission behandelt wurden, aber ernsthafte Absprachen über ein gemeinsames Vorgehen wurden nicht erreicht[31].

Die Mitglieder der westlichen Delegationen in London hatten ausgiebig Gelegenheit, russische Verhandlungstaktiken zu studieren, die den westlichen Verhandlungspartnern der SU im Zweiten Weltkrieg ein steter Quell unangenehmer Überraschungen waren[32]. Die Verhandlungstaktik russischer Diplomaten beruhte auf ihrer Schulung, zentral gefaßte Beschlüsse strikt zu befolgen, und der Vorliebe für die Methode, unerschütterlich und mit immer gleichen Argumenten den Gegner zu zermürben und so Zugeständnisse zu erreichen. Strang und Mosely durchschauten diese Taktik und versuchten in solchen Fällen gelegentlich erfolgreich mit ähnlichem Gleichmut und gleicher Unerschütterlichkeit, oder indem sie auf die Bedürfnisse des diplomatischen Apparats der Russen eingingen, ihre Auffassungen durchzusetzen[33]. Ein sehr entmutigender taktischer Kniff der russischen Delegation bestand in der häufig vorgebrachten Forderung, jeweils nur einen Tagesordnungspunkt in den Sitzungsperioden zu beraten. Z. B. sollte die Konsultation „kleiner Mächte" nicht vor der Verabschiedung der Kapitulationsbedingungen für Deutschland, das Problem des Kontrollapparats nicht vor Festlegung der Besatzungszonen erwogen, über den Kontrollmechanismus für Österreich nicht vor einer Einigung über die Reparationen entschieden werden[34].

Diese Haltung war weniger auf die Schwerfälligkeit ihres diplomatischen Apparats als auf die Absicht der Russen zurückzuführen, in ihrem Sinne Druck auf die anderen Delegationen auszuüben oder mißliebige Entscheidungen aufzuschieben. Diente es, wie im letzten Beispiel, ihren Interessen, demonstrierte die russische Delegation, daß sie nicht nur über zwei Probleme gleichzeitig nachdenken und verhandeln konnte. Um eine Entscheidung über die Reparationen zu erzwingen,

---

am nächsten Morgen an nichts mehr von dem erinnern konnte, was am Abend gesprochen worden war, Thayer, S. 7.

[31] Der wichtigste Versuch dazu, in den Problemen der Entsendung westlicher Militärdelegationen zur Rekognoszierung in Wien und des Einrückens der 4 Armeen in die endgültigen Besatzungszonen in Deutschland und Österreich auf der Basis strikter Gegenseitigkeit, scheiterte an der Haltung Trumans, vgl. Briefwechsel mit Churchill Mai/Juni 1945, FR 45/3, S. 118f., 120f., 132, 133f., 134f. Truman lehnte auch frühere Vorschläge Churchills (April 1945) ab, durch gemeinsame Telegramme bei Stalin vorstellig zu werden, und zwar zu den Problemen der Entsendung der Militärdelegationen nach Wien und der Einsetzung der Regierung Renner, vgl. FR 45/3, S. 69f., 73, 102, 103f.

[32] Vgl. die Aufsatzsammlung von Dennet/Johnson (Hrsg.), Mit den Russen am Verhandlungstisch, Nürnberg 1953, insbesondere den Aufsatz Moselys, Die sowjetische Verhandlungstaktik, S. 325ff. (im folgenden zit.: Mosely II).

[33] Ebenda, S. 343f., 352ff.; FR 44/1, S. 332 und Strang, S. 206.

[34] FR 44/1, S. 55, 328, 391f. und FR 45/3, S. 43, 46ff., 58f., 67.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verlangte sie auch, in das Abkommen über den Kontrollapparat einen entsprechenden Passus einzufügen, obwohl die Reparationsfrage mit der Einsetzung eines Kontrollapparats nicht notwendig zusammenhing und auch im entsprechenden, vorher unterzeichneten Dokument für Deutschland nicht enthalten war. Das russische Verlangen, jeweils nur einen Tagesordnungspunkt zu behandeln, führte zu längeren Unterbrechungen der Sitzungsperioden, wenn die Debatten über ein Problem an einen toten Punkt gelangt waren[35]. Als Männer von Geduld und Pflichtgefühl nahmen die westlichen Delegierten die russischen Winkelzüge als offenbar unvermeidliche Begleiterscheinungen von Verhandlungen auf russisch ergeben hin, zumal sie während des größten Teils der Beratungen in London die Chancen für den schließlichen Abschluß von Abkommen über eine gemeinsame Nachkriegspolitik optimistisch beurteilten[36].

II. Bedingungen und Formalien der deutschen Kapitulation

1. *Entstehung der Kapitulationsurkunde und der „Erklärung zur Niederlage Deutschlands . . .“*

Die Delegationen entschlossen sich, als erstes Problem die Bedingungen der deutschen Kapitulation zu beraten. Die Engländer ließen mit Datum vom 15. 1. 44 den aus 70 Artikeln bestehenden Entwurf für einen „Waffenstillstand mit Deutschland“ zirkulieren, die Russen folgten am 15. 2. mit einem 20 Artikel enthaltenden Dokument. Die amerikanische Delegation legte mit Datum vom 25. 1. zunächst ein Memorandum zu diesem Problem vor und unterbreitete am 15. 2. den offiziellen Entwurf einer 13 Artikel umfassenden Kapitulationsurkunde[37]. Den drei Entwürfen war gemeinsam, daß sie den Begriff der „bedingungslosen Kapitulation“ zu interpretieren versuchten, dem künftigen Besatzungsregime alle Rechte vorbehielten, ohne gegenüber den deutschen Unterzeichnern irgendwelche Bindungen einzugehen. Obwohl die amerikanische Delegation keinen prinzipiellen Unterschied zwischen den Dokumenten festzustellen vermochte[38], sind in Inhalt und Struktur doch verschiedene Akzente erkennen.

Das State Department und die anderen Delegationen glaubten, in den Entwürfen divergierende Interpretationen der Kapitulation zu erkennen. Die Engländer hielten ihren umfangreichen, detaillierten Entwurf allein für angemessen,

---

[35] Strang, S. 206.

[36] Vgl. z.B. Mosely, einen der besten Analytiker russischer Politik und Verhandlungstaktik, Brief an Riddleberger v. 5. 9. 44, FR 44/1, S. 331f. (332).

[37] Der englische Entwurf, EAC (44) 1 in FR 44/1, S. 112ff.; der russische Entwurf, EAC (44) 9, ebenda, S. 173ff.; das amerikanische Memorandum, EAC (44) 4, S. 104ff., der Entwurf, EAC (44) 8, S. 168ff. Er wurde ohne Änderungen der Substanz geringfügig überarbeitet und lag als EAC (44) 12 mit Datum v. 6. 3. 44 vor. Die überarbeiteten Abschnitte vgl. FR 44/1, S. 182f.

[38] Brief Winants v. 23. 4. 44, FR 44/1, S. 189ff. (190).

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rechte zu begründen, die über solche aus einer üblichen Kapitulation entstehenden weit hinausgehen sollten. Sie schlugen die Übernahme der höchsten Gewalt und Kontrolle durch die Alliierten vor, die sich jedoch nicht in die Angelegenheiten eines bankrotten und feindlichen Landes verwickeln lassen und die zivile Verwaltung den Deutschen überlassen sollten[39]. Diese abgeklärte Weisheit einer Regierungskunst, die einst ein mächtiges Kolonialimperium beherrscht hatte, lag allerdings den Erwägungen der anderen Delegationen fern.

Das russische Dokument, im wesentlichen eine höchst spezifiziert ausgearbeitete militärische Kapitulationsurkunde, enthielt als einziger Vorschlag eine Klausel mit dem ausdrücklichen Eingeständnis der deutschen Kriegsschuld, einen Abschnitt über die künftigen Besatzungszonen, und (wie die anderen Entwürfe) eine Generalklausel, die den Alliierten zusätzliche politische, wirtschaftliche und militärische Forderungen nach der Kapitulation gestatten sollte[40]. Die russische Regierung ließ sich von dem taktischen Gesichtspunkt leiten, den deutschen Unterzeichnern der Kapitulation den Akt psychologisch und politisch so schmackhaft wie möglich zu machen, und ließ deshalb später die Kriegsschuldklausel fallen. Primäres Ziel sei, daß die deutschen Generale der Einstellung der Kampfhandlungen zustimmten. Unangenehme Forderungen könnten nach der Unterzeichnung gestellt werden[41].

Der von den Joint Chiefs of Staff (JCS) – dem gemeinsamen Gremium der Stabschefs von Armee und Flotte – vorbereitete amerikanische Entwurf war im wesentlichen militärisch bestimmt; ebenso kurz wie allgemein gehalten, mit einer Generalklausel zur Sicherung umfangreicher Rechte für die Militärregierung. Zur Unterstützung ihres Vorschlags brachten die Generalstabschefs vor, daß er weiteste Handlungsfreiheit sichere, ohne den Deutschen die Chance einzuräumen, durch juristische Interpretation den Spielraum der Besatzungsmacht einzuschränken[42].

Der JCS-Plan fand die volle Unterstützung des Präsidenten und wurde zunächst kompromißlos verfochten, wobei das State Department auch Erfahrungen aus den Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg und dem Kriegsschuldartikel des Versailler Vertragswerks zitierte[43]. Da auch die andern Delegationen an ihren Vorschlägen festhielten, entstand in den Verhandlungen über die allgemeine Struktur und den Inhalt der Kapitulationsbedingungen ein toter Punkt, der durch Kompromißvorschläge der von Beginn an konzilianten englischen und der – zu-

---

[39] Kommentar zum Entwurf FR 44/1, S. 114 und Art. 59, 60 des Entwurfs S. 136.

[40] FR 44/1, S. 174, 178f.

[41] Brief Winants v. 10. 3. 44, FR 44/1, S. 197ff. (197f.).

[42] Vgl. Memorandum in FR 44/1, S. 171f. Dieses Dokument ist ein ausdrucksvolles Zeugnis der durch rein militärische Erwägungen bestimmten Mentalität der Generalstabschefs, angefangen von der Auslegung des Begriffs der „bedingungslosen Kapitulation" bis zu dem Hinweis, die durch das Nazi-Regime befehlsgewohnte Bevölkerung werde der Stellung der Militärgouverneure mehr Respekt zollen, wenn sie ihre Direktiven nicht Gegenstand juristischer Prüfung und Debatten werden ließen.

[43] Brief an Churchill v. 29. 2. 44, FR 44/1, S. 188f.; Briefe des State Department v. 3. u. 6. 3. 44, FR 44/1, S. 191f., 194f.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nächst an strikte Instruktionen gebundenen – amerikanischen Delegation überwunden wurde[44].

Nach unermüdlichen Debatten verabschiedeten die drei Delegationen am 25. 7. 1944 die Kapitulationsurkunde für Deutschland und einen Bericht an die Regierungen[45]. Das Dokument bestand nun aus 14 allgemein gehaltenen Artikeln, die im wesentlichen militärischen Charakter hatten, aber auch die Übernahme der obersten Gewalt verkündeten und mit einer Generalklausel (Art. 12) unbeschränkte Eingriffsmöglichkeiten sichern sollten. Im kommentierenden Bericht kündigten die Delegationen die Ausarbeitung weiterer Forderungen an Deutschland auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet an, Forderungen, die als Proklamationen und Anordnungen nach der Kapitulation der deutschen Bevölkerung verkündet werden und auf der Linie der im endgültigen Entwurf weggefallenen Artikel des englischen Initiativvorschlags liegen sollten[46].

Abgesehen von den Meinungsverschiedenheiten über die allgemeine Fassung der Kapitulationsurkunde gab es in den Verhandlungen heftige Auseinandersetzungen über das Problem der Konsultation der Verbündeten zum Inhalt der Urkunde und über die Frage, wie die Alliierten die kapitulierenden Truppen behandeln sollten. Der erste Streitpunkt wurde durch eine ziemlich nichtssagende Formel (Art. 1) im Begleitbericht der Kapitulationsurkunde erledigt, die zweite Kontroverse war wichtiger und führte zum ersten formellen Eingeständnis der Tatsache, daß die Chancen für eine gleiche Behandlung der Deutschen durch die verschiedenen Besatzungsarmeen gering waren.

Die Russen wollten alle kapitulierenden Truppen zu Kriegsgefangenen erklären, während die Westmächte – im Gegensatz zur SU Angehörige der Genfer Kovention – diesen Gedanken wegen der zu erwartenden Schwierigkeiten, solche Truppenmassen angemessen zu versorgen, ablehnten. In der Kapitulationsurkunde wurde es den jeweiligen Oberkommandeuren überlassen, die Frage nach Belieben zu regeln[47]. Das mühsam ausgearbeitete Abkommen geriet in Gefahr, als die englische Regierung ihm nur unter Vorbehalten im Interesse anderer Verbündeter zustimmen wollte. Die russische Regierung behielt sich sofort volle Handlungsfreiheit vor, einschließlich des Rechtes, das Abkommen nach eigenen Vorstellungen abzuändern. Darauf zogen die Engländer ihre Vorbehalte zurück, und nach einigem Widerstreben erklärten auch die Russen, daß sie voll zu dem ausgehandelten Abkommen stünden, das bis zur Konferenz von Jalta die einzige von den Regierungen autorisierte Kapitulationsurkunde für Deutschland blieb[48].

---

[44] Zur Wandlung der Haltung Washingtons vgl. FR 44/1, S. 195f., 194f., 199ff., 210. Zur Aushandlung des Kompromisses über Inhalt und Struktur der Kapitulationsbedingungen vgl. S. 197ff., 233.

[45] S. FR 44/1, S. 256ff. und 254ff. und Protokoll der Sitzung, S. 252ff.

[46] S. FR 44/1, S. 255, 193f. u. 197.

[47] S. Art. 2 Begleitbericht und Art. 2b Urkunde. Zu den Verhandlungen über diese Meinungsverschiedenheiten Mosely II, S. 352ff. und Strang, S. 211f.

[48] Vgl. dazu FR 44/1, S. 329f., 338ff., 415, 422f. Diese Vorgänge hätten zu einer grundsätzlichen Bedrohung der Arbeitsfähigkeit der Kommission werden können.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach der Aufnahme einer französischen Delegation in die EAC machte die französische Provisorische Regierung mit überzeugenden Gründen – den unter deutscher Besetzung erlittenen Leiden und der Andeutung Frankreichs künftiger Rolle für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens – ihr Interesse geltend, am Abschluß der deutschen Kapitulation beteiligt zu sein. Am 1. 5. 1945 wurde die Kapitulationsurkunde durch die Einsetzung Frankreichs als vierter alliierter Signatarmacht ergänzt[49]. Inzwischen war jedoch auf der Konferenz von Jalta dem Art. 12a der ursprünglichen Urkunde das Wort „dismemberment" zugefügt worden. Die russische Weigerung, die Provisorische Regierung sowohl davon zu unterrichten als auch zu der in London tagenden „Teilungskommission" zuzulassen, führte dazu, daß die französische Delegation nur die ursprüngliche Version unterschrieb[50].

Während der Unterhandlungen mit Frankreich über dessen Anteil an der Kapitulation setzte sich in der Kommission endgültig die Absicht durch, statt einer Übergabeurkunde, die deutsche Bevollmächtigte mit unterzeichnen sollten, eine einseitige Erklärung über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der höchsten Autorität durch die Alliierten vorzubereiten. Ein entsprechender englischer Initiativentwurf vom 30. 3. 45 erweckte sofort das immer wache Mißtrauen der Russen. In einer militärischen Situation, die durch das Zurückweichen deutscher Truppen vor den westalliierten und den versteiften Widerstand gegen die russischen Armeen gekennzeichnet war, vermutete die russische Regierung hinter der Auslassung des Begriffs der „bedingungslosen Kapitulation" und anderer Termini in diesem Dokument eine grundsätzliche Änderung der Politik der Westmächte und beauftragte sofort ihren Botschafter in Washington, entsprechende Erkundigungen im State Department einzuziehen[51].

Das Außenministerium und der Präsident widersetzten sich zunächst jeder Änderung der Kapitulationsurkunde, gaben aber auf Drängen Winants nach, der sich auf entsprechende gemeinsame Vorarbeiten mit SHAEF, dem obersten Hauptquartier der alliierten Landungsstreitkräfte, berufen konnte. Die Delegationen der EAC kamen überein, eine Erklärung zu verabschieden, die sich im Inhalt möglichst eng an das ursprüngliche Übergabedokument anlehnen sollte. Die Kommission kam zunehmend in Zeitdruck, vor allem weil die englische Delegation auf kanadisches Drängen erneut eine Lanze für die stärkere Berücksichtigung „kleiner

---

[49] S. FR 44/1, S. 427 ff.und FR 45/3, S. 258f., vgl. auch S. 169f., 179f., S. 181 Anm. 53, 186f. (187), 219.

[50] Zur Diskussion über die Teilung Deutschlands auf der Konferenz von Jalta vgl. Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conferences at Malta and Yalta, 1945, Washington 1955 (im folgenden zit.: CY), S. 611–616, 624–628, 633, 656–657, 700–701, 709–710, 936, 947, 978. Zu den Verhandlungen über die Unterrichtung der Franzosen und ihre Aufnahme in die Kommission vgl. FR 45/3, S. 216, 219, 222, 266ff., 276.

[51] Das englische Memorandum FR 45/3, S. 208ff. Zur russischen Reaktion vgl. Brief Winants v. 4. 4. 45 und Memorandum des Gesprächs mit Gromyko am selben Tag, FR 45/3, S. 216f., 217ff. Das einzige Motiv für diese einschneidende Abänderung des Übergabedokuments scheint die erwartete Auflösung jeder deutschen Zentralgewalt gewesen zu sein. Politische Gründe lassen sich aus den vorliegenden Akten nicht nachweisen.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mächte" bei Abfassung des Kapitulationsdokuments brach, eine Lanze, an deren „Stoß" die französischen Bevollmächtigten beteiligt waren, die aber an den von der russischen und amerikanischen Delegation aufgestellten Windmühlenflügeln zerschellte[52]. Die offizielle Verabschiedung der „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands" fand erst am 12. 5. statt; die Deklaration wurde bis zum 21. 5. von den vier Regierungen gebilligt[53].

So lagen zur Zeit der Kapitulation am 7. und 8. 5. in Reims und Berlin in der EAC vier Dokumente vor, und zwar mit unterschiedlichen Inhalten, wechselnden Signatarmächten und in verschiedenen Stadien der Vorbereitung. Vor dem Hintergrund dieser verwirrenden Situation vollzog sich ein Nachspiel mit Überraschungseffekt, denn die unterzeichnete „militärische Kapitulationsurkunde" beruhte auf einem von SHAEF aus eigener Machtvollkommenheit ausgearbeiteten Text, den die Russen zunächst stillschweigend mitunterschrieben, um anschließend ihren Unwillen auszudrücken[54]. Die Eigenmächtigkeit der Militärs hatte keine schwerwiegenden Folgen, da Winant in letzter Minute dem Bevollmächtigten von SHAEF eine Generalklausel abgerungen hatte, die ergänzende Erklärungen ermöglichen sollte. Der Übergriff der Generale war zwar kein Akt bloßer Willkür, zeigte jedoch eine gewisse Geringschätzung der Entscheidungen in der EAC, an denen die Militärs überdies beteiligt waren, und der diesen Entscheidungen verliehenen Autorisation durch die Regierungen der Führungsmächte[55].

---

[52] Vgl. FR 45/3, S. 254f., 256, 260, 290f.

[53] S. FR 45/3, S. 291 Anm. 53, S. 293 mit Anm. 58. Den Text der Deklaration, die am 5. 6. in Berlin von den Oberbefehlshabern unterzeichnet und veröffentlicht wurde, s. in Amtsblatt des Kontrollrats für Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 7ff.

[54] Murphy, S. 296f.

[55] Den objektivsten Bericht zu den Vorgängen in Reims und London anläßlich der Kapitulation s. bei Mosely, P. E., Dismemberment of Germany, The Allied Negotiations from Yalta to Potsdam, in: Foreign Affairs 28 (1949/50), S. 487ff. (495ff.). Thayer (S. 20) schreibt, daß die Amerikaner die ganze Affäre unter den Teppich fegten, ein Prinzip, welches das State Department auch gegenüber Truman anwandte (FR 45/3, S. 289) und in seinen Memoiren (S. 296f.) auch Murphy befolgte, der die Vorgänge auf eine Gedächtnisschwäche Smith' zurückführt. Die in diesem Jahr veröffentlichten Dokumente bestätigen die Thesen Moselys, Thayers und an diese anknüpfend Deuerleins (in: Deuerlein, E., Die Einheit Deutschlands, Bd. 1, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1961, S. 97f.), daß SHAEF bzw. sein Chef des Stabes Smith und andere Offiziere die Kapitulationsurkunde selbst bestimmen wollten. Die von den Militärs angeführte Entschuldigung, keine Direktiven von den CCS erhalten zu haben (Bericht Murphys v. 14. 5. 45 und Brief Smith' v. 10. 5. in FR 45/3, S. 294f. [295], 296f. [296]) ist zutreffend, überhaupt standen JCS und CCS in dieser Angelegenheit mit SHAEF nur in mangelhafter Verbindung. Die allgemeine Kommunikation ziviler und militärischer Stellen über den Stand der Verhandlungen in der EAC war äußerst kärglich (FR 45/3, S. 266ff.). SHAEF hätte aber jederzeit eine autorisierte Urkunde anfordern können und stand vor der Unterzeichnung mehrmals mit Winant in telefonischer Verbindung. Stattdessen schalteten die Militärs sowohl Murphy als auch ihre eigentlich zuständige Abteilung bei der Vorbereitung der Kapitulationsurkunde aus (vgl. FR 45/3, S. 290, 294). Das Vorgehen Smith' war weder vom State noch vom

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. *Zusätzliche Forderungen zur Kapitulation*

Bei der Verabschiedung einer kurzen Kapitulationsurkunde waren die Delegationen übereingekommen, ergänzende militärische, politische und wirtschaftliche Bestimmungen vorzubereiten, die als Proklamationen und allgemeine Anordnungen nach der Kapitulation erlassen werden sollten. Diese von der EAC auszuarbeitenden Dokumente sah Winant als ein wichtiges Mittel zur Sicherung einer gemeinsamen Besatzungspolitik an, wobei er gegenüber seiner Regierung betonte, daß „die Demokratien uns letztlich für den Standard des Verhaltens in Ländern verantwortlich machen werden", die sich den Alliierten ergeben haben[56].

Die amerikanische EAC-Delegation, die in ihren Bestrebungen für die Ausarbeitung allgemeiner Prinzipien einer Besatzungspolitik von Washington nur mäßig unterstützt wurde, machte sich mit Eifer an die Arbeit; denn der Ermächtigung dazu im Begleitbericht zur Kapitulationsurkunde, einem internationalen Abkommen, konnten sich die Entscheidungsträger in der Hauptstadt kaum ernsthaft widersetzen. Die amerikanischen Delegierten fertigten auf der Grundlage der Initiativentwürfe aller Delegationen zur Kapitulationsurkunde eine Sammlung von Proklamationen und Anordnungen an, die durch Weisungen und Überarbeitungen aus Washington mehrfach abgeändert, in der EAC schließlich als Basis der Diskussion diente[57].

Die Widerstände in den Regierungskreisen beruhten auf dem Mißverständnis, die Verabschiedung der Dokumente in der EAC sei ein Eingriff in die Prärogative der Zonenkommandeure. Zudem bestanden Befürchtungen des War Department und der Militärs, die Dokumente schränkten die Handlungsfreiheit der Kommandeure ein, beschnitten die durch den Akt der Kapitulation Deutschlands erworbenen Rechte der Alliierten, und würden von den Briten nur deshalb unterstützt, weil diese an ihrer (angeblichen) Auffassung festhielten, alliierte Rechte in Deutschland durch Abkommen mit Deutschen oder Verkündung von Anordnungen zu begründen[58].

Auch die Diskussionen in der EAC selbst zeitigten nur schleppend Ergebnisse, obwohl vor allem Strang, aber auch Gusew den Wert von in der Kommission beschlossenen Proklamationen und Anordnungen als gemeinsame Basis künftiger Besat-

---

War Department autorisiert, das nach der Panne eine Anweisung abschicken wollte, Eisenhower die Unterzeichnung nur von der EAC beschlossener Dokumente nahezulegen (FR 45/3, S. 282, 289f. [290]). Als Motiv für den Abschluß einer „militärischen Kapitulation" wird die Version Moselys (S. 496) in einem Bericht Winants an das State Department dahingehend bestätigt, daß SHAEF glaubte, die einfache Anerkennung der Niederlage werde leichter und schneller von den deutschen Generälen unterzeichnet werden als ein mit umfangreichen Forderungen belastetes Dokument, und daß mit der schnelleren Beendigung der Kampfhandlungen Menschenleben gerettet würden (FR 45/3, S. 283f.). Im übrigen scheint niemand in Washington an der restlosen Aufdeckung der peinlichen Affäre interessiert gewesen zu sein, die schwere Folgen für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion hätte herbeiführen können.

[56] Brief Winants v. 10. 3. 44, FR 44/1, S. 197ff. (198).

[57] Vgl. die zusammenfassenden Darstellungen, FR 44/1, S. 430ff., FR 45/3, S. 447f.

[58] FR 45/3, S. 448f., FR 44/1, S. 418, 432.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zungspolitik hervorhoben[59]. In der letzten Phase der Verhandlungen im Mai und Juni 1945 drängten vor allem die westlichen Delegationen auf Entscheidungen. Die russische Delegation stellte erst 2½ Monate nach der Herausgabe des amerikanischen Initiativentwurfs einen Kommentar dazu in Aussicht und erklärte sich erst nach der Verabschiedung der „Erklärung zur Niederlage Deutschlands" bereit, über das zusätzliche Dokument zu verhandeln[60]. So unterzeichneten die Delegationen der EAC lange nach der Kapitulation (am 25. 7. 45) über die „Auferlegung bestimmter zusätzlicher Forderungen an Deutschland" ein Abkommen, dessen 49 Artikel dem Kontrollrat als allgemeine Direktiven dienen sollten, dessen teilweise oder volle Veröffentlichung dem Belieben diese Gremiums überlassen wurde[61].

Das Dokument regelte umfangreiche Angelegenheiten, u.a. die Abschaffung nationalsozialistischer und militaristischer Organisationen, die Auslieferung von Kriegsverbrechern, die gemeinsame Kontrolle der deutschen Auswärtigen Beziehungen, der Produktion, des Handels, der Finanzen, des Transports und der Freizügigkeit. Dieses Abkommen zur Ausfüllung der Erklärung vom 5. 6. war das einzige in der EAC beschlossene Dokument, das gemeinsame Grundsätze der Alliierten für die Militärverwaltung in Deutschland widerspiegelte. Aber die Entscheidung über seine Anwendung blieb dem Kontrollrat überlassen. Überdies war der Inhalt zu sehr auf die Situation zur Zeit der Kapitulation und daher auf rein negative Maßnahmen der Repression und Kontrolle zugeschnitten – der Kardinalfehler aller maßgebenden Entwürfe der alliierten Planung –, als daß von diesem Abkommen Impulse für eine funktionsgerechte Konzeption einer gemeinsamen alliierten Besatzungspolitik ausgehen konnten.

III. Der Kontrollmechanismus und seine Aktivierung

Die Beratungen über den Kontrollmechanismus für Deutschland gehörten zu den erfolgreichsten Verhandlungen in der EAC überhaupt, „geführt ohne Schärfe und in konstruktivem Geist"[62]. Die Engländer und Amerikaner legten Entwürfe zu Abkommen vor, die neben Skizzen für den eigentlichen Kontrollapparat umfangreiche Kommentierungen enthielten, in denen Aufgaben und Ziele des Kontrollregimes und seine verschiedenen Stadien beschrieben wurden; die Engländer stellten den Kontrollmechanismus als den Unterausschuß eines möglichen zentralen Gremiums für „europäische Angelegenheiten" in einen größeren Zusammenhang[63]. Dagegen zeichnete sich der russische Entwurf, der Grundlage für das end-

[59] Brief Winants v. 1. 6. 44, FR 44/1, S. 413f. (414).

[60] FR 45/3, S. 449f., 525f.

[61] FR 45/3, S. 526, 554. Der Text mit Begleitbericht in Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, Vol. II, Washington 1960 (im folgenden zit.: CB II), No. 1038, S. 1011ff., 1008ff.

[62] Strang, S. 218.

[63] Die englischen Entwürfe: 1) EAC (44) 3 v. 15. 1. 44, FR 44/1, S. 155ff., 2) EAC (44)

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gültige Abkommen wurde, durch dürre, im wesentlichen der funktionalen Zweckmäßigkeit des Kontrollapparats dienende Erwägungen aus. Er enthielt als originelle Beiträge die Einstimmigkeitsregel für Abstimmungen im Kontrollrat und als positive Zweckbestimmung für die kontrollierenden Gremien den Vorschlag, daß sie ihre Arbeit ausdehnen auf die „Vorbereitung von Bedingungen für die Schaffung zentraler und örtlicher Organe in Deutschland, die auf demokratische Prinzipien gegründet sind"[64].

Die wichtigsten Punkte in den Entwürfen betrafen die Fragen, ob die Alliierten sich einer zentralen deutschen Verwaltung bedienen und welche Rolle die Zonenkommandeure im Verhältnis zur Zentralgewalt des Besatzungsregimes spielen sollten. Das endgültige Abkommen ging von der Voraussetzung aus, daß der Kontrollrat von einer zentralen deutschen Verwaltung Gebrauch machen könne. Das ergeben sowohl eine Analyse der Kompetenzen dieses Gremiums als auch ausdrücklich der Begleitkommentar des Abkommens[65]. Aus den Akten geht nicht hervor, ob dieses Problem länger diskutiert wurde oder kontrovers war. Die Entwürfe weisen aber verschiedene Akzente auf. Am nachhaltigsten vertraten die in der Regierung fremder Länder erfahrenen Engländer den Gedanken, sich eine zentrale deutsche Verwaltung nutzbar zu machen, der die aufzuerlegende Politik der Vereinten Nationen durch den „Kanal" der alliierten Zentralgewalt in Deutschland vermittelt werden sollte. Fehle eine deutsche Zentralverwaltung, sollte sich das Besatzungsregime soweit wie möglich der Verwaltungsmaschinerie und ihres deutschen Personals bedienen[66]. Auch der Entwurf der russischen Delegation sah vor, sich die Dienste deutscher Zentralorgane nutzbar zu machen, doch das State Department nahm an, daß die russische Regierung personelle Veränderungen, vor allem in Wirtschaft und Industrie vornehmen wollte[67]. Während die amerikanische EAC-Delegation eine sehr weitgehende Verwendung der Verwaltungsmaschinerie und deutschen Personals empfahl, war Washington in seiner Haltung reservierter als die Londoner Regierung; Kriegs- und Flottenministerium bezweifelten noch nach der Unterzeichnung des Abkommens über den Kontrollmechanismus in der EAC, daß eine deutsche Zentralverwaltung bei Kriegsende überhaupt vorhanden sein werde, äußerten Bedenken, sie bei Bestehen zu verwenden, und empfahlen weitere Planungen zur Vorbereitung auf dieses Problem[68].

14 v. 2. 3. 44, FR 44/1, S. 202ff., 3) EAC (44) 17, 1. 5. 44, FR 44/1, S. 212ff. Die amerikanischen Entwürfe: 1) EAC (44) 16 v. 25. 3. 44, FR 44/1, S. 185ff. 2) Entwurf der USA-Delegation v. 12. 7. 44, FR 44/1, S. 247f. 3) Entwurf von WSC und JCS v. 2. 11. 44, FR 44/1, S. 376ff.

[64] EAC (44) 25, v. 25. 8. 44, FR 44/1, S. 299ff.

[65] FR 44/1, S. 404ff. (405). Der Text des Abkommens vom 14. 11. 44, CY, S. 124ff. Zu seiner Ergänzung durch Einbeziehung Frankreichs vgl. 45/3, S. 258, 306 m. Anm. 84.

[66] Vgl. FR 44/1, S. 157, 159, 205. Churchill ging in einem Gespräch mit Eisenhower (22. 5. 45) sogar so weit, die Anstellung geeigneter gefangener Generale, denen die Deutschen gehorchen würden, für den Zweck der Reorganisierung und Verwaltung interner Angelegenheiten vorzuschlagen.

[67] FR 44/1, S. 300, 400f.

[68] FR 44/1, S. 248, 377, Brief v. 27. 12. 44, FR 45/3, S. 175f. (175).

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Über die Kompetenzen der Zonenkommandeure im Verhältnis zum Kontrollrat kam es in der Kommission zu längeren Kontroversen. Die russische Delegation betonte die oberste Gewalt der Kommandeure, die sie in ihrer Ganzheit, jeder in seiner Zone ausüben sollten, während dem Kontrollrat zur Sicherung der Einheitlichkeit des Vorgehens einige wichtige abgeleitete Kompetenzen zukommen sollten[69]. Die extreme Gegenposition nahm die englische Delegation ein, die der alliierten Zentralgewalt die höchste Autorität einräumte und den Zonenkommandeuren nur die Rechte zugestand, unmittelbare Kommunikation mit ihren Regierungen aufzunehmen und in ihren Besatzungszonen den Ausnahmezustand zu verhängen[70]. Der Entwurf der amerikanischen EAC-Delegation lag ganz auf der Linie der englischen Auffassungen, betonte in einer unpräzisen aber umfassenden Formel die von den Militärkommandeuren gemeinsam ausgeübte Gewalt mit dem Kontrollrat als Organ und ließ die Rechte der Kommandeure in den Zonen unerwähnt[71]. Dagegen planten Außen-, Kriegs-Ministerium und die JCS, Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit der Zonenkommandeure zu sichern, dem Kontrollrat bloße beratende Kompetenzen zuzubilligen, näherten sich in ihrem letzten Entwurf aber der Kompromißformel, die in der EAC in das empfohlene Abkommen eingearbeitet wurde[72]. Danach sollten die Oberbefehlshaber auf Weisung ihrer Regierungen die oberste Gewalt ausüben, jeder „in seiner eigenen Besatzungszone und auch gemeinsam in den Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten" im Kontrollrat (Art. 1). Im übrigen war dieses Konzept durch den Versuch bestimmt, ein Gleichgewicht zwischen seinen Komponenten „gemeinsame Aktion" und „souveräne Eigenständigkeit" (Einstimmigkeitsklausel) herzustellen.

Die Empfehlungen über den Kontrollmechanismus dürften das anspruchsvollste Dokument darstellen, das von der EAC verabschiedet wurde; nämlich hinsichtlich der Voraussetzungen, die seinen empfindlichen Mechanismus funktionsfähig machen mußten. Die zum Vetorecht pervertierte Einstimmigkeitsklausel, die Unfähigkeit der Mächte, sich über die Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung zu einigen, machten den Kontrollrat aber noch vor seinem endgültigen Scheitern zu einem leerlaufenden Mechanismus. Die Entscheidungsgewalt verlagerte sich in die einzelnen Besatzungszonen.

Während der letzten Monate vor Kriegsende drängten die amerikanische Regierung und einzelne Diplomaten darauf, die Russen zur Teilnahme an den vorbereitenden Arbeiten für den Kontrollrat und dessen schneller Aktivierung zu bewegen. Entgegen früheren Zusicherungen hatte die russische Regierung keine eigene Delegation für Vorbesprechungen mit einer entsprechenden amerikanischen, für den Kontrollrat gebildeten Kerngruppe entsandt. Trotz der Bemühungen Hopkins' in Moskau zögerten die Russen noch Ende Mai, ihren Bevollmächtigten für den Kon-

[69] FR 44/1, S. 299f.
[70] FR 44/1, S. 159, 203.
[71] FR 44/1, S. 247, 248.
[72] FR 44/1, S. 186f., 317f., 376.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trollrat zu ernennen[73]. Bei den Beamten und Diplomaten des State Department wuchsen die Befürchtungen, genährt durch das Vorgehen der russischen Besatzungsmacht in Rumänien, Bulgarien, Österreich und ihrer deutschen Besatzungszone, daß Moskau die Verbündeten von jedem Einfluß in den besetzten Gebieten ausschalten und die Truppenlozierung bei Kriegsende ausnutzen werde, um eigene politische Ziele in Europa zu verwirklichen. Als Gegenzug schlug das State Department ein schnelles Vordringen der eigenen Truppen nach Osten vor, noch am 5. Mai forderte Stettinius den Vormarsch auf Prag[74]. Gleichzeitig unternahm Churchill seine Vorstöße, Truman zu überzeugen, ihre Truppen erst auf die projektierten Besatzungszonen zurückzuziehen, nachdem „die ganze Frage der Beziehungen beider Mächte zur SU in Europa grundsätzlich" geregelt sein werde[75]. Truman und die maßgebenden Generale von SHAEF lehnten die Vorschläge Churchills und Stettinius' ab.

Dieser politische Hintergrund war nicht nur ein Symptom für die Auszehrung der Kriegskoalition. Mit dem schnellen Abbau der gemeinsamen Interessen der Führungsmächte nach der deutschen Kapitulation, erwies sich die EAC zunehmend unfähig, aus sich heraus zu Entscheidungen zu kommen, die ihr während der zweiten Hälfte des Jahres 1944 zu begrenzten Erfolgen verholfen hatten. Es gelang dem unermüdlichen Winant zwar nach Überwindung englischer Widerstände in letzter Minute, mit den Russen ein Abkommen über die Einsetzung des Kontrollrats zu erreichen; aber schon während dieser Verhandlungen gingen Initiativen und Ergebnisse von den Entscheidungsträgern in der Zentrale aus, die sich zur Lösung des Problems der üblichen diplomatischen Kanäle, der Sondermission Hopkins' nach Moskau oder des unmittelbaren Meinungsaustausches der Regierungschefs bedienten[76].

IV. Die ausgefallene Debatte über die Prinzipien der Militärverwaltung für Deutschland während der Periode alliierter Kontrolle

Als Mitte November 1944 die Abkommen über die Besatzungszonen, die Kapitulationsurkunde und den Kontrollrat für Deutschland – zumindest in ihrer vorläufigen Form – unterzeichnet vorlagen, schienen alle Voraussetzungen gegeben,

[73] FR 45/3, S. 309, 310f., 318 mit Anm. 9. Zu den Versprechungen der Russen und den Bemühungen der Amerikaner, den Kontrollrat zu aktivieren vgl. FR 44/1, S. 369, 370; FR 45/3, S. 176f., 185f., 190.

[74] Vgl. dazu die Briefe Murphys und Stettinius' in FR 45/3, S. 229, 243f., 277f., 281.

[75] S. Aide Mémoire der britischen Botschaft in Washington v. 28. 5., FR 45/3, S. 513 und S. 504f., 511ff. Zum Briefwechsel Churchill–Truman im April 1945 und der Haltung des State Department vgl. FR 45/3, S. 231f., 235f., 240, 240f., 244f., 246. Vgl. auch die Darstellung H. Feis', Zwischen Krieg und Frieden, Das Potsdamer Abkommen, Frankfurt/M. 1962, S. 69f.

[76] Zu den Verhandlungen in der EAC vgl. z.B. FR 45/3, S. 314f., 316f., 323, 324.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß die Delegationen der EAC sich beschleunigt Verhandlungen über die künftige Besatzungspolitik für Deutschland zuwenden konnten, deren Ziele die Ausführung der beschlossenen technischen Abkommen bestimmen würden. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz hatte Hull ein Dokument mit amerikanischen Vorschlägen für eine Besatzungspolitik in Deutschland vorgelegt, das von den Russen mit großem Interesse aufgenommen, auf der Konferenz kurz diskutiert, und zur weiteren Bearbeitung an die EAC überwiesen wurde[77]. Damit hatten die Führungsmächte nicht nur im Prinzip der gemeinsamen Verantwortlichkeit für eine alliierte Besatzungspolitik zugestimmt[78], sondern dem permanenten Dreimächte-Gremium auch die Aufgabe anvertraut, Prinzipien dieser Politik festzulegen. Alle Delegationen in der Kommission waren sich dieser Aufgabe bewußt, bekannten sich in regelmäßigen Pflichtübungen zu dem Gedanken, über weite Bereiche der künftigen Besatzungspolitik Einigkeit zu erzielen[79]; aber Erfolg stellte sich nicht durch derartige Beschwörungen ein, und das Kapitel über die Prinzipien der Militärverwaltung für Deutschland im Abschlußbericht der Kommission blieb ungeschrieben.

Die russische Haltung in dieser Frage war schwankend, undurchsichtig und erschöpfte sich schließlich, rückschauend betrachtet, im bloßen Nichtstun. Bei einer Konferenz der amerikanischen und russischen Botschafter mit Eden im Foreign Office 1942 hatte Maiski, zu jener Zeit stellvertretender Außenminister der Sowjetunion, erklärt, daß seine Regierung in europäischen Problemen den Gedanken der Dreimächte-Aktion dem Konzept der getrennten Interessensphären vorziehe[80]. Selbst Mosely, einer der besten Kenner sowjetischer Politik und Verhandlungstaktiken unter den amerikanischen Diplomaten, glaubte noch im September 1944, daß die Russen lebhaft an gemeinsamen Richtlinien für die Besatzungspolitik interessiert seien. Im November erklärte ihm Gusew in einem längeren, herzlichen Gespräch, es sei besonders wichtig, daß die Deutschen keine Besatzungsmacht für härter oder milder als die andere hielten. Die EAC sei das geeignete Gremium für Absprachen über eine gemeinsame Deutschlandpolitik[81].

Der einzige Vorstoß, den die SU in dieser Richtung unternahm, bestand in einem Memorandum (25. 10. 44) an die britische Regierung. Moskau erklärte darin, daß es in der EAC weitere Probleme der Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, die Abschaffung des Hitler-Regimes, die Übergabe von Kriegsverbrechern und Vorkehrungen für die Kontrolle der deutschen Wirtschaft behandelt sehen wollte. Aber auch diese Anregung hatte nur deklaratorischen Charakter. Die russi-

---

[77] Das Dokument in FR 43/1, No. 20, S. 720ff. Zur inoffiziellen Reaktion der Russen vgl. Hull, C., The Memoirs of . . ., Vol. II, New York 1948 (im folgenden zit.: Hull), S. 1285. Die Diskussion fand auf der 7. Sitzung am 25. 10. 43 statt, FR 43/1, S. 629ff. Den Auftrag an die EAC s. Protokoll der Konferenz, S. 749ff. (752).

[78] In der Literatur wird i.A. die Moskauer Konferenz in diesem Sinne verstanden, z.B. Mosely I, Dorn, W. L., Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland (1944–45) in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 60ff. ((im folgenden zit.: Dorn), S. 65.

[79] Vgl. z.B. Winants Bericht über eine Sitzung Anfang Dezember 1944, FR 44/1, S. 414.

[80] Brief Winants an Roosevelt v. 28. 1. 45, CY S. 130ff. (130).

[81] S. FR 44/1, S. 522, 403f.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Regierung ließ Gusew ohne Instruktionen, wie aus einer englischen Démarche im Moskauer Außenministerium zu entnehmen ist[82]. Im wesentlichen widersprechen die Akten also nicht dem Bericht Thayers, daß die Russen dem Versuch der Westmächte, in der EAC Probleme der materiellen Deutschlandpolitik zu behandeln, beständigen Widerstand entgegensetzten[83]. Die Amerikaner waren daher, vor allem vor der Konferenz von Jalta, hinsichtlich der russischen Pläne für Deutschland auf Vermutungen und spärliche Berichte angewiesen, die ein lückenhaftes und gelegentlich widersprüchliches Bild ergaben[84].

Das Verhalten der russischen EAC-Delegation, trotz entgegengesetzter Beteuerungen einer substantiellen Debatte über die Deutschlandpolitik auszuweichen und keine einschlägigen Initiativentwürfe vorzulegen, ist von westlichen Kollegen rückschauend kommentiert worden: Die Russen hätten sich erst eine Machtstellung in Mitteleuropa sichern wollen, um ihre Verhandlungsposition zu verbessern, und Stalin sei zu klug gewesen, seine Entschlüsse schon zu einem Zeitpunkt zu offenbaren, in dem die Situation in Deutschland zu unklar war, um ein endgültiges Urteil über den schnellsten Weg zur Macht zu fällen[85]. Es ist denkbar, daß sich die Planung der Deutschlandpolitik in Moskau während der Beratungen in der EAC ebenso im Stadium der Formulierung befand wie in den westlichen Hauptstädten. Aber Stalin mißtraute den Verhandlungskünsten seiner Verbündeten und im Gegensatz zu seinen westlichen Verhandlungspartnern war er der festen Überzeugung, daß sich nach Kriegsende die Auseinandersetzungen über die besetzten Länder auf der ideologischen Ebene fortsetzen würden:

> „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit: wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, so weit seine Armee vordringen kann. Es kann nicht gar anders sein"[86].

Solchen Auffassungen war am besten gedient, wenn die russischen Diplomaten die Nachkriegspläne ihrer Regierung möglichst wenig offenlegten und jedem Abkommen über die Substanz der alliierten Besatzungspolitik in Deutschland auswichen.

In der Literatur wird gelegentlich das Versagen der EAC, die Prinzipien einer gemeinsamen Besatzungspolitik für Deutschland auszuarbeiten, ausschließlich der russischen Haltung zugeschrieben[87]. Aber die Verantwortung Washingtons für den Fehlschlag ist ebenso groß. Die amerikanische EAC-Delegation vertrat naturgemäß

---

[82] Brief Gallmans v. 26. 10. 44, FR 44/1, S. 369 (370), Memorandum Moselys v. 29. 3. 45, FR 45/3, S. 207f.

[83] S. 6f. und 17.

[84] Memorandum v. 10. 11. 44, FR 44/1, S. 398ff. (399ff.), Memorandum einer Unterredung zwischen Harriman und Maiski v. 20. 1. 45, CY, S. 176ff.

[85] Strang, S. 208, Thayer, S. 14f.

[86] So in einem Gespräch mit Mitarbeitern gegen Kriegsende, Djilas, M., Gespräche mit Stalin, Frankfurt/M. 1962 (im folgenden zit.: Djilas), S. 146, 97.

[87] So Thayer, S. 6, 17f., und Deuerlein, S. 70f., 76, der sich auf Strang, Thayer und Mosely beruft, der doch an Kritik zur Rolle seiner Regierung nicht gespart hat. Moltmann, G., Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg, Heidelberg 1958 (im folgenden zit.: Moltmann), S. 117f., betont dagegen einseitig die Verantwortung Washingtons.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

besonders nachdrücklich den Plan, Viermächte-Abkommen über die künftige Deutschlandpolitik abzuschließen, wobei es ihr primäres Ziel war, den Zusammenhalt der Kriegskoalition auch nach Kriegsende zu sichern. Der Ressortstreit in Washington über den Inhalt der Besatzungspolitik ließ die amerikanischen Delegierten unberührt. Aber sie betrachteten sich als Advokaten des Gedankens, daß die Politik gegenüber Deutschland der Prüfstein für die alliierte Kooperation nach dem Krieg sein würde, deshalb für eine längere Periode geplant und in bindenden Abkommen zwischen den Führungsmächten festgelegt werden müsse. Sie warnten die Regierung davor, die Verantwortung für einen Fehlschlag dieser Methode der Bündnispolitik auf sich zu nehmen[88]. In einem langen Telegramm an Roosevelt Mitte August 1944 betonte Winant, daß die in den Verhandlungen projektierten Abkommen zwar den Mechanismus für die Behandlung Deutschlands festlegten, aber nicht den Inhalt der künftigen Politik. In Washington müsse jede Anstrengung unternommen werden, damit die Verhandlungen über die umfassendsten Maßnahmen gemeinsamer Politik fortschreiten[89]. Aber die Haltung des Präsidenten und die Ergebnisse der Diskussionen in den Ministerien der Hauptstadt bewirkten einen Kurs, der diesen Vorschlägen jede Grundlage entzog.

Die amerikanische Außenpolitik während des Krieges wurde vor dem Hintergrund einer Debatte zwischen Außen-, Kriegs- und Finanz-Ministerium formuliert, wobei Meinungsverschiedenheiten über Natur und Ausmaß des Besatzungsregimes in Deutschland eine wesentliche Rolle spielten. Diese Debatte soll nun etwas umfassender mit ihren Folgen für die Flucht Washingtons aus dringenden Entscheidungen für die künftige Besatzungspolitik in Deutschland dargestellt werden.

Die Ministerien waren zwar gemeinsam der Auffassung, daß Deutschland besetzt und von den Alliierten kontrolliert werden müsse, um Abrüstung „Entmilitarisierung" und die Ausschaltung des Nationalsozialismus als geistiger Potenz aus dem wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben Nachkriegsdeutschlands zu sichern, und um das primäre Ziel zu verwirklichen, daß das Land keinen neuen Krieg beginnen könne. Über die Mittel und über die langfristig entscheidende Frage, wann und wie Deutschland auf seine künftige Rolle im Internationalen System vorbereitet werden solle, bestanden – idealtypisch gesehen – zwei verschiedene Auffassungen, deren Advokaten auf der einen Seite vorwiegend im Außenministerium, auf der anderen Seite im Finanzministerium arbeiteten. In der klaren Erkenntnis, daß kein Staat das Interesse und die finanziellen Mittel aufbringen könne, um Deutschland für längere Zeit mit repressiven Maßnahmen niederzuhalten, befür-

---

[88] S. die Äußerungen Moselys, FR 44/1, S. 332, 430.

[89] Zitiert nach Mosely I, S. 595. Bemerkenswert ist, daß dieses Telegramm nicht in den sonst sehr ausführlichen Akten des Außenministeriums veröffentlicht worden ist. Möglicherweise deshalb nicht, weil Winant in diesem Fall das Privileg in Anspruch nahm, sich über militärische Kanäle direkt mit dem Präsidenten in Verbindung zu setzen, und Abschriften der Botschaft nicht in die Archive des State Department gelangten. Im übrigen sind die Aufsätze Moselys eine sehr zuverlässige Quelle, und der Inhalt des Telegramms liegt auf der Linie der sonstigen Äußerungen der amerikanischen Delegationsmitglieder.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wortete das State Department, in Deutschland nach einer kurzen Übergangszeit eine schnelle Wiederbelebung des wirtschaftlichen und politischen Systems zu ermutigen und einem geläuterten Deutschland einen „ehrenvollen Platz in der Gemeinschaft friedliebender Nationen" anzubieten. Aus den Erfahrungen mit den Auswirkungen des Versailler Vertrages schlossen die Planer des Außenministeriums, daß eine gemäßigte Politik die Sieger vor der Gefahr bewahren werde, die „liberalen Kräfte" in Deutschland zu entmutigen und Nationalisten und Extremisten erneut Argumente zu liefern[90].

Dagegen waren Morgenthau und die führenden Beamten seines Ministeriums von der unwandelbaren Kriegslüsternheit und der historisch ableitbaren Sucht der Deutschen zu nationalistischer Machtpolitik überzeugt. Nur schärfste Maßnahmen zur Zerschlagung der territorialen und wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands würden die Welt vor einem neuen Krieg bewahren. Eine irgendwie geartete Wiedereingliederung des Landes als Partner in das Internationale System schien mit solchen Zielen unvereinbar und wurde im Finanzministerium auch im Zusammenhang mit langfristigen Deutschlandplänen nicht erwogen[91]. Obwohl Morgenthau gelegentlich die politischen Grundlagen der Auffassungen seiner Gegner im Außenministerium offen angriff[92], wurde der Kampf um die Substanz der Besatzungspolitik verdeckt in Auseinandersetzungen über scheinbar technische Planungsfragen geführt, deren Entscheidung aber Natur und Außmaß des Besatzungsregimes präjudizierte, Entschlüsse über die Substanz amerikanischer Deutschlandpolitik aufschob und das Bedürfnis der amerikanischen Bündnis-Diplomatie nach Formulierung gemeinsamer alliierter Abkommen zur Deutschlandpolitik meist nicht berücksichtigte. Taktische Linie und materielles Konzept Morgenthaus in diesen Auseinandersetzungen kamen den Interessen des Kriegsministeriums entgegen, das sich im Streit um den Inhalt der Besatzungspolitik im wesentlichen neutral verhielt und nach Direktiven verlangte, die die Möglichkeiten einer Besatzungsarmee nicht übersteigen und den Zonenkommandeuren größtmögliche Handlungsfreiheit einräumen würden[93].

---

[90] In großer Klarheit und Ausführlichkeit ist diese Politik in zwei Memoranden des Committee on Postwar Programs v. 31. 5. und 5. 8. 44 niedergelegt, FR 44/1, S. 302ff., 306ff. Das Zitat s. S. 303.

[91] Den klarsten Ausdruck fand dieses Programm im Morgenthauplan. Zu dessen Inhalt und Entwicklung vgl. Gelber, H. G., Der Morgenthauplan, in dieser Zeitschrift 13 (1965), S. 372ff. (im folgenden zit.: Gelber).

[92] Z.B. Memorandum Morgenthaus an den Präsidenten v. 10. 1. 45, FR 45/3, S. 376f.

[93] Führende Beamte des Ministeriums neigten eher den Auffassungen des State Department über den Inhalt der Besatzungspolitik zu. Stimson war ein scharfer Gegner des Morgenthauplans, Stimson/McBundy, On Active Service in Peace and War, New York 1948 (im folgenden zit.: Stimson), S. 571, 573. Zu Beginn der Potsdamer Konferenz äußerte er, „it would be foolish, dangerous and provocative of future wars to adopt a programm calling for the major destruction of Germanys industry and resources", s. CB II, No. 849, S. 754ff. (756). Vgl. auch das Memorandum an den Präsidenten vom 22. 7., in dem der Kriegsminister sich für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft im Rahmen des Aufbaus der europäischen Wirt-

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Diskussionen über die Formulierung der amerikanischen Besatzungspolitik vom September 1944 bis Mai 1945 entzündeten sich an verschiedenen Fassungen für eine allgemeine Direktive, die bekannte JCS 1067[94], die Eisenhower als Richtlinie dienen sollte, und an Entwürfen für Spezialdirektiven, die in der EAC als Grundlage alliierter Politik beschlossen werden sollten. Dabei wurde als erstes der Gedanke preisgegeben, kurzfristige Ziele im Zusammenhang mit langfristigen Zielen der Deutschlandpolitik zu projektieren, eine Auffassung, die vor dem September 1944 sowohl in Memoranden des State Department als auch interministerieller Ausschüsse unter Mitwirkung des Finanzministeriums hervorgehoben wurde[95]. Alle Versionen der Direktive JCS beschränkten sich auf den kurzen Zeitraum nach der Kapitulation, und waren daher allein von Maßnahmen der Repression und Kontrolle bestimmt. In zwei gleichzeitigen und inhaltlich ähnlich lautenden Memoranden vom 1. 11. 44 an das State Department erklärten Morgenthau und Stimson, daß sie im Zusammenhang mit der Besatzungspolitik keine langfristigen Probleme erörtern wollten[96]. Sie vertraten außerdem die Meinung, daß sich die EAC nicht mit detaillierten Direktiven befassen, sondern nur allgemein gehaltene Richtlinien für die Zonenkommandeure beschließen und die Ausarbeitung der Details dem Kontrollrat überlassen sollte.

Obwohl die amerikanische EAC-Delegation die Zweckmäßigkeit dieses Vorschlags und seinen Wert für die alliierte Zusammenarbeit nach dem Krieg bezweifelte, mußte sie in Washington in eine Änderung des Planungsverfahrens einwilligen[97]. Sie sollte in der Kommission nur noch allgemeine, politisch wichtige Direktiven behandeln, die Ausarbeitung der Einzelheiten aber dem Kontrollrat und dessen vorbereitenden Kerngruppen übertragen. Damit entfiel zwar die schwerfällige Prozedur der Klärung spezifischer Dokumente durch die Instanzen des Entscheidungsapparats in Washington. Aber das Motiv für diesen Entschluß war die Furcht der Planer, sich zu früh und ohne Kenntnis der Verhältnisse in Deutschland durch internationale Abkommen an eine bestimmte Besatzungspolitik zu binden[98]. Die Entscheidung beeinträchtigte die Arbeit an den Spezialdirektiven, welche

---

schaft einsetzte, CB II, No. 871, S. 808f. Die Pläne Stimsons zur wirtschaftlichen Gesundung Europas als Ganzes, ebenda, S. 809 oben, 2 Jahre vor dem Marshall-Plan, stellen seiner politischen Urteilsfähigkeit und Voraussicht ein ausgezeichnetes Zeugnis aus.

[94] Zur Genesis und zur Charakterisierung der Direktive vgl. Dorn und Moltmann, Zur Formulierung der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges, in dieser Zeitschrift 15 (1967), S. 299ff. Moltmann hat in dieser Dokumentation aufgrund bis dahin erschienener Literatur und in Fotokopien und Abschriften bekannt gewordener Dokumente die späten Phasen der Formulierung der Direktive und die letzten Debatten über die Besatzungspolitik für Deutschland in Washington vor Kriegsende beschrieben und kommentiert.

[95] Vgl. CY, S. 143ff., FR 45/3, S. 378ff., 484ff.

[96] FR 44/1, S. 378ff. (378), S. 380f. (381).

[97] Brief Gallmans v. 11. 11. 44, FR 44/1, S. 393, und Winant, FR 45/3, S. 430. Die methodische Widersprüchlichkeit dieses neuen Verfahrens im Rahmen der planerischen Kooperation des Bündnisses glossiert Mosely, FR 45/3, S. 403.

[98] Memorandum FR 44/1, S. 407f. (408), und Brief McCloys v. 20. 11. 44, FR 44/1, S 410f.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die amerikanische Delegation bereits vorgelegt, die schließlich teilweise als Diskussionsbasis in der Kommissionsarbeit anerkannt, aber nicht abschließend behandelt wurden[99].

Die Pläne des State Department hätten vorausgesetzt, daß die Besatzungsarmee in Deutschland umfangreiche Verantwortlichkeiten übernahm. Um ein wirtschaftliches Chaos zu vermeiden, sollten z.B. die alliierten Besatzungstruppen zunächst ein System zentralisierter Kontrollen über die deutsche Wirtschaftsordnung beibehalten. Die gemeinsame Opposition von Finanz- und Kriegs-Ministerium – veranlaßt durch verschiedene Motive – brachte auch dieses Konzept zu Fall und setzte in allen Versionen der Direktive JCS das Prinzip der „begrenzten Verantwortlichkeit" durch, das die Militärregierung zum Nichtstun zwang und ihr keine Chance gab, irgendwelche positiven Maßnahmen zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft, geschweige denn des politischen Lebens durchzuführen[100]. Der Ressortstreit in Washington führte so zum Aufschub aller langfristigen, konstruktiven Planungen und zur Aushandlung eines umstrittenen Minimalkompromisses in der Form kurzfristiger Direktiven für den amerikanischen Oberbefehlshaber, dem damit keine Kompetenz für eine aktive Besatzungspolitik in Deutschland gegeben wurde. Die Unentschlossenheit Roosevelts und seine Abneigung gegen langfristige Planung, durch die Reaktion der Öffentlichkeit auf den Morgenthauplan bestärkt, trugen zur Paralysierung des Entscheidungsapparats bei. Erst im Januar 1945 übersandte das State Department eine revidierte Fassung von JCS 1067, die als Grundlage alliierter Besatzungspolitik der EAC vorgelegt werden sollte[101].

Diese Direktive zeigte alle dargestellten Schwächen der amerikanischen Planung. Winant hielt sie für völlig unzulänglich und gefährlich für die künftige Zusammenarbeit der Alliierten und weigerte sich mit Erfolg, sie der Kommission vorzulegen[102]. Mosely zerpflückte die neue Richtlinie in ihre widersprüchlichen Bestandteile und wies sarkastisch die Unterstellung zurück, daß die Delegation aus Washington jemals allgemeine Richtlinien für die Grundsätze einer Besatzungspolitik gegenüber Deutschland erhalten habe[103].

Nachdem das State Department vergeblich versucht hatte, durch Zwischenschaltung der EAC eine Revision der Planung in Washington zu erreichen[104], nahm es eingedenk seiner schwachen Stellung im Entscheidungsprozeß eine zweideutige Haltung ein und paßte sich den Vorstellungen des Finanzministeriums

---

[99] Vgl. z.B. Brief McCloys v. 1. 1. 45, FR 45/3, S. 369ff. Eine zusammenfassende Darstellung über Entstehung und Zweck der amerikanischen Direktiven s. Memorandum Moselys v. 13. 3. 45, FR 45/3, S. 443ff. Eine Liste der Direktiven und eine Anmerkung über ihr Schicksal in der Kommission, s. FR 45/3, S. 537ff. Als Verbündete von Kriegs- und Finanz-Ministerium bewährte sich die Moskauer Regierung, die das Projekt in der EAC endgültig zu Fall brachte, vgl. Winants Bericht CB I, S. 294.

[100] Memorandum v. 15. 2. 45 u. 16. 3. 45, FR 45/3, S. 412ff. (412f.), S. 457f.

[101] Fassung v. 6. 1. 45, FR 45/3, S. 378ff.; vgl. auch S. 395f.

[102] Briefe v. 26. 1. u. 5. 2. 45, FR 45/3, S. 396ff., 405ff.

[103] Memorandum v. 3. 2. 45, FR 45/3, S. 399ff.

[104] S. den Briefwechsel zwischen Hull und Roosevelt im September 1944, CY, S. 142, 155.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an[105]. Aber in Jalta bemühten sich die Beamten des Außenministeriums erneut, die Planung der amerikanischen Deutschlandpolitik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie versuchten den Präsidenten dazu zu bewegen, auf der Gipfelkonferenz ein umfassendes Abkommen mit den Verbündeten über die Besatzungspolitik in Deutschland auszuhandeln, ein Vorgehen, das Roosevelt der EAC immer verweigert hatte. Die für den Gebrauch der amerikanischen Delegation bestimmten „Briefing Book"-Papiere von Jalta sind als Teil der Strategie des Außenministeriums zu verstehen, eine indirekte Revision von JCS 1067 und eine Rückkehr der amerikanischen Entscheidungsträger zu den ursprünglichen Plänen des State Department für die Deutschlandpolitik zu erreichen[106]. Auch die englische Regierung erhoffte sich von der Gipfelkonferenz neue Impulse für alliierte Vereinbarungen über die zukünftige Besatzungspolitik[107].

In der Kommission konnte es sich nur Strang leisten, mit Unterstützung Churchills und Edens, den dezidierten Standpunkt zu vertreten, daß der Kontrollrat nur auf der Grundlage vorher von den Regierungen vereinbarter spezifischer und detaillierter Direktiven arbeiten könne, die gleichmäßig in ganz Deutschland ausgeführt werden müßten. Ein weitestgehendes Maß an Übereinstimmung, und zwar über den Inhalt der Besatzungspolitik, werde allein Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen Zonenkommandeuren verhindern. Auch die Mitglieder der Londoner Regierung führten lebhafte Diskussionen über die Grundsätze der künftigen Deutschlandpolitik[108], aber diese Debatten führten nicht zu einer Paralysierung des Entscheidungsprozesses. Die englische EAC-Delegation legte nicht nur mehrere Memoranden vor, sondern auch jenes berühmte Buch, in dem 38 ins einzelne gehende politische Anweisungen für alle Phasen der Besatzungspolitik enthalten waren, und an dem zwei interministerielle Komitees 9 Monate lang gearbeitet hatten[109]. Obwohl sie zur ersten Fassung von JCS 1067 umfassende inhaltliche Änderungen wünschte, begrüßte die britische Regierung dieses Dokument als Initiative zu Vereinbarungen über eine gemeinsame Besatzungspolitik und drängte Washington, den eigentlich nur für SHAEF bestimmten Entwurf vor die EAC zu bringen, um die alliierte Nachkriegs-Kooperation nicht zu gefährden[110]. Das Foreign Office plädierte auch zweimal in Moskau für seine Auffassung, die EAC zum

---

[105] S. die Memoranden v. 29. 9. u. 22. 11. 44, FR 44/1, S. 344ff. (345f.), 412. Auch die Beamten des Finanzministeriums spürten eine scheinbare Annäherung der Standpunkte, s. FR 44/1, S. 425.

[106] Vgl. GY, S. 178ff. Diese These vertritt auch Dorn, S. 73.

[107] S. Memorandum Dunns v. 18. 1. 45, FR 45/3, S. 394.

[108] Vgl. z. B. Woodward, L., British Foreign Policy in the Second World War, London 1962 (im folgenden zit.: Woodward), S. 466ff.

[109] Die Memoranden vgl. FR 44/1, S. 217ff., 224ff.; und Woodward, S. 474, Anm. 1. Dieses Handbuch wurde von Stettinius und Morgenthau stark kritisiert, vgl. FR 44/1, S. 378ff., 380f.

[110] Vgl. dazu FR 44/1, S. 359ff., 389ff. Diese Fassung von JCS 1067 wurde der EAC nicht vorgelegt, ebenda, S. 406f., 418f.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Forum umfassender Debatten über eine alliierte Deutschlandpolitik zu machen[111].

Diese Initiativen der Engländer blieben ohne Resonanz in den Hauptstädten ihrer Verbündeten. Dorn stellt unter Berufung auf ein bildreiches Zitat Churchills die These auf, daß sich auch die englische Regierung im Januar 1945 eingedenk der amerikanischen Haltung zu einer „Politik des Treibenlassens" entschloß[112]. Aber sie unternahm Mitte Januar im State Department einen neuen Vorstoß, führte in einem Memorandum aus, daß sie die EAC als geeignetes Gremium zur Vorbereitung der langfristigen alliierten Deutschlandpolitik ansehe, und äußerte die Hoffnung, daß die Konferenz in Jalta mit amerikanischer Unterstützung der Arbeit der EAC in diesem Bereich neue Impulse geben werde[113].

Von dem Gipfeltreffen ging aber keine Belebung für die Arbeit der Londoner Kommission aus und die Erwartungen des State Department, ein umfassendes Abkommen über die Deutschlandpolitik zu erreichen, wurden enttäuscht. Die Konferenz in Jalta nahm sofort den Charakter einer Art zusammenhangloser Unterhaltung ohne Ordnung und Logik an, wofür bis zu einem gewissen Grade die Diskussionsleitung Roosevelts verantwortlich war[114]. Es lag auch ganz im Interesse des Präsidenten, wenn keine umfassende Vereinbarung über Deutschland beschlossen wurde. Die Regierungschefs diskutierten einige dringende Probleme, die Kapitulationsbedingungen, die Teilung Deutschlands, die Zulassung Frankreichs zum Kontrollrat, die Kriegsverbrechen. Endgültige Regelungen wurden kaum erreicht, und Roosevelt hoffte selbst in der kontroversen Frage der Reparationen unwiderrufbare Verpflichtungen zu vermeiden, indem er einem in diesem Punkt sehr zweifelhaften Protokoll und einer Vertagung der endgültigen Entscheidung zustimmte[115].

Das Jalta-Kommuniqué verkündete den Anspruch, eine Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortung der Verbündeten für Nachkriegsdeutschland, über eine „gemeinsame Politik" und eine „koordinierte Verwaltung" durch den alliierten Kontrollrat zu enthalten[116]. Diese euphemistische Behauptung ist durchaus unangebracht, das Dokument ließ die widersprüchlichsten Interpretationen zu und enthielt – außer dem Reparationsprotokoll – keine Entscheidungen für eine gemeinsame Deutschlandpolitik.

Die Unbestimmtheit des Kommuniqués von Jalta und ein Auftrag des Präsidenten gaben aber dem State Department die Gelegenheit, einen ebenso mutigen wie taktisch ungeschickten Vorstoß im Sinne seiner Deutschlandpläne zu unternehmen. Der Direktiven-Entwurf des Ministeriums vom 10. 3. 45 entzog der in den Ver-

---

111 S. FR 44/1, S. 369, 390; FR 45/3, S. 207.

112 Dorn, S. 67.

113 Aide Mémoire v. 17. 1. 45 und Memorandum Dunn v. 18. 1. 45, FR 45/3, S. 392ff., 394; s. auch das Memorandum Edens an Churchill v. 2. 2. 45, CY, S. 511f. (512).

114 Conte, A., Die Teilung der Welt, Jalta 1945, München 1967, S. 246.

115 Vgl. CY, S. 978f. Dieses Protokoll gab den Anlaß zu schweren Meinungsverschiedenheiten in Potsdam und wurde dort annulliert.

116 CY, S. 968ff. (970).

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sionen von JCS 1067 vertretenen Politik jede Grundlage[117]. Er wandte sich gegen die Lieblingsthesen der Ministerien für Krieg und Finanzen von der Unabhängigkeit der Zonenbefehlshaber und der „begrenzten Verantwortlichkeit" und betonte die im Außenministerium als unabdingbar anerkannten Prinzipien:

1. Sofortmaßnahmen der Besatzungspolitik sollten in Einklang mit einem langfristigen Programm stehen.
2. Die amerikanische Besatzungspolitik müsse in der EAC mit den Verbündeten abgestimmt werden.
3. Die Funktionsfähigkeit der alliierten Kooperation und die Erfordernisse der Verwaltung Deutschlands verlangten einen detailliert instruierten und mit umfassenden Vollmachten versehenen Kontrollrat.

Der Präsident, der zu jener Zeit Akten nur selten und oberflächlich las, unterzeichnete die Direktive. Die gemeinsame Opposition von Kriegs- und Finanz-Ministerium veranlaßte ihn dazu, nach wenigen Tagen seine Unterschrift zurückzuziehen. Die folgenden interministeriellen Gespräche kennzeichnen die entscheidende Phase in der späten Planung der amerikanischen Deutschlandpolitik[118]. Das Ergebnis war ein erzwungener Kompromiß, niedergelegt in einem kurzen Memorandum vom 23. 3. 45, das im wesentlichen Ziele und Methoden der von Morgenthau und Stimson vertretenen Deutschlandpolitik bestätigte. Dem Außenministerium wurden insofern einige Konzessionen gemacht, als das Memorandum die Kompetenzen des Kontrollrats betonte, die geplante Dezentralisierung der Verwaltung Deutschlands einschränkend interpretierte und Wirtschaftskontrollen der Besatzungsmächte zu dem Zweck zuließ, Hunger, Seuchen und Unruhen zu verhindern[119].

Das lakonische Memorandum vom März 1945 erhielt insofern eine besondere Bedeutung, als Washington es der EAC vorlegen ließ, wo es den Anlaß bot zu einer in letzter Minute auf äußerst niedrigem Niveau geführten Debatte über die alliierte Besatzungspolitik in Deutschland[120]. Der erste Abschnitt des vorgelegten Dokuments war eigentlich bestimmt, einen internen amerikanischen Ressortstreit über die Kompetenzen des Kontrollrats im Verhältnis zu denen des Zonenkommandeurs beizulegen. Gewisse Wendungen schienen gegen das bereits beschlossene Dokument über den Kontrollrat zu verstoßen. Gusew legte dagegen Protest ein und beteiligte sich nicht mehr an Diskussionen über diesen Punkt. Auch Strang und Massigli äußerten Bedenken, ergingen sich in subtilen Interpretationen, und Winant konnte nur erklären, daß die USA das Abkommen über den Kontrollrat voll unter-

[117] Das Memorandum s. FR 45/3, S. 434ff., den Auftrag Roosevelts, S. 433.

[118] Vgl. dazu FR 45/3, S. 452–470.

[119] S. FR 45/3, S. 471ff. Dieses Memorandum war die Grundlage für die endgültige Fassung der Direktive JCS 1067, vgl. FR 45/3, S. 484ff., 509f. In dieser Form wurde sie auch der EAC zur Information vorgelegt, FR 45/3, S. 511 u. Anm. 39. Zur historischen Würdigung und zur Kritik der Direktive s. Dorn, S. 74ff.

[120] S. das Memorandum Winants v. 6. 4. 45, FR 45/3, S. 480. Die Debatte fand am 3. 5. 45 statt, Berichte darüber s. in Winants Briefen an das State Department v. 7. 5. 45, FR 45/3, S. 504ff., 506ff.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stützen würden. Auch der Rest der Debatte beschränkte sich auf einen Streit um Worte. Dahinter standen natürlich wichtige politische Vorbehalte und Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Delegationen. Aber niemand hatte Interesse, sie in einer offenen und materiellen Diskussion ernsthaft beizulegen.

Die englische Delegation bewies zum letzten Mal ihr Vertrauen in die EAC, indem sie am 7. 6. 45 über die Behandlung Deutschlands für die Periode unmittelbar nach Kriegsende ein Memorandum vorlegte, das als Überarbeitung des amerikanischen Entwurfs bezeichnet wurde. Das Dokument enthielt hinsichtlich der Besatzungspolitik für Deutschland Ziele und Methoden, die Parallelen zu den frühen Plänen des State Department aufwiesen. Naturgemäß war es durch Kontroll- und Repressivmaßnahmen bestimmt, aber es enthielt auch Forderungen für eine konstruktive Politik und die Grundlegung einer auf Selbstbestimmung beruhenden Ordnung. Vorbehaltlich der Aufrechterhaltung der militärischen Sicherheit sollten Parteien und Gewerkschaften zugelassen, Presse- und Redefreiheit erlaubt werden. Als langfristiges Ziel der Besatzungspolitik sollte gelten, „die Grundlagen für einen Rechtsstaat in Deutschland und für die schließliche friedliche Mitarbeit im internationalen Leben zu legen"[121]. Mit diesem Dokument, das in der Kommission nicht mehr diskutiert wurde, beendete die EAC ihre erfolglosen Bemühungen, über die künftige Deutschlandpolitik der Verbündeten materielle Vereinbarungen zu erzielen. Die englische Regierung, wie so oft in der Kriegsdiplomatie mit den zweckdienlichsten Ideen und dem geringsten Einfluß ausgestattet, und die amerikanischen Berufsdiplomaten waren von den Entscheidungsträgern in Washington und Moskau überspielt worden. Die amerikanische und die russische Regierung hatten rechtzeitig keine ernsthaften Anstrengungen unternommen, über die Prinzipien einer alliierten Militärverwaltung für Deutschland in der EAC zu Vereinbarungen zu gelangen. Die Motive für diese Haltung mögen im einzelnen verschieden, das Verlangen nach Handlungsfreiheit bei beiden entscheidend gewesen sein.

C. *Leistung und Bedeutung der EAC für die alliierte Planung*

Die Arbeit der EAC wird in der Literatur unterschiedlich, aber überwiegend negativ beurteilt. Die auffallenden Unterschiede in der Bewertung erklären sich aus der Diskrepanz der Ansprüche, die der Kommentator an die Kommission stellt. Strang, dessen Regierung so große Erwartungen in die Funktion der EAC setzte, bleibt ganz im Rahmen der engen Kompetenzen, die der Beratungskommission in der Praxis gewährt wurden. Er versichert, gegen seine Gewohnheit ohne übliche Zurückhaltung:

> „Die von uns geleistete Arbeit bestand die Probe der Ereignisse. Unsere Pläne traten reibungslos in Kraft, als die Zeit gekommen war, sie anzuwenden".

Fortschritte seien zwar schleppend erzielt worden, aber die Gesamtsumme der

[121] EAC (45) 58, FR 45/3, S. 521 ff. (522, 523 f.).

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Leistungen sei eindrucksvoll gewesen[122]. Dagegen sind die Memoiren der amerikanischen Kollegen Strangs durch eine pessimistische Grundtendenz bestimmt. Thayer berichtet, daß die Illusion der englischen und amerikanischen Delegationsmitglieder, Friedensstifter in der Tradition des Wiener Kongresses und des Versailler Vertrages zu sein, schnell enttäuscht wurde[123]. Mosely hebt die Vorgänge hervor, die zur Beschränkung der EAC-Kompetenzen führten[124], und Kennan beschreibt sarkastisch die der Kommission verbleibende Funktion als einer Stelle,
„at which official positions could be filed and registered, it being left to the respective governments to reconcile these positions or not to reconcile them, as the spirit moved them[125]".

Die deutschen Kommentatoren haben sich zu einer Zeit, als über die Arbeit der Londoner Kommission nur das Material aus den Memoiren der Beteiligten vorlag, dem negativen Urteil der amerikanischen Delegationsmitglieder angeschlossen. Moltmann stellt fest, daß mit den verabschiedeten Abkommen nur die vorläufige Besatzungspolitik, nicht die weitere Behandlung Deutschlands entschieden wurde[126]. Deuerlein unterstreicht den technischen Charakter der Vereinbarungen, die zwar verhinderten, daß die Besatzungszonen das zufällige Ergebnis der Truppenlozierung zur Zeit des Waffenstillstands darstellten, aber keine Prinzipien für die Deutschland gegenüber anzuwendende Politik festlegten[127]. Dorn behauptet schlicht, die Kommission habe ihre Aufgabe nicht erfüllt[128].

Aber bevor man die Leistungen der EAC völlig verdammt, sollte man den ersten Grundsatz historischer Kritik erfüllen und die Arbeit des Gremiums in ihrem zeitgeschichtlichen Zusammenhang sehen. Die Kompetenzen der EAC waren nie eindeutig beschrieben. Die Richtlinien der Moskauer Konferenz spiegeln als eine Kompromißformel sowohl die im ursprünglichen englischen Initiativentwurf projektierten umfassenden Vollmachten wider, als auch die aus der amerikanischen und russischen Reserve resultierenden einschränkenden Formeln. Beide Regierungen haben die Vorschrift der Kompetenzzuweisung, nach der die EAC solche Fragen behandeln sollte, „welche die drei Regierungen für angemessen hielten, ihr zu überlassen"[129], als Vorbehalt oder als Vetorecht betrachtet, um den Arbeitsbereich der Kommission einzuschränken. Eine Rolle als Planungsbehörde konnte die EAC schon deshalb nicht spielen, weil die Regierungen ihr keinen dafür notwendigen Stab stellten. Im übrigen war keine Regierung gewillt, ihrer Delegation den Luxus selbständiger Planung zu erlauben und nachträglich die Ergebnisse – mehr oder weniger abgeändert – zu sanktionieren; vielmehr zwängten die Zentralen das

---

[122] Strang, S. 205.
[123] Thayer, S. 5.
[124] Mosely I, S. 580ff. passim.
[125] Kennan, G. F., Memoirs 1925–50, Boston 1967, S. 166.
[126] Moltmann, S. 117.
[127] Deuerlein, S. 75f.
[128] Dorn, S. 65.
[129] FR 43/1, S. 756f. (757), Art. 2.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeitsverfahren in das übliche diplomatische System. Die Londoner Kommission war daher nie die Planungsbehörde mit umfassenden Vollmachten, als die sie die Engländer projektiert hatten, aber auch nicht nur eine zwischengeschaltete Relaisstation im diplomatischen Schriftverkehr, als die sie Kennan beschrieb. Sie beschäftigte sich mit naheliegenden, technischen Fragen der Besatzungspolitik, wobei die durch die Aufnahme Frankreichs und mit dem Verlauf der Entwicklungen in Deutschland sich ergebenden sachlichen Änderungen der Vereinbarungen das mangelnde Vertrauen Roosevelts in die Weisheit und Endgültigkeit der Planungen in der Kommission bis zu einem gewissen Grade rechtfertigten. So war z. B. das Kontrollverfahren für Deutschland unter der Prämisse projektiert worden, daß eine deutsche Zentralverwaltung vorhanden sein werde, und erwies sich ohne diese als funktionsunfähig.

Trotzdem wird man die begrenzte Leistung der Kommission würdigen müssen. Der Stolz Strangs auf die Arbeitsergebnisse ist nicht ohne Berechtigung, denn die EAC leistete einen originellen Beitrag zur Projektierung der technischen Abwicklung des Besatzungsregimes, einen Beitrag, von dem man sich schwer vorstellen kann, wie er anders, etwa durch übliche diplomatische Kanäle oder kurze Konferenzen ranghöherer Gremien, hätte verwirklicht werden können. Im übrigen befruchtete die Kommission allein durch ihre Existenz und die sich in den Verhandlungen abzeichnenden neuen Perspektiven die Aktivität und das Niveau der Planungsarbeit in den Hauptstädten. Winant hebt auch hervor, daß der ständige Kontakt der vier Vertreter es der EAC ermöglicht habe, formlos eine große Anzahl von Problemen über die formell niedergelegten Abkommen hinausgehend zu behandeln, und konstatiert,

> „das gegenseitige Vertrauen hat die Behebung von Mißverständnissen erleichtert, die andernfalls zu ernsten Schwierigkeiten in der Arbeit der alliierten Koalition hätten führen können. Die EAC war in bezug auf die von ihr im voraus verhinderten oder behobenen Mißverständnisse vielleicht ebenso nützlich wie in bezug auf die von ihr tatsächlich ausgearbeiteten Abkommen."[130]

Das alles ist naturgemäß ein etwas spärlicher Erfolg, wenn der Kommentator umfangreiche und detaillierte Absprachen über die künftige Europapolitik der Großmächte erwartet. Dazu ließen die USA und die SU der Kommission keinen Spielraum, auch nicht zur Aufbereitung von Rohmaterial für Entscheidungen auf höherer Ebene, wie die englische Regierung im Januar 1945 vorschlug[131].

Die Diskrepanzen in den Ansichten der Führungsmächte über die zweckmäßigsten Methoden der Koalitionspolitik lassen sich am Beispiel der EAC erkennen. Die frühere Machtstellung Englands würde nach dem Krieg schwer angeschlagen sein. Primäres Ziel Churchills war es daher, die politische Unterstützung Roosevelts zu erhalten, und Nachkriegsprobleme im Windschatten der Amerikaner zu einer Zeit zu lösen, in der noch amerikanische Truppen in Europa standen. Andererseits ver-

---

[130] CBI, S. 293.

[131] Aide Mémoire v. 17. 1. 45, FR 45/3, S. 392ff. (393).

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

suchte Großbritannien auf den Kriegskonferenzen und in der Kommission seine alte Rolle als Sprecher und Protektor der „kleinen Nationen" wiederaufzunehmen und damit Punkte für eine spätere anerkannte Stellung in Europa zu gewinnen. Die Engländer zogen aus beiden Zielen die Folgerung für eine Bündnispolitik, die noch vor Kriegsende unter Mitwirkung europäischer Mittelstaaten in der EAC geplant und auf den Gipfelkonferenzen von den Führungsmächten beschlossen werden sollte. Daran waren die wirklich „führenden" Mächte der Allianz gleichermaßen uninteressiert. Amerika und Rußland fanden sich in der nur durch Gradunterschiede abgewandelten Einmütigkeit, ihren Großmachtstatus in der EAC eifersüchtig zu verteidigen. Eine wichtige Gemeinsamkeit der Interpretation dieses Status' bestand in dem Anspruch der USA und der SU, sich ihre Handlungsfreiheit zu bewahren.

Roosevelt hätte es sicher vorgezogen, wenn die EAC überhaupt nicht gegründet worden wäre, und seine Einwilligung war eine Konzession an die Beamten seines State Department, die mit irgendeiner alliierten Vorbereitung auf die Nachkriegssituation in Europa vorankommen wollten[132]. Der Präsident bemühte sich nach Gründung der Kommission zu verhindern, daß ihre Entscheidungen seinen politischen Spielraum einengen könnten und widerstand Churchills Versuchen, ihn in europäische Angelegenheiten hineinzuziehen[133]. Im geheimen erwartete er, daß die SU nach dem Krieg eine Hegemonie über Ost- und Mitteleuropa errichten und eventuell auch Frankreich darin einbeziehen werde[134]. Roosevelts Konzept in dieser Lage bestand nicht in einer europäischen Gleichgewichtspolitik, die dauernde amerikanische Interventionen in die Probleme dieses Kontinents erfordert hätte, sondern er entschied sich für eine globale Gleichgewichtspolitik, deren Grundlage die Aufteilung der Welt in vier Einflußsphären der Großmächte – USA, Großbritannien, Sowjetunion, China – sein sollte, wobei Rußland in Europa herrschen würde[135]. Die Beratungen der EAC waren deshalb auch aus grundsätzlichen Erwägungen für Roosevelt und seine engsten Berater von geringem machtpolitischen Interesse.

Das gleiche kann von der Sowjetunion nicht behauptet werden. Ihr Desinteresse an einer Aktivierung der EAC und ihr Bedürfnis nach Handlungsfreiheit läßt sich aus anderen Motiven herleiten. Entgegen den Behauptungen Maiskis gilt es in der Literatur als gesichert, daß der außenpolitischen Strategie der SU die Überzeugung

---

[132] Diese Auffassung vertritt auch Kennan, S. 164f.

[133] Selbst für die Festlegung der Besatzungszonen war dieses Motiv entscheidend, vgl. z.B. das im Ton witzige aber in der Haltung ernste Telegramm an Churchill v. 29. 2. 44, FR 44/1, S. 188f. (189).

[134] Im September 1943 entwickelte Roosevelt in einer mehrstündigen Unterhaltung mit Spellman seine Gedanken zur Einschätzung und Ausbalancierung des künftigen Kräfteverhältnisses der Mächte. Das in der Literatur noch wenig berücksichtigte Dokument ist, nach einer Aktennotiz des Kardinals, abgedruckt in R.I. Gannon, S. J., The Cardinal Spellman Story, New York, S. 222–225.

[135] Vgl. Schwarz, H.-P., Vom Reich zur Bundesrepublik, Neuwied und Berlin 1966, S. 49ff. zur Erklärung der Haltung Roosevelts.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

on einem dualistischen Internationalen System mit antagonistischen Mächten[136] und daher einer Kooperation mit kapitalistischen Mächten allenfalls ein taktisches Kalkül zugrunde lag. Nach dem Krieg würden die Auseinandersetzungen in den besetzten Ländern auf dem ideologischen Gebiet weitergehen. Aber Stalin wußte auch die Vorzüge klassischer Machtpolitik zu schätzen und vermied es, einen gutwilligen Verbündeten zur Unzeit mit ideologischer Starrköpfigkeit zu verschrecken. Entgegen den Erwartungen amerikanischer Delegationsmitglieder unterließen es die Russen in der EAC, aus marxistischer Interpretation des Zeitgeschehens hergeleitete Forderungen für die künftige Besatzungspolitik zu stellen[137]. Sie handelten die technischen Abkommen aus, bei denen nichts zu verlieren und zu offenbaren war, schwiegen sich im übrigen über ihre Pläne aus und entzogen sich allen Versuchen der westlichen Delegationen, die Substanz der künftigen Besatzungspolitik zu erörtern. Die noch unklare politische Situation in den Ländern Nachkriegseuropas würde später Pläne entscheidungsreif machen, die auf Motiven des „klassischen" Imperialismus vermischt mit dem ideologisch fundierten Weltrevolutionsgedanken beruhten.

In den Methoden der Koalitionspolitik mit dem Resultat, Einfluß und Macht der EAC einzugrenzen, waren Washington und Moskau durchaus gleichgestimmt. Es ist immer wieder erstaunlich zu sehen, wie sich die Entscheidungsträger in beiden Hauptstädten – ohne sich dieser Konstellation bewußt zu sein – mit sicherem Instinkt über die Köpfe der Engländer hinweg die Bälle zuspielten, wenn es galt, Initiativen zu materiellen politischen Entscheidungen in der EAC zu blockieren. Der entscheidende Durchbruch zum Integrationsinstrument der alliierten Kriegskoalition und zum politischen Planungsorgan der europäischen Nachkriegsordnung blieb der Kommission versagt. Auch ihre geringere Rolle hat europäische Geschichte gemacht, als die eines Statisten in einem Stück moderner Großmachtpolitik, der die Kunst des Friedensschlusses verlorengegangen ist.

[136] Ebenda, S. 204ff.
[137] Thayer, S. 14.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

ZUR ANSPRACHE HITLERS VOR DEN FÜHRERN DER WEHRMACHT AM 22. AUGUST 1939

Vorbemerkung

Zu der in Heft 2 des Jahrgangs 1968 dieser Zeitschrift veröffentlichten quellenkritischen Untersuchung von Winfried Baumgart zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht auf dem Obersalzberg am 22. August 1939 hat uns Herr Generaladmiral a.D. Hermann Boehm, seinerzeit Teilnehmer an der Zusammenkunft auf dem Obersalzberg und selbst Verfasser einer der vorliegenden Versionen der Rede Hitlers, kritische Bemerkungen übersandt. Sie werden im folgenden abgedruckt. Wir haben Winfried Baumgart Gelegenheit zu einer abschließenden Stellungnahme gegeben, für die er auch neue Zeugnisse zur strittigen Überlieferung von Hitlers Ansprache verwertet. *H. Kr.*

Der Artikel von Winfried Baumgart zu dem oben genannten Thema gibt mir den Anstoß, auch meinerseits mein Erleben bei dieser Ansprache selbst und bei ihrer Auswirkung im Nürnberger Prozeß darzulegen. (Die von mir weiterhin angeführten Seitenzahlen beziehen sich auf die Arbeit Dr. Baumgarts.)

Ein allgemeiner, aber besonderer Eindruck für mich war, bei dem Durcharbeiten der quellenkritischen Untersuchung Baumgarts zu beobachten, wie verschieden die Erinnerung von Männern, die zweifellos der geschichtlichen Forschung und Wahrheit dienen wollen, sein kann, was mich selbst zur Vorsicht in meiner Darstellung mahnt. Da allein schon für den äußeren Ablauf der Ansprache Hitlers die widersprechendsten Beschreibungen vorliegen, will ich zunächst meine eigene Beobachtung berichten.

Ich wurde am 20. August 1939 von Generaladmiral Albrecht, Marinegruppenbefehlshaber Ost, davon unterrichtet, daß wir, d.h. Albrecht selbst, ich als Flottenchef und der mir unterstellte Vizeadmiral Densch, Befehlshaber der Aufklärungsschiffe, laut eines Befehls aus Berlin von SKL (Seekriegsleitung) in Zivil nach München fliegen und uns am 22. August um 9 Uhr vor dem Verwaltungsgebäude der NSDAP am Königlichen Platz einfinden sollten. Wenn auch unwesentlich, sei hier bereits bemerkt, daß Albrecht sich irrt, wenn er Admiral Saalwächter als Teilnehmer an unserem Flug anführt (S. 148), was schon deswegen unwahrscheinlich ist, weil Saalwächter als Marinegruppenbefehlshaber West seinen Kommandostand bei Wilhelmshaven hatte. Albrechts Irrtum ist wohl durch das Zusammen-

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

treffen mit Saalwächter auf dem Berghof entstanden. In München wurden wir von dem Verbindungsoffizier der Marine beim Wehrkreiskommando VI empfangen, dieser ebenfalls in Zivil, der uns in einem Wagen ohne alle militärischen Kennzeichen nach dem Hotel „Vier Jahreszeiten" brachte, wo er mit dem Empfangschef einige Worte sprach, worauf wir ohne eine Eintragung in einen Meldeschein untergebracht wurden. Als wir am 22. August 9 Uhr an der befohlenen Stelle am Königlichen Platz eintrafen, fanden wir weder vor, noch in dem Gebäude irgendeine militärische Persönlichkeit. Dagegen trat ein junger Mann, ebenfalls in Zivil, an uns heran und wies sich dahingehend aus, daß „er uns zum Führer auf den Obersalzberg fahren solle". Dort versammelten sich etwa 40–50 Offiziere, alle in Zivil, Göring in einem phantastischen Jagdgewand, – Pumphose, blusenartiges weißes Hemd und grünes offenes Wams. Ich beschreibe diesen Auftakt zu der Ansprache Hitlers so ausführlich, weil selbst hierüber verschiedene Darstellungen gegeben werden. Während ich aus den Vorgängen den Schluß auf eine möglichste Geheimhaltungsabsicht zog, sagte der Generaloberst Halder (S. 144, Fußnote 97) im OKW-Prozeß aus, daß die Teilnehmer in voller Uniform und in einer fast ununterbrochenen Kolonne nach dem Berghof fuhren, um eine absichtlich ostentativ herausgestellte Versammlung im Nervenkrieg gegen Polen zu demonstrieren. Ohne Zweifel ein Irrtum und eine Verwechslung mit einer früheren Versammlung. Meine Darstellung wird von General Liebmann (S. 144) bestätigt, ebenso von Albrecht (S. 148).

In dem Arbeitszimmer Hitlers, das ich als einen länglichen Saal bezeichnen möchte, waren an Möbeln nur ein Flügel mit einer Büste Wagners daneben und ein Tisch unmittelbar unter dem großen Fenster mit seinem großartigen Ausblick auf die Bergwelt vorhanden. Senkrecht zum Fenster im offenen Raum waren zwei Reihen Stühle für die Teilnehmer aufgestellt.

Hitler erschien als einziger in der bekannten Uniform der Partei. Es ist ein Irrtum, daß Ribbentrop bei der Ansprache zugegen war (Liebmann S. 143, Albrecht S. 149). Richtig ist, daß der Außenminister erst während der Ansprache kurz, nur wenige Minuten, in den Vortragsraum kam, um sich für den Flug nach Moskau bei Hitler abzumelden, wie auch Rundtstedt in Nürnberg ausgesagt und Ribbentrop selbst behauptet hat (S. 143, Fußnote 96).

Bestimmt nicht richtig ist ferner die Behauptung, daß den Teilnehmern auf ausdrückliche Anweisung Hitlers ein Mitschreiben untersagt war (Baumgart S. 120, der Greiner und Gisevius in Fußnote 2 als Quelle anführt). Wenn Hitler einen solchen Befehl ausgesprochen hätte, so hätte ich ihn selbstverständlich befolgt. Ich habe mich in die 2. Reihe der Stühle gesetzt, hinter einen breitschultrigen Vordermann, um ungesehen mitschreiben zu können und ein etwaiges Verbot Hitlers zu vermeiden, das bestimmt nicht erfolgt ist. Auf welche Grundlage Greiner und Gisevius ihre Angaben stützen, weiß ich nicht.

Irreführend ist der Ausdruck, daß Hitler zwei Ansprachen gehalten hat (S. 140). Ich möchte die Rede Hitlers als *eine* Ansprache in zwei Teilen bezeichnen, die durch ein einfaches Frühstück (Halder und Albrecht S. 136, Fußnote 67) unter-

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

brochen wurde. Der Bericht von Gisevius (S. 127) über ein „opulentes Mahl mit Kaviar" kann als tendenziös übergangen werden.

Von Interesse für den Ablauf des Tages ist noch die Frage, ob nach der Ansprache Hitlers militärische Einzelheiten in kleinerem Kreise erörtert worden sind (S. 132). Wenn in meinen Aufzeichnungen eine Ankündigung durch Hitler dafür auch nicht vorhanden ist, so halte ich einen solchen Vorgang für durchaus wahrscheinlich, da – außer der Bestätigung durch Warlimont (S. 133) – auch Raeder in seinem Buch „Mein Leben", II, S. 166, schreibt, daß er „nach dieser Ansprache zu Hitler gegangen sei, um ihn zu warnen".

Nach Beschreibung des äußeren Ablaufs des 22. August 1939 will ich, der quellenkritischen Untersuchung Baumgarts folgend, meinen Beitrag vom Standpunkt des Nicht-Historikers geben:

1. Da ist unter den drei in Nürnberg vorgelegten Versionen der Ansprache die Aufzeichnung des amerikanischen Journalisten Lochner zu nennen, jene blutrünstige und unwahre Darstellung, die Lochner spätestens am 25. August der britischen Botschaft in Berlin übergab und ebenso im Nürnberger Prozeß der Anklagevertretung einreichte (S. 121). Die britische Botschaft gab dieses „Dokument" selbstverständlich sofort nach London weiter, – die Anklagevertretung im Nürnberger Prozeß legte es dem Gericht selbst nicht vor, offenbar, weil die Unglaubwürdigkeit der einzelnen Angaben augenfällig war, und weil, wie der Anklagevertreter Alderman am 26. November 1945 in seinen Ausführungen (IMT Bd. II, S. 320–327) sagte, „der amerikanische Journalist dieses Dokument durch eine dritte Person erhalten haben soll". Der Gang dieses sogenannten Prozeßdokuments L-003 durch verschiedene Hände ist von Baumgart eingehend erörtert (S. 121/122). Wenn er auch ausführt (S. 121), daß uns nicht überliefert ist, auf welchen Autor die Schrift Lochners zurückgeht, so schreibt er doch (S. 139), daß die gewonnenen Gründe „den Verfasser im Kreise der Abwehr suchen lassen", ferner: da Canaris selbst „sie wohl kaum selbst redigiert haben dürfte, so könnte man an Oster oder eine andere dem dem deutschen Widerstand nahestehende Person als ihren ‚Redakteur' denken". Mir erscheint diese Vermutung im Hinblick auf die weitere Tätigkeit Osters naheliegend, – sie ist, falls sie sich als zutreffend erwiese, erschütternd, da das Pamphlet Lochners, das bei Beginn des Nürnberger Prozesses in Rundfunk und Presse veröffentlicht wurde, nicht nur Hitler, sondern vor allem die Spitzen der gesamten Wehrmacht, die diese angebliche Rede angehört haben sollen, diffamierte, – abgesehen davon, daß der Gedanke, durch Auslieferung dieses Schriftstückes an England den Krieg verhindern zu können, m.E. völlig abwegig war.
2. Die Beurteilung des Ursprunges der Dokumente 798-PS und 1014-PS aus OKW-Akten über die Rede Hitlers, – Dokumente, die auch m.E. als Einheit angesehen werden können, jedoch weder Datum noch Unterschrift tragen und, um dies vorauszunehmen, von Dr. Baumgart als Urheber Canaris zugeschrieben werden, – ist schwierig. Es erhebt sich zunächst die Frage, ob

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Canaris, der mit eigentlichen Führungsaufgaben nichts zu tun hatte, überhaupt an der Ansprache teilnahm, wenn auch Warlimont dies schreibt, freilich erst im Jahre 1966 (S. 128, Fußnoten 44 und 45). Auch die Angabe von Gisevius, Canaris habe sich „in einer verborgenen Ecke" niedergelassen, ist, worin ich Baumgart voll zustimme (S. 127), „mit Vorsicht zu verwenden". Es gab bei den frei im Raum stehenden Stühlen gar keine solche Ecke. Man beachte aber auch die Art des Versammelns der Teilnehmer. Selbstverständlich haben wir uns untereinander mit Bekannten begrüßt, und ich hätte bei dieser Gelegenheit oder bei dem Frühstück auf der Terrasse in der Mittagspause den charakteristischen Kopf von Canaris doch wohl erblicken müssen.

Ich bin daher überzeugt, daß Canaris nicht anwesend war, wenn ich dies auch nicht unter Eid bezeugen könnte. Nun haben aber ohne Zweifel einmal stenographische Notizen von Canaris bestanden, – fraglich ist dagegen, wann er sie angefertigt hat. Fest steht nach den Angaben von Greiner, Führer des Kriegstagebuches des OKW, daß ihm noch am Abend des 22. August der damalige Oberst Warlimont unmittelbar nach seiner Rückkehr vom Berghof nach Berlin Hitlers Ansprache mündlich und ausführlich rekapituliert hat, worüber er, Greiner, sich Aufzeichnungen machte (S. 125). Ist es nicht denkbar, ja höchst wahrscheinlich, daß Canaris, – falls er auf dem Berghof nicht anwesend war, – ebenso prompt wie Greiner durch Warlimont, – von einem seiner Freunde des Widerstandes, der bei Hitlers Ansprache anwesend war, unterrichtet wurde, wovon er sich stenographische Aufzeichnungen machte, um diese am 23. August zu Greiner zu bringen, der die Niederschrift nach dem mündlichen Diktat Warlimonts mit den Notizen von Canaris verglich und sie danach ergänzte (S. 132, Fußnote 51)? Sollte ich mich aber irren, und Canaris der Ansprache Hitlers doch beigewohnt haben, so erheben sich Fragen von Bedeutung: Mußte nicht Canaris seine Aufzeichnungen, die er Greiner zur Auswertung übergab, wegen ihrer historischen Bedeutung verantwortlich mit seiner Unterschrift beglaubigen? Mußte nicht Greiner, wenn die Unterschrift von Canaris fehlte, er selbst aber die Blätter den OKW-Akten einverleibte, einen Vermerk über den Urheber der Schrift auf dieser machen, und ist nicht anzunehmen, daß Greiner im Bewußtsein seiner geschichtlichen Verantwortung dies getan hätte? Beides ist nicht geschehen, – die wesentlichste Stütze für die versuchte Beweisführung Baumgarts fehlt! Die Überlegungen Baumgarts, ob Greiner sich mehr auf die Unterlagen Warlimonts oder die von Canaris bei Eintragung in das Kriegstagebuch gestützt hat, sind bei meiner Untersuchung ohne Bedeutung. Dagegen ist wichtig: „Seine (Canaris) stenographischen Notizen sind offenbar nicht mehr erhalten" (S. 126), – mit anderen Worten: sie liegen nicht vor. Obwohl Baumgart zunächst nur davon spricht, daß „alle Vermutungen auf Canaris deuten" (S. 128), steigert er sich abschließend in den „Hauptergebnissen" seiner Arbeit zu dem Schluß, „daß jene ‚Aufzeichnung ohne Unterschrift' von Admiral Canaris stammt. Dadurch konnten die bisher vielfach (Siemers, Boehm, Seraphim) geäußerten Zweifel

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

am Wert dieser Quelle aus dem Wege geräumt werden. Da sie die einzig bekannte unmittelbare Mitschrift von Hitlers Ansprache ist, gebührt ihr der Vorrang vor allen anderen Versionen" (S. 140).

Meine Beurteilung dieser Frage ist: Da ein Vergleich der Dokumente 798-PS und 1014-PS mit stenographischen Aufzeichnungen von Canaris nicht möglich ist, weil diese einfach fehlen, ist ein historischer Beweis, daß diese genannten ‚Dokumente ohne Unterschrift' von Canaris stammen, nicht erbracht, – so viele Deduktionen Dr. Baumgart dafür auch durchführt.

3. Diesen Deduktionen setze ich meine, dem IMT bereits im Prozeß vorgelegten, durch Eid bekräftigten Dokumente entgegen. Ich habe als einstiger Flottenchef an der Ansprache Hitlers am 22. August 1939 teilgenommen, wie erwähnt. Ein offizielles Protokoll wurde nicht geführt, jedoch habe ich die Rede in Stichworten, das Wichtigste im Wortlaut mitgeschrieben. Wenige Stunden später, am gleichen Tage, habe ich meine Aufzeichnungen noch einmal handschriftlich zu Papier gebracht; meine Handschrift ist nachweisbar. Da ich weder „hitlerhörig" noch Widerstandskämpfer war, erfolgten meine Aufzeichnungen und die folgende ausführliche Niederschrift rein sachlich entsprechend den Ausführungen Hitlers. Ich habe daher auch für ihn Belastendes aufgenommen, so den Satz: „Die Auslösung des Konfliktes wird durch eine geeignete Propaganda erfolgen. Die Glaubwürdigkeit ist dabei gleichgültig, im Sieg liegt das Recht." Ich war mir auch bereits am 22. August über die Absicht völliger Geheimhaltung der Rede Hitlers klar und habe meine Aufzeichnungen lediglich für meine persönlichen Papiere vorgenommen, – die spätere Bedeutung in einem Prozeß war ja auch in keiner Weise vorauszusehen. Eine Kenntnis von meiner Schrift habe ich nur meinem damaligen Chef des Stabes gegeben.

Bei Beginn des Nürnberger Prozesses hörte ich am 26. November 1945 durch das Radio eine angebliche, völlig unwahre Wiedergabe der Rede Hitlers vom 22. August 1939, von der ich damals nicht wußte, von wem sie stammte. Ich stellte fest, daß die gleiche Rede in der deutschen und englischen Presse veröffentlicht war, und stellte mich daraufhin dem IMT als Zeuge zur Verfügung, indem ich meine Niederschrift über den Verteidiger Großadmirals Raeder, Rechtsanwalt Siemers, dem Gericht vorlegen ließ. Sie ist in dem offiziellen Prozeßbericht des IMT, Bd. 41, S. 16ff. als „Raeder Exhibit 27" aufgenommen. Durch Beschluß des Gerichtes vom 9. März 1946 wurde ich als Zeuge zugelassen.

Als ich im Mai 1946 nach Nürnberg kommen sollte, erbat und erhielt ich (wegen schwerer Erkrankung meiner Frau) vom Gericht die Erlaubnis, in Hamburg beim englischen Militärkommando vernommen zu werden, wohin der Verteidiger Raeders mit den Dokumenten 789-PS und 1014-PS und einem Fragebogen dazu von Sir Maxwell Fife durch das Gericht entsandt worden war. Die an mich gestellten Fragen habe ich in einem Affidavit vom 12. Juni

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1946 beantwortet, meine Antworten beeidigt. Mein Affidavit wurde von Dr. Siemers als „Raeder Exhibit 129" dem Gericht eingereicht.

Ich greife aus meinem Affidavit zwei, die einstigen Wehrmachtsführer besonders belastende angebliche Aussprüche Hitlers heraus:

a) „Ich habe nur Angst, daß mir im letzten Moment ein Schweinehund einen Vermittlungsvorschlag macht."

Ich habe den Satz als „glatte Erfindung" bezeichnet. Er findet sich auch nicht in dem Tagebuch Halders oder in dem von Greiner geführten Kriegstagebuch (S. 134). Von anderen Teilnehmern, darunter besonders Feldmarschall v. Manstein, wird diese berüchtigte und oft zitierte Wendung mit Entschiedenheit bestritten (S. 133, Fußnote 59)[1]. Nur General Liebmann, der erst im November 1939 aus dem Gedächtnis private Aufzeichnungen gemacht hat, aus denen ich bereits Irrtümer nachgewiesen habe, bringt eine ähnliche Version mit dem Ausdruck „Kerl" (S. 146).

b) „Vernichtung Polens im Vordergrunde. Ziel ist Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie."

Meine Antwort: „Es ist nie von der Vernichtung Polens oder der Beseitigung der lebendigen Kräfte des polnischen Volkes gesprochen worden, sondern stets nur von dem Zerbrechen der *militärischen* Kräfte." Meine Aussage wird durch eine Eintragung von Feldmarschall Bock in seinem Tagebuch über die Rede Hitlers bestätigt: „Die militärischen Operationen seien . . . zu führen einzig und allein mit dem Ziel, die feindliche Wehrmacht zu vernichten." (S. 133, Fußnote 57.)

Zusammenfassend: Die Beurteilung, ob der in mühsamen Deduktionen von Dr. Baumgart gemachte Versuch, die in dem OKW-Archiv gefundenen, mit Schreibmaschine angefertigten, mit keiner Unterschrift versehenen Blätter als von Canaris stammend, oder ob meine mit Namen und Eid bekräftigten, im Nürnberger Prozeß vorgelegten Dokumente als geschichtliche Quellen den Vorrang haben, überlasse ich der weiteren historischen Forschung.

Dr. Baumgart erörtert auch die Frage, welchen Eindruck die Ansprache Hitlers auf die Anwesenden gemacht habe (S. 146/147, Fußnote 101). Für meine Person war sie die Bestätigung für die Überzeugung, die ich seit der Kündigung des deutsch-englischen Flottenvertrages durch Hitler am 28. April 1939 hatte, nämlich daß wir einem Kriege mit England entgegengingen. Ich nahm schon bei einem Besuche Raeders an Bord meines Flaggschiffes im Mai 1939 die Gelegenheit zu einer Unterredung mit ihm wahr, wobei ich auf die wachsende Kriegsgefahr hinwies und die Frage stellte, ob er Hitler die Bedeutung von Seemacht klargemacht und ihm dargestellt habe, daß die deutsche Flotte in keiner Weise für einen Krieg mit England stark genug und bereit sei. Raeder erwiderte, daß er dies nicht einmal, sondern öfter getan hätte, und schloß: „Jeder meiner Vorträge beim Führer endet

[1] Sie ist wiederum in dem Buche von Klaus Mehnert, Der deutsche Standort, Stuttgart 1967, S. 69, als Tatsache hingestellt.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit den Worten: Wir dürfen keinen Krieg mit England bekommen. Sonst kann die Marine nichts anderes tun als in Schönheit sterben." Wenn ich auch das Wort „Schönheit" als unangebracht empfand, konnte ich doch nur sagen, daß ein Oberbefehlshaber seine Sorge nicht stärker ausdrücken konnte. (Ich verweise hierbei auf mein Buch „Norwegen zwischen England und Deutschland", Klosterhaus-Verlag 1956, S. 36. Raeder hatte nach seiner Freilassung aus Spandau das Manuskript meines Buches gelesen und uneingeschränkt gebilligt. Ein Brief hierüber befindet sich in meinem Besitz[2].) Daß Raeder nach der Ansprache zu Hitler ging, um nochmals zu warnen, beweist die gleiche Beurteilung, die ich hatte, nämlich daß nach aller geschichtlichen Erfahrung England entsprechend seinem Grundsatz „balance of power" in Europa einen Machtzuwachs Deutschlands durch einen Sieg über Polen nicht hinnehmen würde. Ich war überzeugt, daß Hitler die Mentalität Englands völlig verkannte.

Einen anderen Eindruck hatte offenbar der Chef des Stabes von SKL, Admiral Schniewind. Dieser hielt wenige Tage nach dem 22. August in kleinem Kreise vor Vertretern der obersten Kommandos – an die Mitglieder kann ich mich nicht erinnern – in Kiel einen Vortrag über die politische Lage und die Absicht Hitlers zum Kriege mit Polen. Dabei fiel der Satz: „In SKL rechnet man nicht mit einem Eingreifen Englands!" Die Hand erhebend unterbrach ich ihn mit den Worten: „Ich rechne damit!" Ich erhielt die spitze Antwort: „In Berlin dürfte man wohl besser unterrichtet sein als an der Front." Ich darauf: „Ich bin dennoch überzeugt davon." Ich gab meiner Überzeugung auch Raeder gegenüber Ausdruck, indem ich, der ich nicht an dem Polenkrieg teilnahm, sondern die „Sicherung" in der Nordsee als Auftrag erhielt, eine Verstärkung der wenigen mir zugeteilten Streitkräfte im Hinblick auf England beantragte. Eine Unterlage darüber habe ich nicht mehr.

Abschließend der Auszug aus einem Briefe, den mir Rechtsanwalt Siemers nach Abschluß des Nürnberger Prozesses schrieb: „. . . Ihre Aufzeichnung ist vom Gericht im Urteil authentisch zugrundegelegt, wenn das Gericht auch meint, daß auch die beiden anderen Aufzeichnungen einen Beweiswert haben, weil sie sich in einigen Punkten mit Ihrer Aufzeichnung decken. . . . Entscheidend ist aber . . ., daß die Haltung der Offiziere verständlich gemacht wird, die diese Rede hörten. Dazu aber war Ihre Aufzeichnung und Ihre Mitarbeit von unschätzbarem Wert, denn sie beweisen, daß diejenigen Sätze, die für die militärische Führung besonders bedenklich sein könnten, nicht gesprochen worden sind, und das wird für eine spätere geschichtliche Auswertung des Prozesses wesentlich sein."

Hermann Boehm

---

[2] Den Brief Raeders über mein Buch habe ich inzwischen an das Bundesarchiv/Militärarchiv, Freiburg/Br., abgegeben.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erwiderung

Es ist erfreulich, daß einer der Zeugen der Ansprache Hitlers vor den Wehrmachtsführern am 22. August 1939 sich zu meiner Untersuchung[1] kritisch geäußert hat; erfreulich auch, daß er aus der Art meiner Erörterungen den Schluß gezogen hat, sich seinerseits in seiner Stellungnahme größter Behutsamkeit zu bedienen. Die Auseinandersetzung, auch wenn sie in dem einen oder anderen Punkt um heikle Dinge geht, bleibt daher sachlich und ist von dem beiderseitigen Bemühen getragen, nur der Sache der historischen Wahrheit zu dienen. Generaladmiral Boehm trägt seine Stellungnahme in zwei Teilen vor: im ersten geht es um den äußeren Verlauf des Vorgangs vom 22. August 1939 auf dem Obersalzberg, im zweiten um einige inhaltliche Aussagen Hitlers und den Wert der Quellen, die sie wiedergeben.

Den ersten Teil betreffend bestehen zwischen mir und Generaladmiral Boehm keine unvereinbaren Differenzen. Ich darf dazu nur bemerken, daß der Albrecht zugeschriebene „Irrtum"[2] auf einem Mißverständnis beruht: Albrecht spricht in seiner Aufzeichnung[3] von Saalwächter nicht als von einem Teilnehmer am Flug, sondern als von einem Anwesenden beim Zusammentreffen vor dem Verwaltungsgebäude am Königlichen Platz. Zum zweiten Teil habe ich folgende Bemerkung zu machen: Bei der Abfassung meines Aufsatzes war mir die Existenz des nunmehr veröffentlichten Tagebuchs des damaligen Oberstleutnants Groscurth[4] nicht bekannt. Mit den entsprechenden Tagebuchstellen liegt nun eine weitere Quelle über die Ansprache Hitlers vor, mit deren Hilfe die Klärung mehr oder minder offengebliebener Fragen ein gutes Stück vorangebracht werden kann. Ich betrachte es nicht eigentlich als persönlichen Glücksfall, sondern als markantes Beispiel für die Brauchbarkeit der historischen Methode bei der Rekonstruktion eines historischen Vorgangs, für den die Idealquelle (hier der Wortlaut der Hitler-Rede) fehlt, daß eines meiner auf vielerlei Neben- und Umwegen gewonnenen Ergebnisse, die Verifizierung der Autorschaft von Dokument 798-PS und 1014-PS durch eine unscheinbare Notiz im Groscurth-Tagebuch – ich will nicht sagen, mit einem Schlag unumstößlich bestätigt, aber doch ganz wesentlich erhärtet wird.

Generaladmiral Boehm ist nach wie vor überzeugt, daß Admiral Canaris bei der Ansprache Hitlers nicht zugegen war und daher Dokument 798-PS und 1014-PS keine *Mitschrift* Canaris' sein kann. Die Autorschaft Canaris' bestreitet er nicht mehr[5]. Seine Erklärung für die Entstehung von Dokument 798-PS und 1014-PS

[1] Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939, Eine quellenkritische Untersuchung, in dieser Zeitschrift 16 (1968) S. 120–149.

[2] Vgl. oben, S. 294.

[3] Baumgart, Zur Ansprache Hitlers, S. 148.

[4] Helmuth Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940, hrsg. von Helmut Krausnick u. Harold C. Deutsch (= Quellen u. Darstellungen zur Zeitgeschichte 19), Stuttgart 1970.

[5] Vgl. oben, S. 297f. – Ich danke bei der Gelegenheit Herrn Wilhelm Saekel für seine Berichtigung (Zuschrift vom 26. Mai 1968), daß es sich in meinem Aufsatz (Baumgart, Zur

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(Unterrichtung Canaris' durch einen während der Ansprache anwesenden Gesinnungsfreund und darauf fußende stenographische Niederschrift) ist logisch nicht abwegig, daher nicht unmöglich, wegen des von mir erörterten Abhängigkeitsverhältnisses[6] der Greiner-Aufzeichnungen von Dokument 798-PS und 1014-PS indes nicht sehr wahrscheinlich. Aus dem Groscurth-Tagebuch geht nun hervor[7], daß Canaris an der Ansprache doch teilgenommen hat: „Chef [= Canaris] zeigte mir 2 Stunden lang seine Tagebücher und die Rede des Führers an die Oberbefehlshaber, *die er allein in Stichworten mitgeschrieben hat.*"

Zu den beiden Einwänden Generaladmiral Boehms für den Fall, daß Canaris doch teilgenommen habe[8], ist zu sagen, daß eine Notwendigkeit zur Beglaubigung nicht bestanden hat, da die Bitte Greiners um Einsichtnahme in Canaris' Aufzeichnungen oder Canaris' Anerbieten an Greiner, seine Aufzeichnung für das amtliche Kriegstagebuch zu verwenden, keine (notwendige) amtliche Handlung, sondern eine private (Vertrauens-) Geste gewesen sein dürfte. Daß Greiner „die Blätter den OKW-Akten einverleibt hat", ist nirgends bezeugt, darf also nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden. Das Wann, Wie und Warum der Zuführung der Canaris-Aufzeichnungen in die OKW-Akten ist unbekannt. Darauf also moralische Deduktionen zu stützten ist Spekulation, nicht Beweisführung.

Weitere Stellen im Groscurth-Tagebuch stützen meine These von Canaris als Verfasser von Dokument 798-PS und 1014-PS. Groscurth gibt einen Passus aus der Canaris-Aufzeichnung (= Tagebuch) wieder, den er sogar als wörtliche Übernahme kennzeichnet[9]: „Beide [Hitler und Mussolini] könnten aber ‚täglich und stündlich durch einen Verbrecher oder Idioten umgelegt werden'." In der Canaris-Aufzeichnung (= Dokument 798-PS) lautet dieser Passus: „Ich kann aber jederzeit von einem Verbrecher, von einem Idioten beseitigt werden." Keine wortwörtliche[10], aber doch frappierende Übereinstimmung, die im übrigen den Jargon, in dem Hitler seine Rede vortrug, kennzeichnet. Eine der folgenden Stellen im Groscurth-Tagebuch kann als Antwort auf einen weiteren Einwand Generaladmiral Boehms herangezogen werden. Boehm weist erneut auf sein Affidavit von 1946 hin[11], das bezeugen soll, daß Hitler nicht von der „Beseitigung der lebendigen Kräfte" Polens, sondern nur vom Zerschlagen der polnischen Wehrmacht gespro-

---

Ansprache Hitlers, S. 122) nicht um „Saalfelden (Tirol)", sondern um „Saalfelden (Salzburg)" handelt.

[6] Baumgart, Zur Ansprache Hitlers S. 129–132.

[7] S. 179. Die Hervorhebung im folgenden von mir.

[8] Vgl. oben, S. 297.

[9] Groscurth-Tagebuch S. 180. Sämtliche folgenden Zitate ebenda bzw. S. 179.

[10] Die nichtwörtliche Übereinstimmung könnte darauf hindeuten, daß die Canaris-Aufzeichnung – im strengen Sinne des Wortes – keine Mitschrift der Hitler-Ansprache ist, sondern eine leicht redigierte Abschrift der Tagebuch-Aufzeichnungen Canaris'. Ein solcher Schluß ist jedoch nicht zwingend. Die Kennzeichnung als Zitat im Groscurth-Tagebuch *muß* nicht wörtliche Übernahme aus dem Canaris-Tagebuch bedeuten; sie *kann* auch Gedächtnis-Wiedergabe eines als besonders markant und „merk-würdig" empfundenen Passus sein.

[11] Vgl. oben, S. 298 f.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen habe. Groscurth, der die Canaris-Aufzeichnung in indirekter Rede wiedergibt, schreibt dazu: „Der Krieg würde bis zur völligen Vernichtung Polens geführt mit größter Brutalität und ohne Rücksichten. Nicht Land sei zu besetzen, sondern die Kräfte seien zu vernichten." Für diesen schwerwiegenden Passus liegt also weitgehende inhaltliche Übereinstimmung mit Dokument 798-PS und 1014-PS, nicht mit Dokument Raeder-27 und dem Affidavit Boehms vor. Wenn Generaladmiral Boehm und Generalfeldmarschall von Bock vom Zerbrechen der *militärischen* Kräfte schreiben, ist das natürlich kein *Beweis*, daß Hitler so gesprochen hat, sondern ein *Hinweis*, daß ein entsprechender Satz Hitlers von Boehm und Bock so aufgefaßt worden ist.

Über den von Generaladmiral Boehm in seinem Affidavit und jetzt erneut beanstandeten[12] Ausdruck „Schweinehund" bringt das Groscurth-Tagebuch keine neuen Aufschlüsse. Ich wiederhole jedoch, daß es hier nicht um das Wort „Schweinehund" geht, sondern um die Frage, ob Hitler Vermittlungsvorschläge gefürchtet und dieser Sorge in seiner Ansprache in irgendeiner Form Ausdruck verliehen hat. Die Sorge vor Vermittlung in seinen Aktionen nach München ist mehrfach belegt[13], und dem *Sinn* nach hat Hitler, wie die Canaris-Aufzeichnung bezeugt, einen solchen Ausspruch getan.

Was schließlich die Bemerkung Generaladmiral Boehms angeht, die Vermutung, Oster sei der Autor des berüchtigten Lochner-Dokumentes L-003, sei, falls sie zutreffe, „erschütternd"[14], so wird hierdurch die Diskussion in einen anderen Bereich geführt: sie überschreitet die Grenzen der reinen Quellenkritik und reicht in das Gebiet ethischer Entscheidungen hinein. Die Mitwisserschaft der Wehrmachtführung hinsichtlich des geplanten gewissenlosen Angriffskrieges (alle bekannten Versionen, auch diejenige Boehms, bringen Hitlers Ausspruch, er werde den Kriegsanlaß fabrizieren, später in der Geschichte frage niemand nach den Gründen; die meisten Versionen, nicht diejenige Boehms, sprechen vom Vernichten der „lebendigen Kräfte" Polens) – diese Mitwisserschaft ist unbestreitbar. Jeder der Zuhörer wird sie mehr oder minder tief empfunden haben, Canaris jedenfalls hat sie und die verbrecherischen Pläne Hitlers, in die er von Amts wegen noch besser eingeweiht war als die übrigen Teilnehmer, sehr tief empfunden, wie eine von Groscurth festgehaltene Stelle aus dem Canaris-Tagebuch jetzt bezeugt: „Es fehlt jede sittliche Grundlage." Das ist Canaris' eigener Kommentar zur Hitler-Rede, dem Groscurths eigene Empörung nach Kenntnisnahme der Hitler-Rede entspricht: „Man ist erschlagen." Eine stille Anklage Canaris' gegen die Apathie oder doch das Ohnmachtbekenntnis der Wehrmachtspitzen ist auch die folgende Eintragung im Groscurth-Tagebuch: „Der Kriegsgrund wird durch 150 Häftlinge aus den Konzentrationslagern hergestellt, die in polnische Uniform gesteckt sind und geopfert werden! Das macht Heydrich. W[ilhelm] C[anaris] hat alles versucht, das

[12] Ebenda.
[13] Vgl. Baumgart, Zur Ansprache Hitlers, S. 134 Anm. 60 und 61.
[14] Vgl. oben, S. 296.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu verhindern, völlige Ablehnung des Heeres usw. Es heißt in dem Tagebuch: ‚Die Chefs haben sich durch eigene Schuld jedes Einflusses beraubt.' Und am 15. 8.: ‚ObdH kommt beim Führervortrag gar nicht zu Wort.'"

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Forschung nach Bekanntwerden des Groscurth-Tagebuches an meinem Ergebnis, daß Canaris der Autor von Dokument 798-PS und 1014-PS sei, mehr denn je festzuhalten Anlaß hat. Herr Generaladmiral Boehm wird mir zustimmen, daß seiner eigenen heute nicht mehr existierenden Mitschrift der Hitler-Ansprache, die er als Grundlage für seine kurz darauf angefertigte „folgende ausführliche Niederschrift" [= Dokument Raeder-27] benutzt hat, quellenkritisch der Vorzug vor seiner Nachschrift zu geben wäre. Analog ist die Mitschrift Canaris' als das authentischste Zeugnis der Hitler-Ansprache zu werten.

Winfried Baumgart

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

LORD KEMSLEYS GESPRÄCH MIT HITLER ENDE JULI 1939*

Einleitung

Nach dem eklatanten Bruch des Münchener Abkommens durch den Einmarsch deutscher Truppen in Prag war der politische Klimawechsel im Ausland besonders in der britischen Presse zum Ausdruck gekommen. Mehr als zuvor stand jetzt die britische Regierung unter dem Druck der über Hitlers Hinterhältigkeit empörten öffentlichen Meinung. So ist es nicht verwunderlich, daß ein Reporter des „News Chronicle" in Berlin mit einem alarmierenden Bericht entscheidend zur Garantieerklärung der britischen Regierung für Polen beitragen konnte[1]. Zugleich war man jedoch im Foreign Office über den auf beiden Seiten immer heftiger geführten Pressekrieg ernstlich besorgt, wollte man doch nicht die um glaubwürdige Entschlossenheit bemühte Eindämmungsstrategie gegenüber einem vor nichts haltmachenden Diktator als systematische Einkreisungspolitik hingestellt wissen, die es jenem erlauben würde, sich die dadurch herbeigeführte Kriegspsychose zunutze zu machen. Infolgedessen pflichtete Lord Halifax im Mai 1939 dem deutschen Botschafter in London bei, daß ein Waffenstillstand auf dem Gebiet der Presse in Anbetracht der schädlichen Wirkungen durchaus wünschenswert sei[2]. Freilich vermochte er als Außenminister eines demokratisch regierten Landes nicht wie sein deutscher Verhandlungspartner die bindende Versicherung abzugeben, diese Abmachung „100%" garantieren zu können. Hitler hatte erst kürzlich in einem Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Gafencu seine friedlichen Absichten beteuert und sich in diesem Zusammenhang über die „Panikpropaganda der angelsächsischen Länder" beklagt[3]. Auch andere Äußerungen aus dieser Zeit belegen, welches Mißfallen der warnende Ton der englischen Presse in nationalsozialistischen Führungskreisen erregte[4].

---

* Diese Dokumentation ist ein erstes Ergebnis der Arbeiten des "Britisch-deutschen Historikerkreis e. V.". Dieser Kreis, dem Wissenschaftler aus beiden Ländern angehören, hat sich die intensive Erforschung der gegenseitigen Beziehungen durch die Jahrhunderte zur Aufgabe gesetzt. — Der Abdruck der dem Crown-copyright unterliegenden Dokumente im Public Record Office erfolgt mit Erlaubnis des Controller of H.M. Stationary Office.

[1] Vgl. Ian Colvin, The Chamberlain Cabinet, London 1971, S. 194f.

[2] Documents on British Foreign Policy. 1919–1939, hrsg. v. E. L. Woodward, 3. Serie (= DBFP), Bd. 5, Nr. 560. Der Kommentar Vansittarts, Chief Diplomatic Adviser to the Foreign Secretary, lautete: "Such talk was very widespread last year, and I would think it a pity to give it any ground for revival, when prospects of advantage were as thin as seems to me to be the case in this instance.", Public Record Office (= PRO) F.O. 371/22989 – C 7387.

[3] Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (=ADAP), 1918–1945, Serie D, Bd IV, Nr. 234.

[4] Vgl. u.a. Hitlers Gespräch mit Burckhardt am 11. 8. 1939 (DBFP 6, S. 691); Görings

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Da die diplomatischen Verhandlungen für eine Beendigung des seit 1937 geführten Pressekrieges zu keinem für die deutsche Seite befriedigenden Ergebnis führten und sich die Engländer auch nicht durch Pressionen wie etwa die Ausweisung von Journalisten zu einer „Zügelung" ihrer Presse bereitfanden, suchte der deutsche Reichspressechef Otto Dietrich eine Verständigung auf direktem Wege herbeizuführen, indem er den Austausch von Zeitungsartikeln vorschlug. Ob er sich mit diesem Angebot außer an Lord Kemsley auch an andere britische Presselords wandte, etwa an Lord Rothermere, der zeitweise Mosleys „Schwarzhemden" als antikommunistische Schutztruppe unterstützt hatte, oder Lord Beaverbrook, dessen „Daily Express" die Polengarantie der Regierung angegriffen hatte, ist aus den vorliegenden Dokumenten nicht ersichtlich[5]. Fest steht nur, daß er sich bei der amerikanischen Presse, die sich in ihrer Berichterstattung über Deutschland mehr noch von den inneren Zuständen angewidert als von den außenpolitischen Gefahren bedroht fühlte, eine Abfuhr holte. Daß Dietrich in Lord Kemsley einen willigen Gesprächspartner fand, hing nicht nur mit jener Art inkommensurabler Selbsteinschätzung zusammen, welche sich allzu gern vom tête-à-tête der Mächtigen eine leichte Lösung harter Interessenkonflikte verspricht – die „Times" nannte ihn in ihrem Nachruf „a stern, unbending autocrat"[6]. Es war in erster Linie Kemsleys „Gefolgschaftstreue" gegenüber Chamberlain sowie seine bisherige Pressepolitik, welche ihn in den Augen des Reichspressechefs als idealen Gesprächspartner erscheinen lassen mußte. Zusammen mit seinem Bruder Lord Camrose hatte er ein gewaltiges Presseimperium aufgebaut. Auch wenn die Brüder 1937 ihren Herrschaftsbereich teilten, war damit doch nicht gleichzeitig das politische Gewicht der beiden Konzernteile halbiert worden. Der Leitartikler Herbert Sidebotham schrieb weiterhin für die Zeitungen beider Presselords[7]. Seine brillanten Artikel verschafften ihm eine aufmerksame Leserschaft in einflußreichen Kreisen, nicht zuletzt deshalb, weil sie von einer dem puren Staatsinteresse verpflichteten Analyse der internationalen Verhältnisse ausgingen und bis zur Wetterwende von Prag die tonangebende Interpretation einer konsequenten Appeasementpolitik lieferten[8]. Sein

Gespräche mit Dahlerus am 24. 7. 1939 (DBFP 6, S. 751) und mit Runciman jr. am 12. 8. 1939 (DBFP 7, S. 548); Ribbentrops Gespräch mit Tennant (James Douglas-Hamilton, Ribbentrop and War, in: Journal of Contemporary History 5 (1970), H. 4, S. 45–63).

[5] Dazu und zum Folgenden PRO, Premier 1/352.

[6] The Times v. 7. 2. 1968.

[7] Herbert Sidebotham schrieb als „Scrutator" für die Sunday Times (Auflage 1938: 270000), als „Candidus" für den Daily Sketch (1938: 850000) und als „Student of Politics" im Daily Telegraph (1938: 637000). Vgl. Report on the British Press, London 1938.

[8] Franklin A. Gannon kommt in seiner Dissertation (The British Press and Germany, 1936–1939, D. Phil. Oxford 1968), die in Kürze als Buch erscheint, zu dem Ergebnis: "In the lights of events, however, the Scrutator articles on Germany and Anglo-German relations seem examples of the most extreme kind of appeasement, ignoring not only the menacing external actions of the Nazi regime but also most of the internal politics and barbarism, which even most of the ardent appeasers found repugnant." (S. 56). – Verf. danken dem Autor für die Erlaubnis zur Einsichtnahme in die Arbeit, auf die sie freundlicherweise David Lewis Jones hingewiesen hat.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Chef Lord Kemsley tat alles in seiner Macht Stehende, um auch andere von ihm aufgekaufte Zeitungen in diesem Sinne „gleichzuschalten"[9]. Wenngleich auch seine Presse sich dem Umschwung der öffentlichen Meinung nach Prag nicht entziehen konnte, war Kemsley selbst jetzt noch bereit, in der ‚New York Herald Tribune' das Münchener Abkommen zu rechtfertigen[10].

Obschon Lord Kemsley keine Bedenken hatte, Dietrichs Einladung zu folgen, konnte ihm doch nicht daran gelegen sein, diesem Ereignis große Publizität zu verschaffen, zumal dann nicht, wenn er damit Hoffnungen auf eine erneute politische Annäherung zwischen Großbritannien und Deutschland verband. Das Itinerar seiner Reise, soweit es sich etwa in der ‚Times' widerspiegelt, enthält daher zwar die wichtigsten Fakten, ist aber jeweils nur auf wenige Zeilen in den Gesellschaftsspalten beschränkt, so daß sich der Leser keine Vorstellung von den wahren Vorgängen machen konnte und in dem Glauben gelassen wurde, als hätten die Wagnerfestspiele in Bayreuth im Vordergrund gestanden[11].

Vor Antritt seiner Reise hatte Lord Kemsley Sir Horace Wilson, den wichtigsten Berater des britischen Premiers, über die Kontaktaufnahme mit dem deutschen Pressechef informiert und sich über den Standpunkt der britischen Regierung unterrichten lassen. Mehr noch, Wilson konnte an Chamberlain berichten, daß Kemsley versprochen habe „to stick closely to the line"[12]. Im übrigen sollte die Mission höchst vertraulich behandelt werden. Zu diesem Zeitpunkt gehörten nur noch Lord Halifax und Sir Nevile Henderson zum Kreis der Eingeweihten.

Daß Kemsley gleich am 25. Juli, dem Tag seiner Ankunft, und nur wenige Stunden nach seinem Eintreffen in Berlin den britischen Botschafter aufsuchte, konnte auf deutscher Seite den Eindruck hervorrufen, er stehe in engem Einvernehmen mit der britischen Regierung und sei nicht nur in seiner Eigenschaft als Pressemagnat angereist. Ein genaues Besuchsprogramm stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest, da man auf Weisungen von oben wartete. Erst der Verlauf der Unterhaltungen beim Mittagessen, zu dem Reichsleiter Rosenberg eingeladen hatte, ließ eindeutig erkennen, daß man auch auf deutscher Seite daran interessiert war, die Gespräche über den bloßen Austausch von Zeitungsartikeln auszudehnen[13]. Es stellte sich nämlich heraus, daß die Verhandlungen mit Reichspressechef Dietrich, die den ursprünglichen Zweck der Reise bildeten, nicht in Berlin, sondern in Bayreuth im Hause des Gauleiters Wächtler geführt werden sollten. Für Kemsley eröffnete sich damit die konkrete Aussicht auf eine persönliche Begegnung mit Hitler, den die Wagnerfestspiele ebenfalls nach Bayreuth führten.

Kemsley wurde am gleichen Tag noch ein zweites Mal vom britischen Botschafter empfangen. Obgleich er in seinen Memoiren das unvermeidliche Ende seiner Mis-

---

[9] Gannon, a.a.O., S. 52ff.

[10] Vom 3. 4. 1939; vgl. PRO, F.O. 371/23077 C 5234 u.a.: "We had hoped and worked for appeasement and instead their is a new and brutal aggression".

[11] The Times v. 27., 28. und 31. 7. 1939.

[12] Vermerk von Wilson für den Premier, 20. 7. 1939 (PRO, Premier 1/332).

[13] S. Dokument Nr. 1.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sion schon früh gesehen haben will, gab sich Henderson dem Glauben hin, daß der Zeitpunkt für Entspannungsgespräche günstig sei. Nach dem Gespräch mit Kemsley schrieb er an Wilson:

"My own belief is that Hitler wants to stage a halt, so far as Danzig is concerned. Not out of virtue but of necessity, because the game is not worth the candle and time is likely to be on his side. If we want peace, let us play for peace: by which I mean let us avoid either humiliating Hitler or driving him into a corner. There is a middle course between showing him that we mean to fight and provocation."[14]

Wer schließlich in die Ecke gedrängt wurde, aus der man nur mit einer Kriegserklärung und großen Opfern herauskam, war *die* Regierung, die von einem Diplomaten vertreten wurde, der den Frieden zu retten suchte, indem er dem Diktator mit konventionellen Mitteln entgegentreten zu können glaubte. Unzufrieden mit den Instruktionen seiner Regierung, die ihm keine offiziellen Annäherungsversuche erlaubten, eilte er seinerseits nach Bayreuth in der erklärten Absicht „to seek for myself a personal meeting with Hitler"[15]. Daß Hitler statt seiner den britischen Presselord empfangen sollte, wird in seinen Erinnerungen verschwiegen und in die Erklärung gehüllt: „Contact with the British Ambassador was not part of the game for him."[16] Selbst von seiner eigenen Regierung fühlte er sich übergangen. Zweimal erkundigte er sich in London nach dem Ergebnis der Gespräche des Presselords[17].

Am Abend des 26. Juli war endlich die Entscheidung gefallen, daß Kemsley Hitler am nächsten Tag sehen würde[18]. Unmittelbar vor der Aussprache traf er mit Dietrich zusammen, in der Annahme, mit ihm den sachlichen Zweck seines Besuches zu erörtern[19]. Doch wurde ihm bei dieser Gelegenheit bedeutet, daß der Zeitpunkt für den Austausch von Zeitungsartikeln, angeblich wegen der King Hall-Briefe[20], im Augenblick nicht günstig sei. Während Kemsley gerade davon ausge-

[14] Henderson an Wilson, 27. 7. 1939 (PRO, Premier 1/332).

[15] Nevile Henderson, Failure of a mission, Berlin 1937–1939, London 1940, S. 241.

[16] Ebd. Zur Charakterisierung von Henderson s. The diplomats, 1919–1939, hrsg. v. G. A. Craig und F. Gilbert, New York 1965, Bd. 2, S. 537ff.

[17] Henderson an Halifax, 1. 8. 1939; Henderson an Cadogan, 9. 8. 1939 (PRO, F.O. 800/270).

[18] Kemsley schrieb in seinem Resümee: "Dr. Bömer . . . was called to the telephone and on his return to the room he was very excited and informed Lord Kemsley: 'You are to see the Leader at noon tomorrow, and it is to be a serious talk'" (PRO, Premier 1/332).

[19] S. Dokument Nr. 2.

[20] Commander Stephen King Hall versandte im Sommer 1939 nacheinander vier Propagandabriefe in einer Auflage von ca. 10000 Exemplaren nach Deutschland. Gleich zu Beginn (Ende Juni) seiner Aktion hatte er sich für die Erschließung neuer privater Geldquellen bei der britischen Regierung um eine offizielle schriftliche Billigung bemüht. Lord Perth, der Leiter des News-Departements im Foreign Office, zeigte zunächst keinerlei Bedenken. Doch als von deutscher Seite in schärfster Form der Vorwurf erhoben wurde, daß die britische Regierung diesen Schritt initiiert habe, schwenkte er sofort um. Lediglich in einer mündlichen Aussprache erklärte er King Hall gegenüber sein Einverständnis. Auch in der folgenden Zeit taktierte das Foreign Office in dieser Frage überaus vorsichtig, bis schließlich auf Hendersons Drängen hin jede Beteiligung an den Propagandabriefen sogar öffentlich auf dem Wege einer Parlamentarischen Anfrage bestritten wurde (PRO, F.O. 395/665 B).

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gangen war, daß dieser Schritt eine entspanntere Atmosphäre einleiten sollte, hatte es auf einmal den Anschein, als wollte die deutsche Seite die Realisierung der von ihr gemachten Offerte von einer Verbesserung der Beziehungen abhängig machen. Es ist denkbar, daß Hitler, der vermutlich erst kurz vorher von der ganzen Aktion erfahren hatte[21], trotz seiner Gesprächsbereitschaft von diesem Plan zunächst abgeraten hatte, weil er sich über sein weiteres Vorgehen noch nicht schlüssig war. Der englische Lord, dem der konkrete Anlaß seiner Reise ohnehin eine Nebensache zu sein schien, war durch diese Entwicklung in seinem Optimismus keineswegs gebremst worden. Er faßte dieses Gespräch als unmittelbare Vorbereitung für die Unterredung mit Hitler auf, zeigte sich von der freundlichen Atmosphäre beeindruckt und strich in seinem Resüme den Wunsch des Reichspressechefs heraus „of keeping open ‚a direct wire' between them"[22].

Kemsleys Gespräch mit Hitler fand am 27. Juli zwischen 12 Uhr und 13.10 Uhr im Hause Wahnfried statt[23]. Außer dem Dolmetscher Schmidt war nur noch Reichspressechef Dietrich zugegen. Während Kemsley die Situation beider Länder mit dem Konflikt zwischen dem Rothermere-Konzern und seinem eigenen Presseimperium verglich, der schließlich durch einen ehrlichen Makler geschlichtet worden sei, ließ Hitler keinen Zweifel daran, daß für ihn die Lage ernster war, nämlich eine Frage von Krieg und Frieden, um darauf sogleich mit der deutschen Kriegsbereitschaft zu drohen. Eingedenk der erhaltenen Weisungen wollte Kemsley in dem sich so entwickelnden Pokerspiel mit Worten und Zahlen nicht zurückstehen. Die Unterhaltung war von dem Bemühen beider Seiten gekennzeichnet, durch unverschleierte Abschreckung, nicht aber durch konkrete Angebote zur Zusammenarbeit eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen beiden Ländern zu vermeiden. Sehr geschickt verstand es Hitler, die japanische Gefahr auszuspielen. Bisher hatte er sich immer als Schutzherr Europas vor dem Kommunismus empfohlen. Nun suchte er Großbritannien vom Kontinent abzulenken, indem er die Gefahren heraufbeschwor, die dem Britischen Empire im Fernen Osten drohten. Schon an seiner Reichstagsrede vom 28. April[24], auf die er einleitend verwiesen hatte, war aufgefallen, mit welch lobenden Worten er sich über die zivilisatorische Leistung des Empire erging. Er wollte Großbritannien zu der Erkenntnis verhelfen, daß den Briten Hongkong wichtiger sein sollte als Danzig, Indien wichtiger

[21] Vgl. Otto Dietrich, Zwölf Jahre mit Hitler, München 1955, S. 59.

[22] Résumé of the Talks (PRO, Premier 1/332).

[23] S. Dokument Nr. 3; vgl. Völkischer Beobachter v. 28. 7. 1939. Dolmetscher Schmidt charakterisierte das Gespräch folgendermaßen: "He was, he said, most impressed by the extraordinary and exceptional length of the interview (these usually lasted only 20 minutes), the favourable atmosphere throughout, and the impression of candour on both sides." (Résumé: PRO, Premier 1/332). Auch Kemsley selbst teilte diesen Eindruck („cordial reception"), während Dietrich in seinen Memoiren schreibt, ihm sei „Hitlers kühle Zurückhaltung" aufgefallen, indem er Kemsleys Einwendungen monoton mit dem Hinweis begegnete, daß „alles von England abhänge" (S. 59).

[24] Max Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen, 1932–1945, Würzburg 1962/63, Bd. II, S. 1158f.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als Polen. Hatte er auch vergeblich darauf gehofft, das japanische Kabinett werde sich zu einer erklärteren Politik gegen Großbritannien verleiten lassen[25], so diente ihm doch die potentielle Gefahr als Argument, mit dem er nicht nur die Engländer selbst einzuschüchtern versuchte, sondern mit dem er zugleich auch die deutsche Generalität davon zu überzeugen trachtete, daß England im Ernstfall die Sicherung des Empires mehr bedeuten werde als die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts[26].

Mit seiner Bemerkung zu den Wohlthat–Hudson-Gesprächen wollte Hitler unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß er nicht gewillt war, sich durch „economic appeasement" von Deutschlands „bevölkerungspolitischen" Problemen abbringen zu lassen[27]. Die wiederholte Erwähnung der deutschen Volkszahl ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich. Daher darf man kaum dem Vorwurf allzuviel Gewicht beimessen, Großbritannien habe ihn durch sein Bündnis mit Polen um die Früchte eines bereits in Vorbereitung befindlichen Handelsvertrages gebracht. Ebenso wie die stets erhobene Forderung nach Rückgabe der Kolonien[28] diente dieses Argument zur Ablenkung des Auslandes, das lange Zeit glauben sollte, das Reich wolle allein durch die Sicherung politischer und wirtschaftlicher Einflußsphären in Osteuropa eine Hegemonie gewinnen. Bezeichnenderweise war Hitler nicht bereit, seine Wünsche im einzelnen genau festzulegen. Jedenfalls fällt auf, daß Danzig und der Korridor, die beiden Fragen, welche die Diplomatie am meisten beschäftigten und bald als Anlaß für den Kriegsausbruch herhalten mußten, offenbar gar nicht erwähnt worden sind. Wenn Hitler noch zu diesem Zeitpunkt von einer Annullierung von Versailles reden konnte, so dachte er dabei gewiß nicht an eine formelle Nichtigkeitserklärung durch die Westmächte. Konnte man darin nicht zu Recht eine Gefährdung des polnischen Staates, eine vierte Teilung Polens erblicken?

Schon die Unterredung mit Rosenberg hatte erkennen lassen, mit welchem Unbehagen man in Berlin die Oppositionspolitik in England betrachtete[29]. Daß Hitler

---

[25] Am 25. August 1939 schrieb Hitler an Mussolini: „Es [das Japanische Kabinett] war aber nicht einverstanden mit einer ebenso klaren Verpflichtung gegenüber England, und dies wäre vom Standpunkt nicht nur Deutschlands, sondern auch Italiens aus mitentscheidend gewesen. Die Behauptung der Militärs, in kurzer Zeit die japanische Regierung zu einer klaren Stellungnahme auch England gegenüber veranlassen zu können, lag seit Monaten vor, wurde aber praktisch doch nicht realisiert."; ADAP VII, 0, Bd. Nr. 266, S. 235f. Siehe im übrigen die Einleitung bei Bernhard Martin, Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg, Vom Angriff auf Pearl Harbour bis zur deutschen Kapitulation, Frankfurt/M. 1969.

[26] Vgl. Winfried Baumgart, Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939, in dieser Zeitschrift 16 (1968), S. 120–149, hier S. 145.

[27] Vgl. Helmut Metzmacher, Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939, in dieser Zeitschrift 14 (1966), S. 369–412.

[28] Zum Stellenwert der Kolonien in Hitlers Außenpolitik s. Klaus Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich, Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919–1945, München 1969.

[29] Zur konservativen Opposition gegen Chamberlain, die viel schwächer war, als bisher angenommen wurde, siehe jetzt Neville Thompson, The Anti-Appeasers, Conservative Opposition to appeasement in the 1930s, London 1971.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wiederum auf Churchill zu sprechen kam, zeigte, wie sehr ihn die Vorstellung eines möglichen Wechsels bei den bevorstehenden Wahlen beunruhigte, wie sehr der damit zu erwartende resolutere Widerstand Großbritanniens gegenüber dem deutschen Ausdehnungsdrang seinen Plänen zuwiderlief. Gerade der Empfang Kemsleys diente dazu, die Erhaltung einer letztlich immer noch kompromißbereiten und damit in den Augen Hitlers schwächlichen Regierung zu garantieren.

Am 28. Juli nach London zurückgekehrt, beeilte sich Lord Kemsley, gleich zu Anfang der nächsten Woche dem Premierminister über seine Gespräche zu berichten, zumal er die feste Überzeugung gewonnen hatte, daß die neu geknüpften Kontakte von Seiten Hitlers „begrüßt" worden seien[30]. Es galt unverzüglich zu handeln. Noch am gleichen Abend des 31. 7. fanden sich Chamberlain und Lord Halifax zu einer Beratung der Ergebnisse zusammen. Davon ausgehend, daß die ganze Aktion nicht als reiner Propagandatrick („to throw dust into our eyes")[31] zu betrachten sei, zeigten sie sich bereit, die angeblich[32] von Hitler stammende Anregung aufzunehmen, derzufolge beide Seiten als Ausgangsbasis für Verhandlungen ihre Forderungen schriftlich niederlegen sollten. Doch bedurfte dieser Schritt zunächst noch weiterer Klärung. Außerdem wollten sie keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß die Initiative von deutscher Seite ausging. Offensichtlich befürchtete die englische Regierung, ihre Verhandlungsbereitschaft könnte auf deutscher Seite als Schwächezeichen ausgelegt werden. Vor allem aber hatte sie auf die eigene öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen, die Verhandlungen, wenn überhaupt, nur in dem Fall dulden würde, daß das Vertrauen wiederhergestellt werden könnte[33].

Die Aufdeckung der Wohlthat-Gespräche hatte in der vergangenen Woche nur zu deutlich gezeigt, wie sehr es auf äußerste Diskretion bei allen weiteren Schritten ankam. So wurde auch jetzt das Foreign Office, von Under-Secretary Sir Alexander Cadogan abgesehen, nicht informiert. Im Auftrag des Premierministers hatte Horace Wilson einen Brief für Kemsley entworfen, der als „reflection" des Ergebnisses seiner Reise erscheinen sollte[34]. Kemsley ließ den Brief in seinem Privatbüro schreiben und anschließend durch seinen Sekretär Mr. Lakin, der ihn bereits nach Deutschland begleitet hatte, persönlich überbringen. Als dieser am 3. August mit Dietrich in München zusammentraf, mußte er sich sagen lassen, Hitler habe gar keinen Vorschlag zur Fixierung der gegenseitigen Wünsche gemacht[35]. Wenn auch beide übereinstimmten, daß dieses vermutlich auf Übersetzungsschwierigkeiten beruhende Mißverständnis „in keiner Weise wesentlich" sei, so konnten doch weder die persönlichen Beteuerungen von Dietrich noch die geradezu emphatischen Äuße-

[30] Vermerk von Wilson, 31. 7. 1939 (PRO, Premier 1/332).

[31] Vermerk von Wilson, 1. 8. 1939 (PRO, Premier 1/332).

[32] S. Anmerkung 35.

[33] S. Dokument Nr. 4.

[34] Vermerk von Wilson, 1. 8. 1939 (PRO, Premier 1/332).

[35] Vgl. den Bericht des Sekretärs v. 3. 8. 1939 (PRO, Premier 1/332): ". . . he [Dietrich] was sure the Führer did not use those words 'put down'. His difficulty was that the Führer might object."

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungen anderer Mitglieder der Presseabteilung[36] über die Bedeutung des Kemsley-Besuches darüber hinwegtäuschen, daß mögliche Verhandlungen bereits im Ansatz gescheitert waren. Daran konnte auch die drei Wochen später eintreffende Antwort Dietrichs an Kemsley nichts ändern. Mittlerweile hatten sich für Hitler im Osten ganz andere Perspektiven eröffnet. Dietrich argumentierte dabei in einer Weise, welche eigentlich der englischen Seite eher anstand: es sei sinnlos, Verhandlungsgespräche vorzubereiten, solange das nötige Vertrauen nicht existiere. Er fügte hinzu: „Das ist auch die Ansicht des Führers."[37]

Umso merkwürdiger mutet es an, daß Dietrich jetzt den Zeitpunkt für den Austausch der Zeitungsartikel gekommen hielt. Seinen Artikel hatte er gleich mitgeschickt, der noch dazu, wie Kemsley ausdrücklich von Hesse bestätigt wurde, ohne Verzug in der englischen Presse veröffentlicht werden sollte. Freilich hatte sich in den Augen der britischen Regierung die internationale Lage inzwischen derartig verschärft, daß Wilson der englischen Öffentlichkeit die Darlegungen des Reichspressechefs nicht mehr zumuten wollte[38].

Dietrichs Artikel „The price of peace" beschäftigte sich besonders mit den Presseangriffen in beiden Ländern, wobei er die englische Seite beschuldigte, den „journalistic war" begonnen zu haben. Hitler hatte die Ausführungen vorher gesehen und „zahlreiche Änderungen im Sinne sogenannter festerer Einstellung" vorgenommen[39]. Der englische Beitrag, der bedeutend ausführlicher gehalten war, hatte bereits Ende Juli druckfertig vorgelegen. Gleich nachdem Wilson von Kemsley über den geplanten Artikelaustausch unterrichtet worden war, hatte er dem Journalisten Arthur Bryant diese Aufgabe übertragen[40]. Nach geringfügigen Veränderungen war das Elaborat Chamberlain vorgelegt worden, der sich damit vollkommen einverstanden erklärte[41]. Bryant wollte aus der Sicht der „ordinary Englishmen" schreiben und betonte dabei besonders die Bedeutung der öffentlichen Meinung:

> „. . . when through any compelling cause British opinion becomes alert and united, it becomes as much a fact as the Alps . . ., which statesmen, who are realists, have to take into their calculations. . . . Today British public opinion is an enormous and vital fact overshadowing the continent."[42]

---

[36] Dr. Meissner bekannte hinterher: "I had the instinct and Dr. Bömer had the feeling as strong as I did, that Lord Kemsley's visit was a historic event. That it was the eve of great events. That in fifty years's time the history books would say your visit happened at what we Germans call '5 minutes to 12'" (Résumé: PRO, Premier 1/332).

[37] Dietrich an Kemsley, 17. 8. 1939, Übersetzung (PRO, Premier 1/332).

[38] Vermerk von Wilson, 23. 8. 1939 (PRO, Premier 1/332).

[39] Dietrich, a.a.O., S. 59.

[40] Sir Arthur Bryant (geb. 1899), Historiker und Publizist konservativer Ausrichtung, war lange Jahre Kolumnist der Illustrated London News.

[41] Vermerk von Chamberlain, 25. 7. 1939 (PRO, Premier 1/332): "I have no suggestions to make. As amended the article seems to me very good."

[42] PRO, Premier 1/332.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unmittelbar nach Kemsleys Rückkehr aus Deutschland hatte sich der Marquess of Londonderry, der schon zwischen 1936 und 1937 führende Nationalsozialisten aufgesucht hatte, mit diesem in Verbindung gesetzt, da er selbst eine Reise nach Deutschland plante, um weitere Vermittlungsgespräche zu führen. Als Lord Halifax davon hörte, reagierte er so gereizt, daß Londonderry sein Vorhaben einstweilen aufzuschieben versprach. Sehr deutlich hatte Halifax seine Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß jede britische Initiative von Hitler als Schwächezeichen verstanden werden könnte[43].

Wenn das nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei zerstörte Vertrauensverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien wiederhergestellt werden sollte, wovon die englische Seite eine Normalisierung der Beziehungen abhängig gemacht hatte, so vermochte das widersprüchliche deutsche Verhalten in den Verhandlungen mit Lord Kemsley die britische Regierung nicht davon zu überzeugen, daß man diesem Ziel auch nur einen Schritt näher gekommen war. Die an Hitler häufig beobachtete Abneigung, sich im Einzelnen festzulegen, wurde auch nicht, wie sich schließlich erweisen sollte, durch seinen angeblichen Vorschlag widerlegt, beide Länder sollten ihre Forderungen schriftlich fixieren. Der Besuch des englischen Presselords macht zweierlei deutlich: einmal wie sehr es der britischen Regierung gerade auf einen solchen Punktekatalog ankam, und zum anderen, wie wenig Hitler gesonnen war, auf diesen Wunsch ernstlich einzugehen. Man darf allerdings nicht glauben, daß Hitler sein politisches Programm immer nur bewußt verschleiert habe, sondern geht besser davon aus, daß er selbst nicht wußte, was ihm die lockenden Umstände äußerster Ungewißheit, heraufbeschworen durch eine immer hemmungslosere Erpressungspolitik, einbringen würden. Wie weit er dann in den letzten Augusttagen, nachdem sich Großbritannien auch nicht durch den deutsch-russischen Nichtangriffspakt hatte einschüchtern lassen und einen formellen Bündnisvertrag mit Polen abgeschlossen hatte, ganz und gar auf Krieg mit Polen eingestellt war, bleibt noch zu klären[44]. Fest steht, daß er seit der Sudetenkrise des Vorjahres dazu übergegangen war, mehr mit offenen Kriegsdrohungen als mit unglaubwürdigen Friedensbeteuerungen zu operieren.

War es ihm in München gelungen, Frankreich als Schutzmacht in Osteuropa auszuschalten, so hatte er sich 1939 zum Ziel gesetzt, Großbritannien, das mit seinen Garantieerklärungen Frankreichs Nachfolge angetreten hatte, zu einem totalen politischen Rückzug vom europäischen Kontinent zu nötigen. Es sollte in der ausschließlichen Sorge um sein Empire seine neuen und alten Bündnispartner in Europa, also Polen und Frankreich, einem ungewissen Schicksal überlassen, ja mehr noch, sich auf diese Weise zum Komplicen bei der Errichtung eines deutschen

---

[43] Halifax an Londonderry, 2. 8. 1939 (PRO, F.O. 800/316).

[44] In diesem Zusammenhang ist u. a. auch auf Hitlers Besprechung in der Reichskanzlei am 28. 8. 1939 hinzuweisen, die von Halder (Kriegstagebuch, Bd. I, Stuttgart 1962, S. 38) aufgezeichnet worden ist: „Lage sehr ernst. Entschlossen, Ostfrage so oder so zu lösen. Mindestforderung: Rückgabe Danzigs, Lösung der Korridorfrage. Höchstforderung: ‚Je nach militärischer Lage'. Wenn nicht Mindestforderung erfüllt, dann Krieg. Brutal!"

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kontinentalen Imperiums machen lassen. Unter diesem Gesichtspunkt, der in Hitlers Rede vom 28. April unmißverständlich zum Ausdruck kommt, müssen alle inoffiziellen deutsch-englischen Kontakte im Jahre 1939 gesehen werden. Dazu gehören nicht nur die von Göring geförderten Wohlthat-Gespräche, sondern ebenso seine von Dahlerus arrangierte Unterredung mit britischen Industriellen, seine Korrespondenz mit dem schwedischen Industriellen Wenner-Gren und sein Gespräch mit Runciman jr., das Prinz Hohenlohe vermittelt hatte[45]. Zu nennen wären ferner die Kontakte Ribbentrops, der in Gedankenaustausch mit dem Presselord Rothermere[46] und dem Industriellen Tennant[47] stand und außerdem auch durch seinen Mittelsmann Fritz Hesse von der Deutschen Botschaft mit Horace Wilson in Fühlung war[48]. Über die Bemühungen des Stellvertreters des Führers Rudolf Hess ist in diesem Zusammenhang noch wenig bekannt[49]. Von allen diesen und anderen Verbindungen verdient der Besuch Kemsleys in zweifacher Hinsicht besondere Beachtung: es war auf deutscher Seite das einzige Mal, daß Hitler selbst beteiligt war, und man gewinnt den Eindruck, als sei umgekehrt auch die britische Regierung, obwohl oder gerade weil sie unter dem Druck der öffentlichen Meinung zu eigenen Initiativen nicht mehr bereit war, an diesen Verhandlungen stärker interessiert gewesen als an anderen inoffiziellen Gesprächen um diese Zeit.

Allen Vorsichtsmaßnahmen zum Trotz hatte der Besuch Lord Kemsleys noch sein Nachspiel in der Presse. Am 7. August berichtete der ‚Daily Worker', das Blatt der kommunistischen Partei Englands, in großer Aufmachung auf der ersten Seite über Geheimverhandlungen zwischen Deutschland und Großbritannien, die zu einer Fünf-Mächte-Konferenz unter Ausschluß der Sowjetunion führen sollten. Als Mittelsmann des englischen Premiers wurde Lord Kemsley genannt[50]. Am 19. August, dem Tage der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Kreditabkommens, das dem Abschluß des Nichtangriffpaktes nur um wenige Tage vorausgehen sollte, berief sich die ‚Pravda' auf diesen phantasievollen Artikel. Dem Telegramm des britischen Botschafters in Moskau zufolge war der Bericht überschrieben „Attempt of a new Munich", stammte vom Londoner Korrespondenten und war angeblich „delayed in transmission"[51].

Wilhelm Lenz und Lothar Kettenacker

---

[45] Vgl. DBFP 6.

[46] Ribbentrop an Rothermere, 5. 8. 1939, Kopie (PRO, F.O. 800/316).

[47] PRO, Premier 1/335.

[48] Vgl. dazu den interessanten Vermerk von Wilson über sein Gespräch mit F. Hesse am 21. 8. 1939 (PRO, Premier 1/331 A).

[49] Vgl. Hildebrand, a.a.O., S. 615. Jetzt auch James Douglas-Hamilton, Motive for a Misson, London 1971.

[50] Besser informiert zeigte sich die ‚Haagsche Post' in einem Artikel über den Kemsley-Besuch vom 12. 8. 1939, in dem vor allem die Ausschaltung des Foreign Office kritisiert wurde (PRO, F.O. 371/23080 – C 11405).

[51] DBFP 7, S. 98.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lord Kemsleys Bericht über seine Verhandlungen in Deutschland[52]

Dokument Nr. 1

Conversation between Lord Kemsley, Dr. Rosenberg and Secretary of State Weizsäcker at Dahlem, July 25th.

Dr. Rosenberg: We are very annoyed at King Hall's attempt to reach the German people and we put the responsibility on the British Government.
He and Herr Weizsäcker then went on to talk about the strength of the Opposition in England, particularly Mr. Winston Churchill. The Prime Minister was in office today, they said, but he might not be returned to office if there was a General Election in England in October or November.
Lord Kemsley: The Government had no responsibility whatever for King Hall's efforts, either directly or indirectly. It was just a case of a private individual doing this without the slightest support from anybody in authority.
With regard to the General Election, this was a matter entirely in the hands of the Prime Minister, and he had more than a year in which to make a decision. But supposing some agreement were made with Germany which was ratified by the Houses of Parliament and the Prime Minister had an election a month after this and he was defeated, then the new Prime Minister would have to stand by the arrangement made by his predecessor. This is the law of England and has been so for centuries.
As regards the Opposition. Believe me, you worry much more about it than we do. You take far more notice of it than we and you seem to forget the difference between our two countries. In England we have freedom of speech and a free press. You never seem to appreciate that virulent attacks are made even on the Prime Minister – sometimes much more serious than the references to Germany. But the Prime Minister still survives. You will never understand England unless you think of Neville Chamberlain as our Fuehrer, as we have to think of the Fuehrer as your Neville Chamberlain[53].
Dr. Rosenberg: In the event of war between us, whichever side won, there would be no victory for the victor. America and Japan would be the people who would benefit from the complete exhaustion of Germany and England after a war.
Lord Kemsley: You must make no mistake about this point. If there is a conflict between us, sooner or later America will be fighting with us. This may not appear to you at the moment as certain, but I have no hesitation in saying quite definitely what I have.
Dr. Rosenberg: We cannot understand here how the Prime Minister could think that the Führer had broken the Munich agreement and I refer you to what Herr Hitler said in his speech of the 28th April.

---

[52] S. PRO, Premier Minister's Office 1/332. Kopien befinden sich in den Nachlässen von Lord Halifax (PRO, F.O. 800/316) und Neville Chamberlain (vgl. K. Feiling, The Life of Neville Chamberlain, London 1946, S. 414). Under-Secretary Sir Alexander Cadogan hatte am 28. 10. 1939 auf Lord Halifax' Kopie geschrieben: "It is now very ancient history." Außer den hier abgedruckten Gesprächsprotokollen gehören zum Bericht noch ein ausführlicher Zeitplan, ein ‚Résumé' der Besprechungen und eine sehr knappe Aufzeichnung der Gespräche mit Ministerialrat Prof. Dr. Bömer, Direktor der Auswärtigen Presseabteilung.

[53] Rosenberg bemerkte dazu: "I wish you would tell that to the Fuehrer,, (i.e. that we regarded Neville Chamberlain in England as our Fuehrer). Vgl. Résumé, ebenda.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lord Kemsley: I remember those references to England in Herr Hitler's speech. But, believe me, they did not satisfy us, and there is no doubt whatever that the feeling against Germany on England's part is almost entirely due to Czecho-Slovakia.
Note by Lord Kemsley: This discussion was in a way more vigorous and outspoken than any other I had in Germany. But we parted in a very friendly way, Dr. Rosenberg saying how much good would come of it if we could only have more open and frank discussions such as we had had this afternoon.

Dokument Nr. 2

Conversation at Gauleiter Waechtler's house, Bayreuth 11 a.m. July 27th 1939 between Lord Kemsley and Dr. Dietrich. Ambassador Schmidt interpreting. Dr. Bömer, Dr. Meissner and Mr. Lakin also present[54].

Dr. Dietrich: He had always stood for co-operation in the international press: it was the most important element in politics. He could not lift the veil from certain confidential things he knew. If he could, he would be able to show Lord Kemsley, how many important difficulties that had arisen had been entirely due to the press. He had been making every effort to fight ‚press lies'. His efforts had not been appreciated, therefore he was particularly glad that Lord Kemsley had shown his appreciation, by coming to Germany, of Dr. Dietrich's efforts.
Lord Kemsley: When he heard of Dr. Dietrich's offer to the Americans, he was amazed that they had not accepted, and at once took opportunity of accepting for his own papers. Dr. Dietrich must understand that in England the situation as regards the press was that our attacks on Germany were no more violent than on our own politicians, such as those of Mr. Chamberlain on the one hand and Mr. Churchill on the other.
Dr. Dietrich: You must understand that I consider all these problems in a spirit of 'realism'. I have no utopian illusions about them. But I am particularly glad of this personal contact, which must not lead to the discussion of particular articles. But we must remain in personal contact after you have discussed affairs with the Fuehrer. There is the possibility always that personal contact will enable us to resolve our difficulties.
Lord Kemsley: Briefly put, we are two men working for the same purpose, therefore our contact should prove of some effect.
Dr. Dietrich: There is another element: we must maintain direct communication between us personally. It is essential to have a 'direct wire' between you and me. I am not going to anticipate your talk to the Leader on political aspects, but I would say this, I personally am absolutely in favour of Anglo-German co-operation, particularly on the lines laid down in the Leader's last great speech, when he made kindly references to England.
It is most unfortunate, but I think many misunderstandings between us have been due to the press. There is nothing I should like better than to work for Anglo-German co-operation if only circumstances are favourable and allow.
About the articles: You must choose the right moment for publication. You must not waste your powder. I think that in the present atmosphere – due to the effect of the

[54] Paul Schmidt erwähnt nicht den Kemsley-Besuch in seinen Memoiren. Dr. Meissner war Direktor der Britischen Sektion der Auswärtigen Presseabteilung. Mr. Lakin war Kemsleys Sekretär.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

King Hall Letters – the conditions are rather negative. We must place the exchange of articles on a more positive basis – when the atmosphere is better and shows signs that there is going to be a rapprochement between the two countries. We must choose a moment when there is a general basis of rapprochement.

Lord Kemsley: I must say that I looked on these articles as being a means to the beginning of a rapprochement.

Dr. Dietrich: Yes, such a possibility exists. But we must discuss with the Leader the general political basis on which the articles could become really effective.

Anglo-German difficulties are chiefly psychological. There are no difficulties if we only consider what the people of the two nations desire 'at the bottom of their hearts'. This pile of psychological misunderstandings must be brought down to a normal level – they have arisen largely through the press.

From the political point of view, this is the position: Here there were never any tendencies against Britain. Sometimes we have been surprised at the attacks on Germany, we did not understand why Britain entered into commitments in Europe involving her in matters which we considered were purely of German concern and interest. If we could get from Britain a recognition of our German interests on the continent; if you will admit our position as a great continental country and respect it (as we respect yours in other parts of the world as an Empire), then that would be helpful towards an understanding.

We often read in the English press and others, that Germany is out for 'world domination'. This is utterly wrong. I am personally in constant contact with the Leader and I know that this idea is wrong and unfounded. Hitler has no mind to dominate the world. He only wants to serve the racial interests of the German nation. Of course you must remember that we are a numerous people.

When we say this to people we usually get the reply: "What about Czecho-Slovakia?" In the first place I want to explain that Czecho-Slovakia was an exceptional and special case. It was not an attempt, or the beginning of an attempt, at domination. You have only to consider the map. Czecho-Slovakia was a spearhead aimed at the heart of Germany; therefore the case was quite exceptional.

Consider what would have happened if the same position were in France; nobody would expect France to tolerate it, especially if the regions had belonged (as in our case) to our 'Lebensraum', (vital spaces) for many years. Therefore this case was not the indication of a 'tendency', but was exceptional, and is not to be interpreted as the first of an attempt at domination: that would be a profound error. Hitler has no intention of interfering with the interests of the British Empire: he only wants to safeguard the vital interests of our nation.

And this is where the press of both sides can be useful. We on our side propose to tell the truth to the English people of our real intention. Then, we are sure, the English people will reach the conclusion that the best thing is to come to an understanding with us. That is the idea of this article. It is understood, too, that we would welcome in Germany an expression of the real will of England.

Lord Kemsley: I would only like to say that I am a personal friend of the Prime Minister and when I saw him after Munich he was very happy and proud of the Document he and Hitler had signed together. He, the Prime Minister, had been exceedingly interested in meeting Herr Hitler and making contact with him and he really felt that they understood each other. Unfortunately, Czecho-Slovakia did have a great effect in the opposite direction, and whatever may be the reason you give for your action, there is no doubt that it was quite unexpected from our end.

Dr. Dietrich: The Leader tried to clear up a number of these misunderstandings in his Reichstag speech.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lord Kemsley: That may be so, but the fact remains that we are estranged through Czecho-Slovakia. Now, my view about the article is this. Provided they are allright, the sooner they are published the better. If sufficient care is taken with them they should help to bring about that atmosphere we both desire. If our article is not acceptable to you, you will not publish it. The same applies to us with your article.
Dr. Dietrich: This conversation has already produced a better atmosphere and I hope we shall be in contact again very soon. But we must keep that direct wire open. If you have anything to complain about, any grievance, you must communicate with me direct, and I with you.
Lord Kemsley: The position is that we are two peoples with a grievance. When we come to analyse that grievance we will probably find that it can be resolved.
Dr. Dietrich: I quite agree. Now we must go and see the Leader.

Dokument Nr. 3

Notes of the conversation with Herr Hitler

Bayreuth, 27th July, 1939.

Dr. Dietrich opened the interview by explaining to Herr Hitler the reason of Lord Kemsley's visit to Germany. Herr Hitler replied that he hoped some good would come of it as he personally had never been anything but friendly towards Britain. In this connection he referred to his many friendly allusions to Britain in his speech of April 28th. Lord Kemsley said that he would only be too pleased if as a result of his visit a better understanding should come about between the two countries.
Lord Kemsley thought that the contest between the Rothermere papers and his own could be compared to the present position between England and Germany[55]. That fight cost one side over four million pounds and the other 2¾ million pounds. The conflict was a very severe one and the outside competitors were watching it very closely, hoping that one day either one or both of the opponents would be so exhausted that it would be a great opportunity for third parties to step in. Eventually through the intervention of a friend knowing both parties very well, the conflict came to an end. Though the two concerns have been friendly since then, competition between them has been as keen as ever, but it has been of a legitimate kind, with no unfair advantage taken by either side.
Herr Hitler appreciated the analogy and said that he was afraid that we were drifting towards war. He considered that up to a few months ago slightly more than 90 % of the people had been behind him in Germany, but as a result of the English pacts the minority had joined him and he now held the entire 80 millions of the German people[56]. In September he would have 2 million men mobilised, and would also have a very large Air Force. Lord Kemsley said that nowadays one had become accustomed to gigantic figures. After all, in England this year we were spending £ 730 million on armaments, and surely we should have something very substantial to show as a result of this huge expenditure.
Herr Hitler said that the next war would be quite different from the last as far as

[55] Die Auseinandersetzung zwischen Lord Rothermere und der Berry-Group (Lord Kemsley, Lord Camrose und Lord Iliffe) spielte sich Ende der 1920-er Jahre ab. Vgl. Lord Camrose, British Newspapers and their Controllers, London 1947, S. 66.

[56] Dazu von Sir Horace Wilson am Rande vermerkt: "He said much the same at Godesberg" (gemeint sind die Gespräche zwischen Chamberlain und Hitler am 22./23. 9. 1938). Vgl. Martin Gilbert and Richard Gott, The Appeasers, London 1967, S. 152.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Germany was concerned, because there was no Bethmann-Hollweg now[57]. He went on to say that he thought Germany would win, but on the other hand he was quite sure that Lord Kemsley would say that Britain would win. But the real point of the matter was that whichever side won there would be no real victory; and both combatants would be weakened so much that it would afford an excellent opportunity for Japan[58].

Lord Kemsley said that he was the owner of a large number of newspapers in England, and had used all his influence in consistent support of the Prime Minister. He had met Mr. Chamberlain a short time after his return from Munich, and he was absolutely convinced that Mr. Chamberlain attached tremendous importance to the document which had been signed by Herr Hitler and himself. He looked upon the Munich Agreement not merely as a settlement of the Sudeten matter, but as the forerunner of a different relationship with Germany in the future.

In Lord Kemsley's opinion no section of the English people had any intention of arming to attack Germany. But he believed that if the Prime Minister considered that Germany had done something so serious as to affect the security of the world, and announced in Parliament that he had decided to declare war on Germany, then the whole House would rise in support. It was none the less true that if the Prime Minister were to announce that he had come to an agreement with Germany which he could absolutely rely on, the whole Parliament would show just as much enthusiasm[59]. He thought a factor which would carry the greatest psychological effect would be a reduction in armaments; but it was of no use nowadays to talk of total disarmament.

Lord Kemsley also pointed out that the people of England were showing that they were now prepared to make any sacrifice, whatever the cost.

Herr Hitler talked about the strength of the Opposition to the Prime Minister, and referred particularly to Mr. Winston Churchill and his powers of expression[60]. Lord Kemsley replied that in his opinion far more notice was taken abroad of the Opposition than in England, and whilst giving every credit to Mr. Winston Churchill for his ability as a writer and as a speaker, he reminded Herr Hitler that Mr. Churchill

[57] Am 1. 8. 1939 jährte sich der Ausbruch des 1. Weltkrieges zum 25. Mal. Vgl. ähnliche Äußerungen Hitlers in seiner Rede in Wilhelmshaven am 1. 4. 1939 (Domarus, a.a.O., II, S. 1119ff.) und in seinem Gespräch mit Henderson am 23. 8. 1939 (DBFP 7, Nr. 200); auch schon in Hitlers Mein Kampf, S. 71.

[58] Wilson bemerkte am Rande: "This is interesting. He has always said that it was the East that he feared." Der Gedanke, daß Japan der eigentliche Sieger sein würde, findet sich auch in Hitlers Note vom 25. 8. 1939 (DBFP 7, Nr. 284). Auch Chamberlain ist von der gegenseitigen Erschöpfung überzeugt. Am 30. 7. 1939 schrieb er: "Let us convince Germany, that the chances of winning a war without being thoroughly exhausted in the process are too remote to make it worth" (Feiling, a.a.O., S. 409).

[59] Auf diese Linie hatten sich Henderson und Lord Kemsley am 25. 7. 1939 in Berlin geeinigt. Henderson schrieb am 26. 7. an Lord Halifax: "Among a number of suggestions I recommended the idea for which Kemsley himself gave me the following line as the basis of the whole talk. – If the P. M. were to announce tomorrow that a new act of force on Germany's part compelled H. M. G. to declare war on England, the whole of the British nation would applaud that decision; but if on the other hand he were to announce that as the result of some definite act on Germany's part he was prepared to discuss outstanding questions with her in a spirit of peace and negotiation, the whole nation would equally applaud him." (PRO, F.O. 800/316).

[60] Hitler hatte bereits die englische Opposition in seinen Reden in Saarbrücken am 9. 10. 1938 und in Weimar am 6. 11. 1938 scharf angegriffen (vgl. Domarus, a.a.O., I, S. 954ff.).

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

had been unfortunate in his campaigns on at least four occasions in the past, starting with the Abdication of King Edward VIII.
Lord Kemsley said he was not a diplomat or a politician, but a newspaper proprietor and a business man. He said that if this were a problem in his business he would certainly see if some move could be made. Had it not been for Czecho-Slovakia his first thought would have been whether a meeting might not have been arranged between Herr Hitler and Mr. Chamberlain.
As regards Czecho-Slovakia, Herr Hitler said that it was impossible to allow that country to be a spearhead pointing at the heart of Germany. He remarked that he had dealt with this very fully in his speech of April 28th. So long as anything he did was not in conflict with British interests he could not see any justification for England wishing to interfere. He considered that Britain's attitude towards Poland etc. was very unfair and unreasonable; and Britain had made a pact with Poland just when Germany was about to conclude a special trade agreement.
They were more or less self-supporting in Germany, but they were a nation of 80 millions, and must have foreign trade. At the present moment that was impossible.
He went on to say that every country – even small countries like Belgium and Holland – had their colonies, and it was ludicrous that a great country like Germany with 80 million people should be without. They must have colonies; they would prefer the ones they previously owned but this was not essential so long as they had some. He mentioned the Wohltat-Hudson talks; these did not interest him because Germany was not after money[61].
They must also have the cancellation of the Versailles Treaty.
In response to Lord Kemsley's enquiry as to whether Herr Hitler had any proposals to make for a better understanding, he suggested that each country should put its demands on paper, and that this might lead to a discussion. Herr Hitler further said that what they wanted were (a) colonies, and (b) the cancellation of the Versailles Treaty[62].
The interview concluded with Herr Hitler expressing his pleasure that Lord Kemsley was going to lunch with Dr. Goebbels[63], and Lord Kemsley left with the clear impression that the Fuehrer felt that he had made a definite move.

Lord Kemsley an Otto Dietrich[64]

Dokument Nr. 4

1st August, 1939

My dear Doctor Dietrich,
I have been thinking over the conversation that I was privileged to have with the Führer at Bayreuth on the 27th July. You will remember that in that conversation, as well as in my talks with you, Herr Rosenberg, Baron Weizsäcker and others, I laid

[61] Vgl. dazu aber das Schreiben von Under-Secretary R. A. Butler an Sir Horace Wilson vom 2. 8. 1939 über ein Gespräch mit Theo Kordt: "Now it appeared that his (i.e. Wohlthat) position had been saved by the interest of Göring, who had influenced Ribbentrop to the good by sending him a copy of Wohlthat's record of his conversations. The Fuehrer had shown interest." (PRO, Premier 1/330).

[62] Ganz ähnlich formulierte Hitler seine politischen Ziele in einer Unterredung mit dem rumänischen Außenminister Grafencu am 19. 4. 1939. Vgl. ADAP, Serie D, Bd. IV, S. 242.

[63] Von diesem Gespräch hat Lord Kemsley kein Protokoll angefertigt.

[64] Das Schreiben ist von Sir Horace Wilson aufgesetzt worden. Chamberlain hat zwei Sätze in der Mitte des 2. Absatzes ("I realise that the Führer . . . that confidence here does not at the moment exist") und Lord Kemsley den viert- und drittletzten Absatz ("You will, of course, realise . . . energy at my command") eingefügt (PRO, Premier 1/332).

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

emphasis upon the wholehearted support which is being given in this country to the Prime Minister's policy. Everybody here recognises that, while on the one hand our Government look forward wholeheartedly to the time when confidence has been sufficiently restored to make it possible to begin the constructive work of building peace, they have had no alternative on the other hand but to take the steps that have been taken to consolidate the strength of the country. Those steps – which resulted from a conviction that they must resist further attempts to impose by force unilateral changes – have received the complete support of every section of public opinion.

I am not sure how far I succeeded in conveying to the Führer that British opinion, although it would like to arrive at an understanding with Germany, has had its confidence so shaken that discussions with that object in view do not seem to be feasible in present circumstances. I realise that the Führer (and you too) don't consider that there is any justification for this attitude of our people. I don't want to argue that now, but it is very important and indeed essential that the facts should be known by the Führer and there is no question whatever as to the fact that confidence here does not at the moment exist. Nevertheless, if opinion here could be convinced that confidence could be re-established, i.e. if the fundamental basis of the Declaration which the Führer and Mr. Chamberlain signed the day after the Munich Conference could be accepted afresh by both sides, there would be much better hope of useful discussion.

You will remember that towards the close of the conversation at Bayreuth, in reply to my enquiry as to whether he had any proposals to make for a better understanding, Herr Hitler suggested that each country should put its requirements on paper and that this might lead to a discussion. It seems to me that we have here a suggestion that ought to be followed up and I should like to pursue it. In order to make progress, do you think it would be possible for you, in confidence, to obtain the Führer's views and to secure his authority to send me a statement showing with some precision what he has in his mind –

(a) As to the matters which, for his part, he would propose should be discussed, and
(b) What proposals he could authorise me to put forward for the purpose of establishing that confidence which must necessarily be a preliminary to any settlement acceptable to public opinion here and elsewhere.

You will, of course, realise that I came out to Germany on your invitation, simply in my private capacity as a newspaper proprietor, to discuss the suggested exchange of newspaper articles. Our talks, it seemed to me, developed into a much wider discussion.

As I have indicated above, I feel the matter should be pursued further; and to that end I think it might be best if I had something more definite so that I can take the next step. Believe me, if this can be arranged, I shall pursue the matter with all the enthusiasm and energy at my command.

If, as I hope you will, you have an opportunity of discussing this important question further with the Führer, I trust that you will express to him my appreciation of his reception of me and my desire to do anything that I can to further the indications of co-operation which he then gave to me.

You will realise, I am sure, that it is of the utmost importance that there should be complete secrecy about this matter.

Yours sincerely,
(Signed) – *Kemsley*

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

BERICHTIGUNG

Ich möchte auf folgenden Fehler in meinem im Deutschen Taschenbuchverlag, München, veröffentlichten Buch „Deutsche Geschichtswissenschaft" aufmerksam machen: Auf Seite 348 behaupte ich, daß Professor Walther Hubatsch Forschungsaufträge von Walther Franks Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands über den „germanischen Blutsanteil in der russischen Oberschicht" und „Die jüdische Einkreisung Spaniens unter Philipp II." annahm. Dies ist ein Fehler meinerseits, der dadurch entstand, daß ich annahm, die weißen Stellen in der Autorenspalte zu den Aufträgen 52 und 53 in der von Helmut Heiber in seinem Werk „Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands" (Stuttgart 1966) enthaltenen Liste von Forschungsaufträgen des Reichsinstituts bezögen sich auf Professor Hubatsch. *Georg G. Iggers*

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Winfried Baumgart, Privatdozent für neuere Geschichte an der Universität Bonn, 53 Bonn, Histor. Seminar der Rhein. Friedr.-Wilh.-Universität, Konvikstr. 11.

Hermann Boehm, Generaladmiral a.D., 32 Kiel, Esmarchstr. 53.

Dr. Georg G. Iggers. Professor of History, Dept. of History, State University of New York at Buffalo, 233 Diefendorf Hall, Buffalo, New York 14214, U.S.A.

Dr. Lothar Kettenacker, B. Litt., wiss. Mitarbeiter des Britisch-Deutschen Historikerkreises e. V.; Institute of Historical Research, Senate House, London W.C.1.

Dr. Christoph Kleßmann, wiss. Assistent an der Abtlg. für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum; 463 Bochum-Stiebel, Surkenstr. 34b.

Hans-Günter Kowalski, Dipl.-Politologe, Fraktionsassistent im Deutschen Bundestag; 53 Bonn-Holzlar 1. Finkenweg 16.

Dr. Wilhelm Lenz, beurlaubter Archivrat des Niedersächsischen Archivdienstes und wiss. Mitarbeiter des Britisch-Deutschen Historikerkreises e.V.; Institute of Historical Research, Senate House, London W.C.1.

Dr. Henry Ashby Turner, Jr., Professor of History, Dept. of History, Yale University, New Haven, Connecticut 06520, U.S.A.

Jahrgang 19 (1971), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte